



21. Heft | 21. Oktober 1915

WOLFGANG HEINE · DIE ALTE UND DIE NEUE INTERNATIONALE

ZU den beliebtesten Mitteln, die angewendet werden, um in Deutschland Stimmung gegen diejenigen zu machen, die in der Sozialdemokratie für die Teilnahme an der nationalen Selbstbehauptung eintreten, gehört der Vorwurf, daß wir die Internationale preisgegeben hätten. Wohl gemerkt richtet sich die Anschuldigung immer nur gegen die deutschen Sozialdemokraten als den Punkt im Organismus der Internationale, der angeblich nicht genug Widerstandskraft gegen von außen andringende feindselige Einflüsse bewiesen habe. Daß die Urheber solcher Angriffe gänzlich über die viel weitergehenden politischen Schritte französischer und englischer, belgischer und sogar italienischer Sozialisten sowie einer gewissen Richtung unter den russischen Genossen hinweggehen, beweist schon zur Genüge die Einseitigkeit und Voreingenommenheit ihres Standpunkts.

Die Neuschöpfung der Internationale ist aber eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Gerade darum müssen wir uns möglichst bald über die wahren Gründe des Zusammenbruchs ihrer Vorgängerin Klarheit verschaffen. Aus diesem Grund, und nur aus ihm, ist es notwendig, daß die Parteien aller Länder sich über die Handlungen und Äußerungen der Parteigenossen diesselts und jenseits der Grenzen, vor und nach dem Beginn der Weltkatastrophe unterrichten und sie zur Kenntnis ihrer Mitglieder bringen. Nicht um wohlfeiler und nutzloser Vorwürfe willen, und nicht um eine Verständigung zu erschweren. Besonders die deutsche Sozialdemokratie, an deren Wiege das Wort fiel, das »Aussprechen dessen, was ist« sei unter Umständen die wichtigste politische Tat, muß darauf verzichten durch Vertuschen und durch Täuschung der eigenen Genossen über die Stimmung in den anderen Ländern die Versöhnung anzubahnen, die jeder wünscht. Soll die Internationale wieder erstehen und Dauer haben, so ist dies nur möglich, wenn man den Tatsachen offen ins Auge sieht und die begangenen Fehler erkennt, um sie für die Zukunft abzustellen.

Vor allem darf der Wunsch nach Wiedervereinigung der getrennten Glieder der Internationale nicht zur Ungerechtigkeit gegen das eigene Volk führen. Darum müssen wir bei Beginn dieser Erörterung mit aller Entschiedenheit feststellen, daß die deutschen Sozialdemokraten, die zur Fraktionsmehrheit

halten, niemals in solche Ausbrüche der Anklage und der Feindschaft gegen die ausländischen Parteigenossen verfallen sind wie diese gegen uns, daß wir namentlich es stets verschmäht haben den Genossen irgendeiner Nation Vorwürfe wegen ihres Eintretens für ihr Volk auch im Krieg zu machen. Ich jedenfalls habe keine Gelegenheit versäumt meine ehrliche Achtung vor der nationalen Pflichttreue der Genossen in den feindlichen Ländern, besonders Frankreich und Belgien, kundzugeben und sie den Genossen der deutschen Minderheit als Muster sozialistischer Gesinnung hinzustellen, obgleich ich nicht die ausländischen Auffassungen über Grund und Ziel des Krieges teilen kann. Ich stehe damit keineswegs allein. Das selbe gilt von der Schätzung internationaler Beziehungen zwischen den Parteigenossen und dem Wunsch sie von neuem anzubahnen. Die deutsche Sozialdemokratie hat keinen Versuch zurückgewiesen, der dazu hätte dienlich sein können, und immer von neuem ihre brüderliche Gesinnung betont. Die Antwort, die wir erhalten haben, scheint zu beweisen, daß jedenfalls nicht wir es sind, auf deren Seite man Verständnis für die Arbeiterinternationale vermissen kann.

Ich möchte aber den Parteigenossen der feindlichen Länder und denen der neutralen Gebiete, die in das selbe Horn gegen die deutsche Sozialdemokratie stoßen, den mildernden Umstand zuerkennen, daß sie systematisch durch die Treibereien irregeführt sind, die von einer gewissen Gruppe deutscher Genossen ausgehen. Wenn ein deutscher Reichstagsabgeordneter bereits kurz nach Ausbruch des Krieges einem Ausländer erklärt hat, die deutsche Sozialdemokratie »dürfe der Internationale nicht unter die Augen treten«, bevor sie die Schuld, die sie mit der Unterstützung der Landesverteidigung im Reichstag auf sich geladen hätte, gesühnt und sich »rehabilitiert« hätte, so kann man es wahrhaftig den Franzosen nicht übelnehmen, wenn sie einen solchen wunderlichen Bußgang von uns erwarten. Da wir aber nicht die geringste Veranlassung haben unsere Handlungsweise zu bereuen, werden wir diese Erwartung niemals erfüllen. So bedeutet eine solche Irreführung und Aufhetzung der ausländischen Genossen gegen uns Deutsche in Wahrheit nichts weniger als eine Förderung des Friedens in der Internationale. Zwar haben diese deutschen Genossen ein Vertrauensvotum der Franzosen erreicht, die sich bereit erklärt haben mit ihnen in Verhandlung zu treten, nicht aber mit Genossen der deutschen Mehrheit. Auch dies aber ist keine Förderung des Friedens in der Internationale. Denn die deutsche Mehrheit kann die Provokation, die darin liegt, nicht hinnehmen. Sie kann sich nicht ihre eigenen Unterhändler von anderen vorschreiben lassen, und zwar gerade solche, die der Mehrheit entgegenarbeiten und sie öffentlich angreifen. Bei Verhandlungen dieser Art würde niemals etwas Gutes herauskommen.

Verschiedentlich hat man darauf hingewiesen,² daß die Anerkennung der Bedeutung der Nationen, die Mitwirkung an der Verteidigung des Vaterlands und demgemäß auch die Bewilligung der Kriegskredite und die bewußte Politik des Durchhaltens bis zur endgültigen Sicherung der Heimat Folgerungen aus der sogenannten revisionistischen politischen Auffassung und ein Triumph dieser Richtung seien. Man hat damit das Gewicht der Mehrheit vor dem Teil der Genossen schwächen wollen, den man ein Jahrzehntlang daran gewöhnt hat politische Fragen nicht nach sachlichen Gründen sondern nach den Schlagworten radikal und revisionistisch zu entscheiden. Nun ist

so viel richtig, daß der Revisionismus den einheitlichen Grundgedanken verfolgt die politischen Aktionen aus den Tatsachen heraus zu entwickeln, eine Politik der *Bewegung* zu treiben, anstatt das Auge über die Realitäten hinweg auf irgendein theoretisch konstruiertes Ziel gebannt zu halten. Aber der Revisionismus hat auch stets betont, daß dieses Ausgehen von den Wirklichkeiten gerade das Wesen einer im *M a r x i s c h e n* Sinn *materialistischen*, das heißt auf die Tatsachen namentlich des wirtschaftlichen Lebens begründeten proletarischen Politik sei. Wieweit eine Revision sozialdemokratischer Theorien und Grundsätze nötig sein mag, kann dahingestellt bleiben. Die jetzige Aufgabe, die Stellungnahme zur eigenen Nation, erfordert jedenfalls kein prinzipielles Umlernen. So haben wir es als ganz selbstverständlich angesehen, daß Genossen jeder Richtung, Revisionisten und Radikale, Gewerkschafter und politische Schriftsteller, sich in diesem Konflikt der Völker auf die Seite ihrer Nation gestellt haben. Zunächst gilt es das wirkliche *D a s e i n* eines Volkes, dessen größten und für uns wichtigsten Teil die Arbeiterschaft bildet, zu sichern; auf der Grundlage dieses Daseins erst kann eine Politik der Arbeiterinteressen erwachsen. Auch die so gern angerufenen *proletarischen Ideale* brauchen unter allen Umständen, um durchzudringen, eine solche reale Unterlage, mag man sie nun streng marxistisch lediglich als Spiegelbild des Interessenkampfes ansehen, oder mag man ihre Wurzel mehr in der Organisation des menschlichen Geistes und in wissenschaftlichen Überlieferungen oder Glaubenssätzen suchen (was, beiläufig bemerkt, ihrer Bedeutung keinen Eintrag tun würde).

Ein Ereignis wie dieser Weltkrieg, der alles Gewohnte aus den Angeln hob, mußte den *Sinn für Wirklichkeiten* schärfen, ganz besonders den für Wert und Bedürfnisse der Nationen. Es mag Leute gegeben haben, die sich noch mit der Redensart »Der Arbeiter hat kein Vaterland« täuschten, obgleich die führenden Köpfe der Partei, vor allem der alte Liebknecht und Bebel, oft genug anerkannt hatten, was das Vaterland für den Arbeiter bedeutet. Aber die Täuschung zerrann in dem Augenblick, da dies Vaterland, auf dem die wirtschaftliche, politische und kulturelle Existenz auch des Arbeiters beruht, gefährdet war. Man mochte vielleicht auch das verjäherte Wort nachsprechen, der Arbeiter hätte »nichts zu verlieren als seine Ketten«, obgleich die materiellen und moralischen Werte der deutschen Arbeiterbewegung wirklich schon früher kein Geheimnis waren. Aber man erkannte, wie wichtig dieser Satz war, als die Massenheere des Zaren das politische Leben Deutschlands niederzustampfen drohten, und der englische Handelskrieg den wirtschaftlichen Wohlstand der von der Ausfuhrindustrie lebenden deutschen Arbeiter zu vernichten sich anschickte. In dem Augenblick höchster Gefahr *erlebte* der deutsche Arbeiter seine Zugehörigkeit zur Nation, trotz allem, was die herrschenden Klassen ihm früher zugefügt hatten: es hatte doch nicht vermocht ihn, den man als einen Fremdkörper behandelte, auch dem Staat und der Nation zu entfremden.

Wenn die Scharfmacher allem Widerspruch von berufenen Männern der Partei zum Trotz immer wieder behaupteten, die Sozialdemokratie wäre eine Feindin des deutschen Vaterlands, so war auch diese Redensart eine Verkennung von Realitäten (soweit sie nicht eigens dazu dienen sollte die Wahrheit zu verdecken). Alle Parteien sollten aus dem Krieg erkannt haben, daß es für jedes Volk ein einheitliches nationales Interesse gibt, und daß

sie sich zu seiner Wahrung zusammenschließen müssen. Die Unterschiede der politischen Anschauungen und der ihnen zugrunde liegenden Interessen sind gewiß Realitäten. Aber die Notwendigkeit den Boden zu schützen, auf dem das Leben der gesamten Nation sich entwickelt, und diesem Zweck Staatsform und Wirtschaftsleben des Volkes anzupassen ist ein realer Faktor, der noch über diesen einander bekämpfenden Sonderkräften steht. Damit sind dem innern Ringen der Parteien gewisse Grenzen gezogen und der äußern Politik bestimmte Ziele gesetzt, die als nationale Notwendigkeiten allen g e m e i n s a m sein müssen.

Ich möchte nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß nach meiner Auffassung von dem Wesen der Nation Hand in Hand mit diesen realen Bedürfnissen und Forderungen eine nicht immer zu Bewußtsein kommende, aber im Grunde doch sehr stark wirkende idealistische Begründung und Zielsetzung einhergeht. Das eigentliche Nationalbewußtsein bringt nicht bloß den Gedanken der Zugehörigkeit zur staatlichen Gemeinschaft zum Ausdruck, der an sich schon etwas moralisch Verpflichtendes enthält, sondern darüber hinaus das Bewußtsein der Teilnahme an dem kulturellen Leben des Volkes, das heißt an seiner geschichtlich gegebenen besondern Art dem höchsten Menschheitsziel zuzustreben und an der Vertiefung und Befreiung des menschlichen Geistes zu arbeiten. Durch dies Bewußtsein wird aus dem bloßen Gefühl politischer Zusammengehörigkeit ein nationales Empfinden. Das Streben nach Teilnahme an der Kulturarbeit der Nation und die Überzeugung eine der stärksten kulturschaffenden Kräfte in Deutschland zu bedeuten ist gerade unserer sozialistischen Arbeiterbewegung in Fleisch und Blut übergegangen. Den Boden, auf dem dieses Kulturstreben sich auswirkt, verteidigen heißt wahrhaftig nicht ideale Faktoren zugunsten eines platten Realismus mißachten.

Wenn der Krieg vielleicht manchem erst die Augen für die Tatsache geöffnet hat, daß auch der Arbeiter an dem nationalen Leben teilhat, so haben doch Tieferdenkende dies Bewußtsein nie verloren, das höchstens eine aufgeragte und bequeme agitatorische Wortmacherei vergessen konnte. Was auf dem internationalen Sozialistenkongreß zu Stuttgart /1907/ die Vertreter aller Länder, Bebel und Vollmar, Jaurès, Vaillant und Guesde und besonders Vandervelde, ausgesprochen haben, ist unzweideutig. Die Internationale hat damals die Pflichten der sozialdemokratischen Parteien zur Unterstützung ihrer Nationen auch in Kriegsgefahr ausdrücklich festgestellt und den Wert der Nationen für die Entwicklung der Menschheit aufs wärmste anerkannt. Niemand hat dort zu wiederholen gedacht, daß der Arbeiter kein Vaterland habe. Es ist schwer begreiflich, wenn außerhalb Deutschlands Parteigenossen sich wundern, daß wir Deutschen ebenso wie sie nach diesen Grundsätzen gehandelt haben. Es ist nur durch eine geistige Verwirrung zu erklären, wenn in Deutschland, das von Feinden umringt, einen Kampf auf Leben und Tod führen muß, sich Leute finden, die deshalb ihre eigenen Genossen vor dem Ausland als Verräter an der Internationale denunzieren.

Der Krieg aber hat als Lehrmeister des Wirklichen auch den Blick für die Grenzen des Nationalen geschärft und für die Notwendigkeit über diese Schranken hinaus in die Weiten internationalen Lebens einzutreten. Eigentlich sollte man denken, daß es einer solchen Schule nicht bedurft hätte, und daß die Menschen die Zusammenhänge, die ihr ganzes Leben durchdringen,

niemals hätten übersehen können. Aber die meisten werden doch das Gute erst gewahr, wenn es ihnen fehlt. Der Krieg paukt jetzt auch dem Blödesten und Beschränktesten ein, daß das ganze Wirtschaftsleben Europas auf Gemeinschaft, auf Austausch, auf produktive und wissenschaftliche Zusammenarbeit aufgebaut ist. Durch die Lebensmittelnot kommt Deutschland überraschend gut hindurch. Aber den Rohstoffmangel kann es eben nur durch den Krieg selbst ertragen, der ihn herbeigeführt hat; er wäre zerstörend, wenn nicht jetzt die Industrie überhaupt ruhen müßte. Ganz ebenso in den anderen Ländern. Sie haben zwar die Zufuhr bequemer, könnten aber den Ausfall so großer Absatzgebiete nicht ertragen, wenn sie überhaupt etwas anderes fabrizieren könnten als Kriegsmaterial. Wird auch der Krieg zur Folge haben, daß jedes Land sich planmäßiger als bisher für Notfälle mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen ausrüstet, so wird doch wahrscheinlich die Neigung für die Idee eines geschlossenen Wirtschaftsstaats einem stärkern Bewußtsein dessen weichen, daß das erstrebenswerte Ziel weniger in dieser Richtung liegt als in der möglichsten Freiheit des Austausches der Güter. Und gerade darum hat die deutsche Arbeiterklasse die Freiheit der Meere auch als ihre eigene Lebensforderung begriffen.

Auf staatspolitischem Gebiet gibt uns der Weltkrieg gleichfalls eine Lehre, die über das Begrenzte ins Weite, über das eng Nationale auf die Zusammenfassung der Völker in größeren Staatenkomplexen hinführt. Die Idee des reinen Nationalstaats ist jetzt ad absurdum geführt. Nur größere Staatsgebilde haben die Kraft sich zu erhalten, und sie können das wieder nur, indem sie jeder in ihnen wohnenden Nationalität die nötige Freiheit kultureller Entwicklung lassen, das heißt das Recht auf ihre Sprache, Schule, politische Betätigung. Die Nationalitäten andererseits werden gelernt haben, daß die Unversehrtheit des staatlichen Organismus, dem sie angehören, auch für ihre Aufgaben den Boden schaffen und sichern muß. Jeder Hakatismus ist ebenso überlebt wie das unaufhörliche Hinüberschielen über die Grenzen bei einzelnen Nationalitätensplittern.

Besonders aber (ich wage dies zu sagen, obgleich es paradox klingen mag) muß diese Zeit eine tiefe Sehnsucht nach Fortsetzung der kulturellen Gemeinschaft zwischen den Völkern hervorrufen, und feine Ohren können schon jetzt aus der lauten Katzenmusik des Hasses die leisen entfernten Klänge von Verständnis, Achtung, ja Liebe unter den Nationen vernehmen. Daß die Gegner in den Schützengräben bei aller grausamen, blutigen Arbeit einander nicht hassen und verachten, daß viele Züge rührender Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit vorkommen, wird uns täglich gemeldet. Gerade aus dem Heer kann ein Geist kameradschaftlicher Achtung hervorgehen, der die Grundlage einer brüderlichen Gemeinschaft der Kulturvölker sein müßte. Auch bei den Nichtkämpfern hat die lange Dauer des Krieges bereits jetzt die Wirkung gehabt die ersten Leidenschaften zu dämpfen. Die planmäßige Verbreitung von Greuelmärchen hat einen Teil des Reizes verloren. In Deutschland, wo auch anfänglich gewisse Kreise, die weniger durch ihre Zahl als ihre Beredsamkeit auffielen, laut ewigen Feindeshaß predigten, herrscht jetzt, das darf man sagen, das Bewußtsein vor, wie hohl solche Erregungen, wie gefährlich solche Deklamationen sind, und wie notwendig es ist die Kulturbeziehungen der Völker wieder herzustellen. Die Völker bedauern die Schreckensarbeit, zu der sie durch nationale Notwen-

digkeiten gezwungen sind, und sehen sie nur als ein Mittel an, nicht als das Ziel, wenn sie auch fest entschlossen sind bis zum notwendigen Ende durchzuhalten.

Allen Nationen aber wird immer klarer, und namentlich in den Reihen der Kämpfer dringt dies Bewußtsein immer stärker durch, daß dies Ziel nichts anderes sein kann, als ein dauernder Friede, der wiederum nur möglich ist bei Herstellung freundschaftlicher Beziehungen und gegenseitiger Achtung und Rücksichtnahme der Nationen. Welche Bedingungen im einzelnen dazu dienlich sein mögen, kann hier nicht erörtert werden und wird wohl auch noch Gegenstand mancher Meinungsverschiedenheit zwischen den Völkern sein, bis endlich der Friede zustande kommt. Aber kommen wird er, und dann wird es die vornehmste Sorge aller Staatsmänner und aller Parteien sein ihn auszubauen und zu erhalten. Mögen die internationalen Verträge in diesem Krieg auch mit Füßen getreten worden sein, wie keiner es erwartet hätte, so wird der Eindruck von der völligen Unmöglichkeit dieses rechtlosen Zustands um so stärker werden. Je vernichtender der Krieg wirkt, desto weniger wird man zu solchen Aktionen geneigt sein, deren Erfolg in keinem Verhältnis zu der mit ihm verbundenen Zerstörung von Leben und Werten und Erregung von Verbitterung steht.

Der Krieg hat vor allem auch den Völkern eine Warnung gegeben gegenüber denen, die nach Jahrzehnten des Friedens gewissenlos und frevelhaft genug waren die Welt leichthin einem solchen Abgrund zuzutreiben, die den Frieden schmähten, die angeblichen moralischen Segnungen des Krieges anpriesen und renomistische Redensarten und brutale Ellenbogenpolitik als nationale Stärke ausgaben. Mögen in allen Völkern solche Leute auch jetzt während des Krieges noch gewisse Möglichkeiten finden sich mit Worten auszutoben und recht viel Unheil anzurichten, indem sie die anderen Nationen zur Fortsetzung des Krieges geneigt machen, so wird doch nach hergestelltem Frieden sicher keine gute Zeit für sie kommen.

Gerade der idealistische Gehalt im Begriff der Nation führt von selbst über die Grenzen eines beschränkten Nationalismus hinaus. Liegt das wesentlich Nationale in der Gemeinsamkeit einer kulturellen, das heißt auf Erhöhung der menschlichen Art gerichteten Arbeit, so muß die Nation sich zwar den Platz, die Kraft und ihre besondere Art wahren, die ihr für solchen Dienst nötig sind, aber sie kann nie vergessen, daß die anderen Kulturvölker in ihrer Weise das selbe tun, und daß das Ziel über den einzelnen Nationen liegt und das der Menschheit Wesentliche erstrebt. Wer könnte auch in dieser Zeit des Verkehrs und gemeinsamer Arbeit, angesichts der Befruchtung des ganzen Lebens durch die internationale Wissenschaft und Technik, und des bereichernden wechselseitigen Gebens und Nehmens von Kunst und Poesie zwischen den modernen Völkern an eine Absonderung und Rückbildung der Kulturwelt zu Völkereigenbrötlern denken, die sich mit chinesischen Mauern umgäben? Darum habe ich das feste Vertrauen, daß diese Zeit, die das höchste Verständnis für die nationalen Pflichten und die treueste Hingabe an das Vaterland gesehen hat, in eine Periode eines höhern und lebendigeren Internationalismus auslaufen wird, der gerade darauf beruht, daß die Staaten einander achten, Rechte gewähren und Verträge halten, und die Völker des gemeinsamen Besitzes ihrer Kulturen an internationalem Gut sich bewußt bleiben und erfreuen.

Bei einer solchen Entwicklung wird ganz selbstverständlich in allererster Reihe die Arbeiterklasse, deren politisches Bewußtsein schon vor dem Krieg mehr als das anderer Klassen internationale Elemente enthielt, ihre alten Organisationen erneuern. Bei den internationalen Verbindungen der Gewerkschaften wird dies nicht allzu viele Schwierigkeiten machen. Aber auch die politische Internationale muß wieder erweckt werden. Dies wird natürlich nicht so leicht werden; man wird auch nicht daran denken können die alten Organisationsformen und Personen einfach zu übernehmen und die Arbeit da fortzusetzen, wo sie bei der Kriegserklärung abgebrochen wurde. Die neue Internationale muß von dem Krieg den Sinn für Realitäten gelernt haben, der der alten bedauerlicherweise abgegangen ist. Da gibt es denn kein anderes Mittel als an die Stelle der Redensarten wirkliche Tätigkeit treten zu lassen; nichts vereint mehr als Arbeit.

Die neu zu schaffende internationale Vertretung muß sich klar sein, daß sie nicht die Welt zu regieren und auch nicht die einzelnen sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder zu bevormunden hat. Nichts ist unfruchtbarer als ein solches Glaubenstribunal; denn seiner Natur nach kann es niemals etwas Positives hervorbringen, das nicht bei den einzelnen Völkern schon vorhanden wäre, sondern in der Hauptsache nur verbieten und verhindern. Die wirkliche schöpferische Arbeit in der Politik ist viel zu sehr von den besonderen Verhältnissen der einzelnen Völker abhängig, um von solcher bürokratischen Zentralstelle aus gelenkt zu werden. Betrachtet man die Errungenschaften unserer internationalen Kongresse, so liegt ihre positive Wirksamkeit auf gewerkschaftlichem Gebiet, während sie sich in der Politik entweder in unfruchtbaren Streitigkeiten erschöpft haben, was nicht geschehen dürfte und prinzipwidrig wäre, oder, soweit sie positive Richtschnuren zu ziehen suchten, sich auf allgemeine Redewendungen beschränkt haben, wie sie herauskommen müssen, wenn man das Verschiedenste unter einen Hut bringen soll.

Die eigentliche politische Aufgabe der Internationale müßte darin bestehen, daß sie die Sozialisten über die Verhältnisse in den Bruderparteien und Nachbarvölkern wahrheitsgemäß unterrichtete. Darin hat die alte Internationale völlig versagt. Man hat große Beschlüsse gefaßt, hat versprochen die Fahne unentwegt hochzuhalten und den Krieg mit allen Mitteln zu verhindern, hat aber nicht geprüft, ob man wirksame Mittel dafür besitzt, und wie die Stimmung der Völker dem eigenen Staat gegenüber ist. Ich habe so viel Vertrauen in den Verstand und die Ehrlichkeit der französischen, englischen und belgischen Genossen, daß ich mir nicht denken kann, sie würden in solche Entrüstung über die Haltung der deutschen Partei zur Vaterlandsverteidigung verfallen sein, wenn man ihnen von deutscher Seite klipp und klar gesagt hätte, daß auch der deutsche sozialdemokratische Arbeiter sich als Deutscher fühlt wie der französische als Franzose, und daß er das Deutsche Reich niemals fremden Invasionen preisgeben würde, indem er sich im Kriegsfall der Sache des Vaterlands gegenüber kalt und gleichgültig verhielte. Offenbar hat man den fremden Genossen auch nicht deutlich genug gesagt, daß die maßgebenden Männer unserer Regierung, namentlich der Kaiser, nicht auf einen Krieg drängten, daß man aber in Deutschland aufs tiefste von dem Bewußtsein der durch den Dreiverband, durch die englische Einkreisungspolitik drohenden Gefahr

MAX SCHIPPEL · ENGLISCHE AGRARPOLITIK UND KRIEG



Ab sich die englische Agrarpolitik, nicht nur für den außerordentlichen Zeitraum des Krieges, bewährt oder nicht bewährt habe, darüber stößt man in Deutschland und vor allem auf der deutschen Linken zuweilen auf die seltsamsten Vorstellungen. Das wird leider so bleiben, solange man sich nicht von der zwar erklärlichen, aber sehr üblen Gewohnheit befreit: wirtschaftliche Entwicklungen niemals ruhig und andauernd in ihrer Vielseitigkeit und Gesamtheit zu beobachten sondern von ihnen lediglich zur Unterstützung von agitatorischen Überlieferungen und von landläufigen Zu- oder Abneigungen gelegentlich flüchtig in irgendwelchen gerade in den Agitationskram passenden Einzelheiten oberflächlich Kenntnis zu nehmen.

So hat denn kürzlich wieder unser Parteizentralorgan die (bekanntlich seit jeher toten) Schutzzölle und Kampfzölle von neuem mit den ältesten Ladenhütern aus den verblichensten freisinnigen ABC-Büchern zu erschlagen versucht.¹⁾ Ein paar Tage darauf nannten sich allerdings die Verantwortlichen dieser Unverantwortlichkeiten bescheiden entschuldigend »eine sozialdemokratische Zeitungsredaktion, die an der Entfaltung der in ihr schlummernden Kräfte durch die Kriegswirren behindert ist.«²⁾ Etwas mehr geistige und politische Selbständigkeit hätte man trotzdem erwarten dürfen. Statt dessen wird uns hier, ganz nach den überwundensten bürgerlich-freihändlerischen Mustern, beispielsweise über die, seit Jahren so viel unstrittene englische Agrarpolitik harmlos als allseitig anerkannte Wahrheit versichert:

»Die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft ist zu bemessen nach der Intensität der landwirtschaftlichen Betriebe . . . Das Gerede vom Verfall der englischen Landwirtschaft ist eine der kritiklos wiederholten Fabeln.«

Wenn England pro Kopf der Bevölkerung mehr Nahrungsmittel einführe als etwa Deutschland, so erkläre sich dies, abgesehen von der höhern zahlungsfähigen Verbrauchskraft, »einfach daraus, daß auf den Quadratkilometer in England mehr Menschen kommen«. Natürlich soll den gläubigen Lesern kein Zweifel daran gestattet sein: »Für alle Kenner der Verhältnisse steht fest . . . es ist eine kaum noch bestrittene Tatsache . . .«

Die agrar- und handelspolitischen Nutzenwendungen des Vorwärts mögen heute beiseite bleiben, aber die erwähnten Urteilsunterlagen seien wieder einmal ein wenig nachgeprüft.



UNÄCHST ein paar Vorbemerkungen. Die englische Handelspolitik, soweit sie sich den agrarischen internationalen Konkurrenzverhältnissen zuwandte, bestand bekanntlich darin die Agrarkrise, die mit dem Ende der siebziger Jahre hereinbrach, aber erst in den Jahren 1894 bis 1896 ihren Gipfel erklomm, dann allmählich wieder abflaute, so gut wie ungestört ihre Wirkungen auf die einheimische landwirtschaftliche Produktion ausüben zu lassen und dafür dem *Konsumenten* die Vorteile des unerhörten, im Gegensatz zu anderen Krisen jahrzehntelangen Preissturzes restlos zuzuwenden. Die Durch-

¹⁾ Siehe den Leitartikel Schutzzölle und Kampfzölle im Vorwärts vom 16. September 1915.

²⁾ Siehe die Notiz Grüße aus einem Kriegsgefangenenlager im Vorwärts vom 2. Oktober 1915.

schnittspreise für den Imperialquarter Weizen hatten so vor der Agrarkrise betragen: im Jahrzehntdurchschnitt 1851 bis 1860 54 Shilling 7 $\frac{1}{2}$ Pence, 1861 bis 1870 51 Shilling 1 Penny, und selbst im bereits krisenbeeinflussten Jahrzehnt 1871 bis 1880 noch immer 51 Shilling 1 Penny (1871 bis 1873 56 $\frac{2}{3}$, 57 und 58 $\frac{2}{3}$ Shilling, dagegen 1878 bis 1880 bereits 43 $\frac{3}{4}$, 44 $\frac{1}{3}$ und 45 $\frac{1}{3}$ Shilling). Der Jahresdurchschnitt von 1894 belief sich jedoch nur noch auf 22 Shilling 10 Pence, der von 1895 auf 23 Shilling 1 Penny, der von 1896 auf 26 Shilling 2 Pence und zeitweise wurden hierbei sogar Wochendurchschnitte von 19 $\frac{2}{3}$ und 17 $\frac{1}{2}$ Shilling verzeichnet. Welche anderen großen Produktionszweige hätten jemals, ohne in ihren heimischen Erzeugungsbedingungen eine wesentliche Veränderung erfahren zu haben, lediglich unter dem Anprall einer neuartigen, wesensfremden Auslands konkurrenz, einen solchen Preissturz durchkosten müssen, noch dazu während ebenso vieler Jahrzehnte wie man sich sonst allenfalls Einzeljahre einer Produktionskrise ohne Staats eingreifen zu überstehen getraut. Andererseits, welche eine goldene Zeit für den, von der manchesterlich-freihändlerischen laissez aller-Theorie vorausgesetzten reinen Konsumenten! Könnten dessen Interessen jemals ausschließlich maßgebend sein, so wäre offenbar alles in schönster Ordnung gewesen, schöner als jemals vorher.

Leider stellten sich selbst in dem, in ganz besonderer Glückslage befindlichen, agrarisch viel weniger als jeder unserer größeren Kontinentalstaaten interessierten, hochindustriellen England die Dinge von vornherein viel weniger einfach dar. Dem beneidenswerten Konsumenten fielen nämlich diese, von jedem ABC-Schützen spielend leicht herauszurechnenden reinen Ersparnisse durchaus nicht vollkommen kostenlos, ohne jedwede Gegenrechnung, zu. Die Rückwirkung schwerer landwirtschaftlicher Krisen auf die mit der Landwirtschaft unmittelbar und mittelbar zusammenhängenden Einkommen (Konsumtionsfonds) und Anlagewerte lasse ich dabei heute ganz aus dem Spiel. Indes, auch in England hat man selbstverständlich gar nicht vermeiden können mit dem Stillstand und Verfall weiter ländlicher Kreise die Steuerlast zwischen Staat und Landgemeinde, zwischen Stadt und Land durchgreifend anders zu verteilen, unter entsprechender Schonung der in ihrer Produktion erschütterten wirtschaftlich geschwächten Kräfte, und unter ausgleichender stärkerer Heranziehung des nationalen (allgemeinstaatlichen), das heißt des vorwiegend gewerblich-städtischen Steuerzahlers. Die Staatszuschüsse, die sich nach den Gesetzen von 1896 auf die Agricultural Rates beziehen, machten allein im Finanzjahr 1912-1913 nicht weniger als 1 324 486 Pfund Sterling in England und Wales und 182 116 Pfund Sterling in Schottland aus, zusammen also jährlich mehr als 30 Millionen Mark. Und wenn Sidney Webb von 1870 bis 1880 ein plötzliches Emporschnellen ähnlicher »grants in aid« an die Lokalverwaltungen feststellt (in Pfund Sterling 1850 etwa 750 000, 1860 1 Million, 1870 nicht ganz 2 Millionen, 1880 beinahe 5 Millionen, 1890 fast 12 Millionen, 1900 nahezu 16 Millionen, 1911-1912 etwa 30 Millionen)³⁾, so läßt sich daraus zwar der Anteil der ländlichen Gemeinden und Bezirke nicht herauschälen. Aber bei blühender Landwirtschaft und bei wie früher steigenden agrarischen Grundrenten-, Gewinn- und Lohn-

³⁾ Siehe Harben *The Rural Problem* /London 1913/, pag. 153 und 110.

einkommen würde er natürlich viel geringer gewesen sein. Ob dabei der finanzpolitische Grundgedanke gerecht, ob weiter seine tatsächliche Verwirklichung immer glücklich war, bleibe unerörtert. Die Opposition gegen solche *Liebesgaben* ist in England seitens der Nutznießer der alten durch die neue agrarisch-industrielle Wirtschaftskonstellation überwundenen Steuerverfassung gleichfalls nicht ausgeblieben. Aber glücklicherweise decken sich im englischen politischen und sonstigen öffentlichen Leben Radikalismus und soziales Reformstreben durchaus nicht mit Abneigung und Verständnislosigkeit gegen das platte Land, seine Bewohner und seine Produktionsmöglichkeiten. Im Gegenteil, gerade die radikalen Reformer betonen hier meist die Notwendigkeit noch viel höherer *Liebesgaben*. Der Notschrei gegen die Überlastung der ländlichen Gemeinden, schreibt Henry D. Harben, der Vorsitzende der letzten fabianischen Agrarkommission, sei ein einstimmiger bei dem relativen oder sogar absoluten Versiegen des ländlichen Wohlstands und bei der Zuweisung immer neuer, im Grunde allgemeinstaatlicher Aufgaben an die Selbstverwaltungsorganisationen:

»Der einzige Ausweg ist daher die Subventionen auszudehnen und innerlich besser zu ordnen [to extend and systematise the subventions], die jährlich aus der Staatskasse an die örtlichen Finanzen geleistet werden . . . Die Durchsetzung dieser Politik würde die Hemmnisse beseitigen, die heute in jedem ländlichen Bezirk den Weg zum Fortschreiten versperren.«⁴⁾

Der vom freien Wirtschaftsverlauf einerseits begünstigte Konsument muß daher andererseits manches als Steuerzahler, kraft neuartigen Staatseingreifens, zugunsten der vom gleichen freien Wirtschaftsverlauf Geschwächten wieder abtreten, und *Liebesgabe* hat man das oft genug auch genannt allerdings unter ganz anderer Verteilung der Rollen zwischen den Links- und den Rechtsparteien in England.

Indes, davon abgesehen: stehen die riesigen Flottenausgaben Englands ganz ohne Zusammenhang mit dem notgedrungenen Offenhalten der ungeheuren Lebensmittelzufuhr, deren Ernst und Bedeutung naturgemäß mit jedem Nachlassen und Verkümmern der heimischen Agrarerzeugung im gleichen Schritt wuchs? Ein Staat konnte sich während der letzten, agrarisch so unvergleichlich ereignisreichen Jahrzehnte kräftiger und opferbereiter auf die heimische Agrarproduktion stützen; er konnte dann die Zufuhrsorgen geringer anschlagen. Oder ein Land machte, unter Ablehnung der handelspolitischen oder sonstigen Staatshilfe für seine eigene Agrarwirtschaft, die überseeische Versorgung entschlossen immer überwiegender zu seiner Ernährungsgrundlage; dann mußte es, unter den bisherigen und wohl noch länger fortbestehenden internationalen Verhältnissen (selbst das Internationale Bureau in Brüssel konnte dagegen vorläufig nichts Wirksames tun) die Flotte zu um so unnahbarer Leistungsfähigkeit ausbauen. Umsonst war dies aber wahrhaftig nicht zu erzielen, und insoweit hat der englische Steuerzahler abermals eine ganz fühlbare Gegenrechnung für seine Brotverbilligung und seine anderen, unbestreitbar nicht geringen Konsumentenvorteile vorgelegt erhalten. Die Times schrieben vor einem Jahr ganz unumwunden und zutreffend über Ernährung und Flotte:

»Mehr als irgendein anderes großes Volk hängen wir in unserer Ernährung von auswärtigen Hilfsquellen ab. Die Handelswege, die uns unser tägliches Essen zuführen, laufen von fast allen Ländern des Erdenrunds auf unsere Häfen zu.

⁴⁾ Siehe Harben, loc. cit., pag. 109 und 111.

Was wir innerhalb unserer eigenen Landesgrenzen für unsern eigenen Konsum erzeugen, ist beträchtlich weniger als die Riesenmengen, die wir brauchen. Quasi mures semper edimus alienum cibum [Wie die Mäuse essen wir stets fremde Speise]. Aber, noch weniger als Mäuse, können wir uns auf den dauernden Fortbestand dieser Nahrungsversorgung verlassen . . . Das, obwohl es Leute gibt, die dies vergessen können, ist die elementare Begründung und Rechtfertigung für die verbauende Politik der Großflotte. Viel Ärger und Streit fiele hinweg, wenn unsere Kleinengländer daheim und unsere Englandgegner draußen diese Tatsache nicht übersehen wollten . . . Unser Fortbestand als eine große Nation hängt vom Besitz einer unüberwindbaren Flotte ab. Früher oder später, falls wir unsere Überlegenheit nach dieser Richtung nicht bewahren, werden wir Gefahr laufen von der Erdkarte hinweggehungert zu werden.«³⁾

Oder, wie Lord Selborne, der Präsident des Landwirtschaftsamts, im vorigen Monat, vor einer Konferenz von hervorragenden Landwirten Westenglands ausführte:

»Die Landwirte sollten in England viel mehr Nahrung erzeugen als sie es bisher getan hätten. Freilich, nichts was die Farmer im nächsten Jahr zu tun vermöchten, würde England in den Stand setzen sich ganz vom Erzeugnis Englands zu nähren; immerhin, wenn sie ihr Produkt im kommenden Erntejahr zu steigern verständen, so würden sie den Kampf wesentlich unterstützen . . . Hätten wir nicht den Schild, den die Flotte über uns hält, so befänden wir uns einer Frage von Tod oder Leben gegenüber.«⁴⁾



AUCH nach unserm Zentralorgan hätte die englische Landwirtschaft unter der freiwaltenden, auf ganz anderen wirtschaftlich-sozialen Grundlagen sich erhebenden überseeischen Konkurrenz in dem Menschenalter der Agrarkrise überhaupt nicht ernstlich Schaden gelitten. Es handle sich hier nur um »Gerede«, um kritiklos wiederholte »Fabeln«; wenn England mehr Nahrungsmittel einfuhrte als Deutschland, so erklärte sich das »einfach daraus, daß auf den Quadratkilometer in England mehr Menschen kommen«, und wie die oben mitgeteilten Gründe sonst noch lauten.

Gleich mit der Wiederholung des alten, gedankenlosen Hinweises auf die Bevölkerungsdichte sollte man vorsichtiger sein. Einmal ist England in der natürlichen Ausstattung mit anbau- und weidfähigem Boden stark vor Deutschland mit seinen, zu ansehnlichem Teil anbauunfähigen oder viel weniger anbaufähigen Berg- und Waldgebieten bevorzugt. Doch selbst wenn man die Quadratmeilen unterschiedslos als gleiche Basis für die landwirtschaftliche Produktion hinnimmt, so stößt man auf einen kaum besonders durchschlagenden Abstand zwischen Deutschland und England. Nach den Internationalen Übersichten des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich besaß das Deutsche Reich auf 540 858 Quadratkilometer Bodenfläche 64,9 Millionen Einwohner, das Vereinigte Königreich (Großbritannien und Irland) auf 313 649 Quadratkilometer Bodenfläche 45,2 Millionen Einwohner. Auf 1 Quadratkilometer entfielen also in Deutschland 120,04, in England 144,18 Bewohner; nur um reichlich ein Sechstel ging die Menschenanhäufung in England über das deutsche Grundverhältnis hinaus, während die Defizite der landwirtschaftlichen Produktionsleistung wahrlich ganz unvergleichlich anders auseinanderklaffen. Während das Vereinigte Königreich auf der Höhe seiner Brotkorn- (in diesem Fall ausschließlich Weizen-) gewinnung 24 Millionen Menschen mit eigengebautem Weizen ernähren konnte, reicht die durchschnittliche Ausbeute der letzten Jahre nur noch

³⁾ Siehe den Leitartikel Food and the Navy in den Times vom 8. Juni 1914.

⁴⁾ Siehe den Bericht More Land for the Plough in den Times vom 17. September 1915.

für 7½ Millionen Menschen aus.⁷⁾ Das ist kaum eine unausweichliche, automatische Wirkung der Bevölkerungsvermehrung bei gleichbleibender Bodengrundlage.

Vielmehr war es eine der Hauptwirkungen des ungehindert in voller Kraft sich austobenden, durch keinerlei Ausgleichs zoll gemilderten Preissturzes, daß die dem Pflug unterworfenen (arable) Bodenfläche rapid zusammenschmolz: was vom Standpunkt einer reinen Industriepolitik aus richtig oder gleichgültig gewesen mag, was aber doch niemals zu einem *natürlichen* Verhängnis, »unabänderlich wie Schicksals-schluß«, umgedeutet werden kann. Als in den neunziger Jahren, nahe dem Höhepunkt der Preiskrise, ein großer Enqueteausschuß tagte, konnte er bereits den gewaltigen Rückgang des Pfluglands feststellen: für Großbritannien von 18 104 000 Acres im Jahr 1875 auf 17 675 000 Acres in 1880, auf 17 202 000 in 1885, auf 16 751 000 in 1890 und 15 967 000 Acres in 1895.

»Major Craigie [der amtliche Landwirtschaftsstatistiker] bemerkt, daß die tatsächliche Einbuße an bestelltem Land in dem 20jährigen Zeitraum, den man als die Depressionsperiode ansehen mag, 2 137 000 Acres betrug, und daß allein die Verminderung der Weizenfläche mehr als 1 900 000 Acres zu diesem Verlust beitrug.«⁸⁾

So bereits Mitte der neunziger Jahre, nach der ersten ungehinderten Entfaltung der Depression und angesichts ihrer zeitweise schärfsten Zuspitzung. Unterdes jedoch ist dieser Absterbeprozess weiter empfindlich fortgeschritten. Die Königliche Kommission schloß ihre Restbestandsaufnahme 1895 mit 15 967 000 Acres; 1900 verfügte Großbritannien noch über 15 708 000 pflugbestellte Acres, 1905 nur noch über 15 086 000 Acres, 1910 über 14 669 000 und 1912 über 14 660 000 Acres.⁹⁾ Aus den 2,14 Millionen für den Pflug verlorenen Acres sind bis 1912 bereits über 3,44 Millionen Acres geworden.

Im gleichen Zeitraum hielt jedoch Deutschland, unter gewaltiger Erhöhung der Ertragsmengen pro Hektar, sein Pflugareal in folgender Weise aufrecht (immer in 1000 Hektar):

| Jahr | Acker- und Gartenland | Davon für Getreide und Hülsenfrüchte |
|------|-----------------------|--------------------------------------|
| 1878 | 26 063 100 | 15 587 700 |
| 1883 | 26 177 400 | 15 724 000 |
| 1893 | 26 243 200 | 15 992 100 |
| 1900 | 26 257 300 | 16 051 000 |
| 1913 | 26 059 200 | 16 250 900 |

Zwar Eugen Richter wies, zur Bekämpfung der hierfür grundlegenden deutschen Handels- und Agrarpolitik, seit dem Ende der siebziger Jahre in jeder Neuauflage seines ABC-Buches von neuem *unwiderleglich* nach, daß Deutschland auf stetig anschwellende Getreideeinfuhren *naturnotwendig* angewiesen sei, weil es sonst, bei einem jährlichen Bevölkerungszuwachs um rund 500 000 Seelen, jährlich *neue* 84 000 Hektar mit Roggen-Weizen bestellen müsse. Aber heute, nachdem wir seit 1875-1880 unsere Bevölkerung um 25 oder doch reichlich 22 Millionen (also um 50 oder doch 44 mal 500 000 Seelen) wachsen sehen, sind wir in der Brotgetreidegewinnung

⁷⁾ Siehe Bathurst (Präsident der Vereinigten Landwirtschaftskammern) Food and Agriculture, in den Times vom 9. Juni 1914.

⁸⁾ Siehe den Final Report der Royal Commission on Agriculture /London 1897/, pag. 21.

⁹⁾ Siehe die Agricultural Statistics 1912 /London 1913/, pag. 95.

dennoch relativ selbstgenügender denn je geworden.¹⁰⁾ Ja, die agraragitorischen Berechnungen auf dem Papier und die agrarpolitischen Entwicklungen in Wirklichkeit!

Um den Eindruck dieser sicherlich nicht unbedenklichen englischen Wirtschaftsentwicklung zu einem weniger ungünstigen abzuschwächen, spricht man gern (auch der Vorwärts wiederholt dies) von der anerkanntswerten Erhöhung der Intensität in den verbliebenen, hauptsächlich auf die Viehzucht und die Fleisch- und Molkereiproduktion gerichteten Landwirtschaftsbetrieben. Das ist richtig, wenn man an die Verbesserung des Viehstapels, an den stärkern Zukauf von Kraftfuttermitteln und ähnliche Steigerungen des Anlage- und Betriebskapitals denkt. In manchen Beziehungen ist hier die englische Landwirtschaft, dereinst das vielbewunderte Vorbild des ganzen Kontinents, vorbildlich geblieben, obwohl Staaten wie Deutschland gegen ihre eigene Vergangenheit (und das ist doch für alle Entwicklungsbeurteilung der Hauptmaßstab) einen noch viel größeren Aufschwung zeigen. Die erwähnte Anschauung ist jedoch falsch, wenn man an die eigentliche Ausnutzung und Bearbeitung des Bodens selber denkt: dieser wertvollsten, weil nicht nach Art der industriellen Produktionsmittel vermehrbaren Grundlage aller nationalen Wirtschaft. Was in England unter dem Druck fallender Kornpreise als Ackerland preisgegeben wurde, ist so gut wie ausschließlich dem Weidegrasland (pasture, permanent grass) zugeschlagen worden. Dieses umfaßte daher in Großbritannien 1875 13 312 000 Acres, 1880 14 427 000, 1885 15 342 000, 1890 16 017 000, 1895 16 611 000, 1900 16 729 000, 1905 17 201 000, 1910 17 477 000 und 1912 17 336 000 Acres. Rund 3½ Millionen Acres Verlust an Pflugland stehen somit 4 Millionen Acres Zunahme an Weideboden gegenüber. Das sieht fast noch wie ein kleiner Gewinn aus, aber »die Bearbeitung von Ackerland bedeutet einen Stab von mindestens 4 Männern auf 100 Acres, während die gleiche Fläche, wenn sie Weide bleibt, nur 1 Mann erfordert.«¹¹⁾ Diese niedrigere Arbeitsintensität wird in der Hauptsache auch in dem bekannten Bericht des Landwirtschaftsamts über den Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung bestätigt:

»Der Zwang, dem die Farmer unterstehen: ihre Ausgaben herabzusetzen wegen

¹⁰⁾ Für einen kürzern Zeitraum, 1901 bis 1913, stellt Dr. Böhme im Deutschen Kurier vom 23. September 1915 (Eingl. Bemerkungen zur bisherigen Wirtschaftspolitik) folgende Berechnung an: »Es läßt sich nachweisen, daß trotz gewaltiger Bevölkerungszunahme wir in der Brotversorgung unserer Bevölkerung im Laufe der letzten Jahre nicht abhängiger sondern unabhängiger vom Auslande geworden sind. Sehr häufig wird nämlich bei der Entwicklung unserer Brotgetreideeinfuhr die recht wesentliche Mehrausfuhr an Mehl vergessen. Rechnet man jedoch unsere Mehrausfuhr an Mehl hinzu, indem man, wie es üblich ist, die Tonne Roggenmehl mit $\frac{6}{10}$, die Tonne Weizenmehl mit $\frac{10}{7}$ multipliziert, so ergibt sich folgende Entwicklung seit 1901.

| Mehreinfuhr in 1000 Tonnen | 1901 | 1902 | 1903 | 1904 | 1905 | 1906 | 1907 | 1908 | 1909 | 1910 | 1911 | 1912 | 1913 |
|-------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Roggen und Roggenmehl | + 680 | + 770 | + 459 | - 43 | + 68 | + 280 | + 265 | - 357 | - 553 | - 705 | - 396 | - 762 | - 955 |
| Weizen und Weizenmehl | +2050 | +2004 | +1754 | +1830 | +2056 | +1770 | +2262 | +1636 | +2006 | +1812 | +1968 | +1754 | +1755 |

Zählt man beide Getreidearten zusammen, so ergibt sich ein sehr erfreuliches Bild. Während wir 1901 noch eine Mehreinfuhr von 2,73 Millionen Tonnen aufwiesen, 1902 von 2,77 Millionen Tonnen, sind diese Ziffern auf 0,99 Millionen 1912 und 0,8 Millionen 1913 gesunken. Wir sind in unserer Brotgetreideversorgung demnach um 2 Millionen Tonnen unabhängiger vom Auslande geworden, obwohl gleichzeitig die Bevölkerung von 56,9 Millionen 1901 auf 67 Millionen 1913 gestiegen ist, also um rund 10 Millionen. Tatsächlich sind wir somit in unserer Versorgung mit dem wichtigsten Volksnahrungsmittel vom Auslande wesentlich selbständiger geworden.

¹¹⁾ Siehe die Artikelfolge Our Bread and Meat in den Times vom 15. Juni 1915.

der niedrigen Preise und der verminderten Rücklagen, wird fast regelmäßig betont. Sie haben so weit wie möglich ihre Wirtschaftsweise umgestaltet, mit dem Ziel weniger Arbeit zu gebrauchen. Die wichtigste Umwandlung, die in so gut wie allen Grafschaften von Cornwall bis Caithness erwähnt wird, ist das Niederlegen von Ackerland in Grasland. Die Einbuße in Großbritannien von 2 Millionen Acres für den Pflug warf in den 20 Jahren 1881 bis 1901 wahrscheinlich 60 000 bis 80 000 Arbeiter gleichzeitig außer Beschäftigung.¹²⁾

Die letzte radikale Denkschrift des bekannten Land Enquiry Committee gibt dieser Auffassung gleichfalls recht, indem sie ihrerseits hinzufügt:

»Seit 1901 sind abermals fast 1 Million Acres in Grasung niedergelegt worden mit der daraus folgenden Verdrängung von weiteren 20 000 bis 30 000 Arbeitern.«¹³⁾ Und ein »hochgeschätzter landwirtschaftlicher Autor« faßte erst neulich wieder sein Urteil dahin zusammen, daß seit 1873, also ungefähr seit dem plötzlichen Umschwung der agrarwirtschaftlichen Weltkonjunktur und gleichzeitig mit einem Bevölkerungswachstum von 13 bis 14 Millionen Köpfen, »die Produktivität des Landes im ganzen zweifellos sank, nicht nach den Geldwerten, aber nach der Menge der für die Nation produzierten Nahrung, weil Land unter dem Pflug immer selbst für das Vieh mehr Nahrung schafft als Grasland, vor allem mehr als jene Weiden, die auf den ärmeren, für die Weiterbestellung zu kostspieligen Ackerböden hergerichtet wurden«. Die Fortsetzung einer solchen Entwicklung sieht der Autor im Ranchsystem nach kolonialer Art: auf 200 bis 300 Acres je eine Arbeitskraft, was an sich, folgerichtig als extensive Bewirtschaftung durchgeführt, vom kapitalistischen Gewinnstandpunkt aus noch immer rentabel sein könne.

»Indes würde das Ranchsystem letzten Endes zu einer Art sozialer Revolution führen. Das Volk würde nicht lange ruhig zusehen, wie Einzelne weite Strecken Landes monopolisieren, die sie kaum, außer in extensivster Weise, bestellen, sowohl was die Lieferung von Nahrung wie die Beschäftigung von Menschen anlangt. Der Ruf nach dem Land, der die Kleingüteragitation kennzeichnete, würde sich in größerer Ausbreitung von neuem wiederholen.«¹⁴⁾

Das Gesamtergebnis dieser *Produktionsanpassung*, dieser Produktionsumwandlung im wesentlichen durch den *sich selbst überlassenen Verkehr* und ohne überlegenes organisatorisches Staatseingreifen, ist tatsächlich sehr unerbaulich. Was das Getreide, den Weizen, anlangt, so brauchen die britischen Inseln seit Jahren etwa 100 000 Quarter den Tag und liefern selber nur 20 000 Quarter, ein knappes Fünftel des Gesamtbedarfs. Die heimische jährliche Weizengewinnung würde kaum für 9 Wochen des Jahres reichen. Die einseitige Verschiebung nach der Viehhaltung und Fleischproduktion hinüber ist gleichfalls nicht von durchschlagendem Erfolg begleitet gewesen. Der jährliche Verbrauch von Rind-, Hammel- und

¹²⁾ Siehe den Report on the Decline in the Agricultural Population /London 1906, pag. 11.

¹³⁾ Siehe den Report of the Land Enquiry Committee, The Land, 1. Band /London 1913, pag. 52.

¹⁴⁾ Siehe die Artikelreihe Labour for the Land in den Times vom 12., 13. und 14. April 1915. × Der Vorwärts wiederholt auch hier in seinem Artikel eine landläufige Gedankenlosigkeit: »Die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft ist zu bemessen nach der Intensität der landwirtschaftlichen Betriebe. Für alle Kenner der Verhältnisse aber steht fest, daß diese Intensität in ... England nicht geringer ist als in Deutschland ... Die Erträge pro Hektar an Weizen, Gerste, Hafer, Hackfrüchten sind in England nicht geringer als in Deutschland.« So einfach liegen die Dinge leider durchaus nicht. Selbstverständlich sind in England seit mehr als einem Menschenalter immer die jeweilig ertragärmsten Ackerböden preisgegeben worden. Je mehr man unter dem Preisdruck preisgab, je mehr man also in gewissem Sinn den Ackerbau verfallen ließ desto höher stieg der, in ABC-Büchern herauszurechnende Durchschnitts »ertrag pro Hektar an Weizen usw.« Welch eine einfache Methode die »Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft«, bemessen an solcher »Intensität, zu »steigern«. Hätten wir in Deutschland, ohne durch die Zollpolitik dem Sturz und Sinken der Preise in der kritischen Zeitperiode entgegenzutreten, Schritt um Schritt die bisher bestellten ertragsgeringeren Ländereien nach englischer Weise dem Pflug gleichfalls entzogen: welch eine glänzende »Leistungsfähigkeit« und Blüte der deutschen Landwirtschaft würde man uns dann vollends selbstgefällig vorrechnen können. Je größer in Wirklichkeit der Verfall, desto größer auf dem Papier die Blüte.

Lammfleisch, also aller Hauptfleischarten für England, wird für regelrechte Friedenszeiten auf 1 850 000 Tons berechnet. Von dieser Gesamtmenge produziert das Vereinigte Königreich etwa 1 100 000 Tons. Man kann daher mit den Times sagen, daß, allein die im Gegensatz zum Getreidebau leidlich aufrechterhaltene und fortentwickelte Fleischproduktion ins Auge gefaßt, »60 % des Jahreskonsums eigenproduziert sind, während 40 % vom Ausland eingeführt werden.«¹⁶⁾ Zu Lobeshymnen gaben diese Agrarzustände niemals Anlaß, und der Krieg hat erst recht zu kritischen Bedenken herausgefordert.



MERKWÜRDIG, daß man diese Befriedigung wohl recht häufig bei deutschen Nichts-als-Freihändlern findet, aber kaum jemals bei englischen Politikern und am allerwenigsten beim englischen Radikalismus, der in seinem altüberlieferten Streben: das entvölkerte, wohlstandsgeschwächte platte Land wieder mit einem lückenlosen Netz von blühenden Bauern- und Kleingüterwirtschaften zu überspannen, zuweilen im agrarreformerischen und agrarischen Überschwang am allerweitesten geht.

Die Gesamtstimmung jenseits des Kanals wird noch immer von Blättern wie den Times am getreulichsten widergespiegelt, und dabei wiegt stets das Gefühl vor: daß man an der Landwirtschaft durch tatenloses Geschehenlassen (und der Freihandel ist eben die eine, der Auslandskonkurrenz zugekehrte Seite des Manchestertums) viel gesündigt habe, und daß es, um der heimischen Agrarproduktion die ihr zukommende Bedeutung für die nationale Wirtschaft wiederzugewinnen, in Zukunft eines weittragenden gesetzgeberischen Eingreifens bedürfe. Vor ein paar Jahren schrieb Lord Milner, ein alter Fabier und heute noch trotz aller konservativen Äußerlichkeiten ein vorwärtsdrängender Reformier Chamberlainschen Stils:

»Wir brauchen dringend eine nationale Politik . . . , die alle großen Notwendigkeiten unseres Volkslebens, nach innen wie nach außen, berücksichtigt, und die zu deren Inangriffnahme einen geordneten, folgerichtigen Plan entwickelt. In ihrer Gesamtheit wird eine solche Politik natürlich niemals von irgendwelcher politischen Partei aufgenommen werden. Aber wenn sie sich im Geist der Nation festwurzelt, wie dies in der Vergangenheit andere politische Gedankensysteme getan haben, dann wird sie das Verhalten aller Parteien beeinflussen und diese Parteien mehr oder weniger zu ihren Gedankenvollstreckern machen . . . Erblickt eine solche Politik einmal das Tageslicht, dann wird sie in ihrem Programm sicherlich einen allerersten Platz der Förderung der Landwirtschaft einräumen. Gleichermaßen nach ihren wirtschaftlichen, ihren sozialen und sittlichen Wirkungen hat die Vernachlässigung der Landwirtschaft, das Verlorengehen des geistigen Zusammenhangs mit dem Lande eine niederdrückende Wirkung auf unser Volksleben ausgeübt . . . Wir haben die alte Anschauung von der Grundbedeutung der Produktion und der Produktionsfähigkeit zurückgenommen . . . Aber von allen Arten der Produktionsfähigkeit ist keine entscheidender, unentbehrlicher und mehr gleichgewichtsschaffend als die Bewirtschaftung des Bodens. Und wenn an einem Punkt aus dem heutigen Wirrwarr der politischen und sozialen Strebungen sich eine einheitliche Auffassung emporingt, so vollzieht sich dies gerade im Hinblick auf die fundamentale Notwendigkeit bessern Gebrauch von der größten aller natürlichen Hilfsquellen zu machen. »Zurück zum Land!« ist ein Losungswort, das in dieser oder jener Form allmählich die ersten Männer aller politischen Richtungen fesselt: zurück zum Land . . . , in dem Sinn, daß die Landwirtschaft wieder den ihr zukommenden hervorragenden Rang in dem Gesamtorganismus der nationalen Produktion einzunehmen habe, . . . daß der Boden unseres Landes wieder mehr tragen und die in seiner Bearbeitung tätige Volksmasse wachsen müsse.

¹⁶⁾ Siehe die Artikelfolge *Our Bread and Meat* in den Times vom 17. Juni 1915.

Daß der Boden dieser Inseln unterkultiviert ist, und daß die Hauptursachen dieser Unterkultivierung in der ländlichen Untervölkerung liegen: diese beiden Grundsätze sind heute den Agrarreformern aller Richtungen gemeinsam.«¹⁶⁾

Die Times schreiben dem Krieg offen das Verdienst zu, daß man nach Jahrzehnten der »Geringschätzung und Vernachlässigung« den Wert der Landwirtschaft wieder schätzen lerne. Früher habe man den Landwirt nur als Zielscheibe für öffentliche Angriffe beachtet, wenn einmal die Preise stiegen. Bessere Marktpreise seien niemals, wie bei jeder Industrie, des Farmers Recht gewesen; aber wenn die Preise krisenhaft fielen, so habe man es um so mehr als seine (des Farmers) Pflicht angesehen sich seinerseits niemals zu beklagen, am allerwenigsten in der, soeben gegen ihn aufgebrauchten Öffentlichkeit. Die Agrarfrage habe für den Stadtmenschen wesentlich darin bestanden gegen die »Herzöge« (Latifundienbesitzer) zu wettern, heute begreife man »die nationale Wichtigkeit der Ausdehnung unserer Nahrungsversorgung aus heimischen Quellen«. Ganz anders als unsere Schlummerkräfte im Vorwärts schildern die Times alsdann den »Kontrast« zwischen Deutschland und England:

»Wenn Deutschland seine Drohungen ausführen und uns auf unsere eigenen Hilfsquellen zurückwerfen könnte, so würden wir ein bejammernswertes Bild darbieten. Wir konnten unsere Pläne ausführen und haben tatsächlich Deutschland wesentlich auf seine eigenen Produktionskräfte beschränkt. Es war nicht ohne Wirkung, aber von Einfluß auf den Krieg war es nicht. Deutschland hat bis zur Stunde seine Bevölkerung zu ernähren vermocht, und so lange es das kann, kann es auch den Krieg durchhalten. Dazu wurde es befähigt durch eine Organisation und Entfaltung der Landwirtschaft, wie sie überlegt geplant und methodisch durchgeführt wurde. Die Landwirtschaft wurde gefördert, trotz einer kurzzeitigen städtischen Opposition; und die deutschen Kriegsschriftsteller weisen jetzt mit berechtigtem Stolz auf die so errungene Kraft hin. Trotzdem hat Deutschland auch eine industrielle und kommerzielle Entfaltung hinter sich, die nur hinter der unsern zurückstand, die aber im Tempo noch beschleunigter verlief. Auch hier herrschte zeitweise die gleiche Neigung vor die Landwirtschaft, wie in unserm eigenen Land, zu vernachlässigen. Aber die Gefahr wurde zu rechter Zeit bemerkt, vielleicht durch das von uns dargebotene Beispiel, und verhütet. Jetzt, wo unsere Augen für die Wirklichkeit der Gefahren erschlossen sind, die in der einseitigen Entwicklung der nationalen Tätigkeiten liegen, sollten wir sicherlich die Lehre beherzigen. Tun wir dies nicht, so verdienen wir die Verachtung seitens unserer Feinde und die Enttäuschung seitens unserer Freunde . . . Die Hauptsache ist gegenwärtig, daß sich in unserm Volk allgemein die Anschauung einwurzelt: die Landwirtschaft dürfe nicht wieder in die alte nationale Vernachlässigung zurücksinken.«¹⁷⁾

So lauten heute in England die Urteile über die englische Agrarpolitik.

XX
OTTO THOMAS · STAAT UND ARBEITER

NEBEN anderen Problemen hat der Weltkrieg eines in den Vordergrund der politischen Orientierung gerückt, in einer Weise, daß eine klare Entscheidung nicht umgangen werden kann: das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Staat. Zum erstenmal wurde beim Ausbruch dieses Krieges für die deutsche Sozialdemokratie eine gesamtdeutsche Frage aufgeworfen, deren Beantwortung rasch und sicher erfolgen mußte. Die Bewilligung der Mittel für die Kriegführung des heutigen Staates hat aber auch das oben genannte Problem in seiner Totalität gestellt. Seine Erörterung hat in unserer Partei bereits begonnen.¹⁾ Es

¹⁶⁾ Siehe Lord Milners Vorrede zu *Turnor Land Problems and National Welfare* (London 1911/).

¹⁷⁾ Siehe den Leitartikel *The Future of English Land* in den *Times* vom 15. März 1915.

¹⁾ Ich verweise nur auf *Winnig Arbeiterklasse und Staatsgewalt*, in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1915, 2. Band, pag. 864 ff.

mündet in die Frage nach der Entwicklung zum Sozialismus, und die Verschiedenheit der Auffassung von der politischen Methode unseres Kampfes stellt im Grunde auch hier den eigentlichen Differenzpunkt dar.

»Wie wird der Sozialismus sich verwirklichen? Das ist ein Problem, dem wir nicht listig aus dem Wege gehen können. Das tun wir aber, wenn wir unsichere und unbestimmte Antworten geben; und es heißt sich selber täuschen, wenn wir im Jahre 1901 [und nun gar 1915!] die Antworten wiederholen, die unsere Lehrer und Vorgänger vor einem halben Jahrhundert gegeben haben.«²⁾

So hat Jean Jaurès vor anderthalb Jahrzehnten die Frage gestellt und damit die Gründe für die Differenzen in der Partei erkannt.

»In Wahrheit haben die Sozialisten immer vorauszusehen und zu bestimmen versucht, in welcher Form und durch welche historischen Vorgänge das Proletariat siegen werde. Und wenn wir heute leiden, wenn in unserer Partei Ungewißheit und Verstimmung herrschen, so kommt es daher, daß die zum Teil veralteten Methoden, die unsere Lehrer uns hinterlassen haben, und die nur erst mangelhaft in Formeln gebrachten Notwendigkeiten der Neuzeit ein buntes Durcheinander bilden.«³⁾

Um die Methode zweckbewußten politischen Handelns geht es auch heute. Die Haltung der sozialdemokratischen Mehrheit, die Bejahung der Pflicht zur nationalen Selbstbehauptung, stellt in der Tat eine Überwindung der frühern, dogmatischen Methode dar. Die sozialdemokratische Partei kommt vor allem jetzt zur Klarheit darüber, daß eine Negierung des Staatsgedankens, wie sie in einer Nichtbeteiligung an der Erfüllung staatlicher Notwendigkeiten liegt, ihrem eigenen Wesen widerspricht.

»Es ist nicht wahr, und es ist niemals wahr gewesen, daß der Sozialismus staatsfeindlich sei . . . Sozialismus bedeutet höchste Organisation: Wie könnte ein solches Gedankensystem gerade den Brenn- und Mittelpunkt aller Organisation ausschließen? Der Staat ist die Zusammenfassung aller Volkskräfte . . . Der Sozialismus will den Staat.«⁴⁾

Wenn dagegen in einem Flugblatt der Parteiliderheit wieder die Meinung vertreten wird, »daß der Staat das Werkzeug der besitzenden Klassen ist«, und daß die Proletarier »deshalb den Kampf gegen den Staat führen« müssen, so kann man wohl sagen, daß diese in der alten Methode steckende Auffassung vom Staat, die wir in einem großen Teil unserer Parteiliteratur wie auch in verschiedenen Parteitagebeschlüssen immer wieder vorfinden, durch die tatsächliche Einordnung der Arbeiterklasse, namentlich ihrer wirtschaftlichen Vertretung, in das Staatsganze ad absurdum geführt worden ist.

Freilich ist es wahr, daß die Sozialdemokratie, die früher vollständig auf den Klassenkampf im Innern des Reichs eingestellt war, für die das deutsche Gesamtinteresse vor dem Krieg nie in konkreter Gestalt sichtbar wurde, sich in ihren offiziellen Beschlüssen vielfach von einer antistaatlichen Tendenz leiten ließ, da sie, wie heute nur noch die Minderheit, den Staat als bloße Exekutive der besitzenden Klassen nahm. In den Budgetdebatten der Parteitage ist diese Stellung zum Staat besonders wahrnehmbar. In der Resolution des Frankfurter Parteitags /1894/ ist die Rede von dem Klassencharakter des Staates, und diese Anschauung ist die Grundlage aller späteren Beschlüsse geblieben. Und doch stand diese theoretische Deklaration immer im Gegensatz zu unserer Praxis. Sie widerspricht ja allen unseren Forde-

²⁾ Siehe Jaurès *Aus Theorie und Praxis* /Berlin 1902/, pag. 10.

³⁾ Siehe Jaurès, loc. cit., pag. 14.

⁴⁾ Siehe Winnig, loc. cit., pag. 866.

rungen an eben diesen Staat. Denn daß wir überhaupt Forderungen an ihn stellen, beweist, daß wir den Staat als die rechtliche Organisation des gesamten Volkes einschließlich der Arbeiterklasse, nicht nur der herrschenden Schichten, ansehen. Diejenigen Marxisten, die nicht bei den Anfangsgründen des popularisierten Marxismus stehengeblieben sind sondern selber weiter zu schürfen versucht haben, haben daher jene, von Anbeginn an veraltete, aber in der Partei festgewurzelte Staatsauffassung bereits lange vor dem Krieg überwunden oder doch die Mittel zu ihrer Überwindung geliefert.⁵⁾ Während in der französischen Sozialdemokratie ein Zweifel in der Stellungnahme zu wirklich nationalen Fragen kaum besteht, während dort die Internationalität nicht als Gegensatz sondern nur als Ergänzung und Überbau der nationalen Idee erkannt wird, hat es in der deutschen Sozialdemokratie vielfach an der Anerkennung der nationalen Realitäten gefehlt, und zwar deshalb, weil wir Wesen und Zweck des Staates, in einseitiger Übertreibung eines an sich vorhandenen Moments, gründlich verkannten.

In diesem Krieg hat nun die deutsche Arbeiterklasse zum erstenmal sich mit Bewußtsein als Mitträgerin der Staatsidee gefühlt und auch staatliche Funktionen mit übernommen. Damit tritt sie in eine neue Phase ihrer politischen Arbeit. Die Neuorientierung auch der Sozialdemokratie wird um so notwendiger, als sich die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Volkslebens erheblich ändern, und der Staat selbst in ein anderes Verhältnis zu den Kräften und Klassen rückt. Genosse R. Hilferding hat sich zwar gegen die Ansicht ausgesprochen, daß der Krieg der Revolution gleichzusetzen sei,⁶⁾ und dieser Krieg zeigt in der Tat keinerlei revolutionäre Tendenz, soweit solche sich auf formalpolitischem Gebiet manifestieren kann. Aber daß er wirtschaftlich revolutionierend wirkt, kann nur der bestreiten, der die äußeren Formen über die inneren Kräfte setzt. Hilferding leugnet ja freilich auch die umwälzende Wirkung des Krieges von 1870-1871, der vielmehr zu einer Konterrevolution geworden sei. Da hat zum Beispiel Genosse K. Kautsky jenen Krieg denn doch ganz anders gewertet. Er spricht von einer »höchst gelungenen europäischen Revolution, vollzogen allerdings nicht durch Volkserhebungen sondern durch dynastische Kriege«, nämlich die Ereignisse von 1866 und 1870-1871.⁷⁾ Erst recht bringt jetzt der Weltkrieg Veränderungen von noch gar nicht übersehbarer Tragweite im wirtschaftlichen Leben unseres Volkes. Es ist daher gut, wenn wir uns darauf besinnen, daß unsere Stellung zum Staat historisch bedingt ist, daß auch er den Entwicklungsgesetzen unterworfen ist. Die Nachtwächterrolle, die ihm, nach Lassalles bekanntem Ausdruck, das Bürgertum zugewiesen hatte, hat er sehr bald aufgeben müssen. Er wurde zum Träger des revolutionären kapitalistischen Regimes. Aber dann ist er auch über diese Funktion in eben dem Maß hinausgewachsen als die Sozialisierung sich als wirtschaftliche Notwendigkeit für die Gesamtheit des Volkes ergab, und als die Arbeiterklasse selber sich als Teil des Staatsmechanismus betätigte. Und so kann uns jetzt wieder die Staatsidee Ferdinand Lassalles Wegweiser sein:

»Der Staat ist es, welcher die Funktion hat diese Entwicklung der Freiheit, diese Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit zu vollbringen. Der Staat ist

⁵⁾ Siehe zum Beispiel Renner Die Nation als Rechtsidee /Wien 1914/, pag. 6: »Die Nation ist die weltgeschichtliche Persönlichkeit schlechweg, der Staat ist nichts als das Machtinstrument dieser Persönlichkeit.«

⁶⁾ Siehe Hilferding Ein neutraler Sozialist über die sozialistische Neutralität, im Kampf, 1915, pag. 266

⁷⁾ Siehe Kautsky Bernstein und das sozialdemokratische Programm /Stuttgart 1899/, pag. 164.

diese Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen, eine Einheit, welche die Kräfte aller einzelnen, welche in diese Vereinigung eingeschlossen, millionenfach vermehrt, die Kräfte, welche ihnen allen als einzelnen zu Gebote stehen würden, millionenfach vervielfältigt. Der Zweck des Staates ist also . . . der: durch diese Vereinigung die einzelnen in den Stand zu setzen solche Zwecke, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als einzelne nie erreichen können, sie zu befähigen eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen sämtlich als einzelnen schlechthin unersteiglich wäre.«⁸⁾

Es ist nicht uninteressant zu bemerken, daß auch bürgerliche Gelehrte und Historiker gerade jetzt auf Lassalle zurückgreifen und ihn als einen künftigen geistigen Führer bezeichnen.⁹⁾ Sicherlich zum Leidwesen jener Scharfmacher und Intransigenten, die aus einer so gearteten Staatsauffassung eine Isolierung ihrer eigenen Position befürchten.

Heute, wo wir ein halbes Jahrhundert politischer Arbeiterbewegung in Deutschland überblicken, werden wir die Wandlungen des Problems Staat und Arbeiterklasse innerhalb unserer Partei historisch erklären können. Die sozialistenfeindliche innere Politik Bismarcks brachte uns ganz selbstverständlich in eine einheitliche Abwehr- oder auch Angriffsstellung. Daneben waren es die tatsächlichen Machtverhältnisse, das gewaltige parlamentarische Übergewicht der bürgerlichen Klassenvertretung über die Arbeiterpartei, die uns eine rein kritisch negierende Haltung eine Zeitlang gestatteten, sie vielleicht sogar notwendig machten. Indes, je mehr die Bewegung erstarkte, je mehr sie in Zahl und Art ein wichtiger politischer Faktor wurde, um so zwingender trat die Tendenz zum Positiven hervor, die immer mehr zu Konflikten mit der Parteitradition führte. Als die badischen Parteigenossen im Jahr 1910 das Budget bewilligt hatten und dem Genossen Dr. Frank hierüber in einem Privatgespräch Vorhaltungen darüber gemacht wurden, schüttelte er den Kopf und sagte: »Das ist ja politische Pedanterie, was Sie da wollen.« Diese Pedanterie spielt aber bei uns eine viel größere Rolle als man gemeinhin annimmt. Nicht das Prinzip, sondern die Gewohnheit gibt meist den Ausschlag. Der Begriff vom Klassenkampf des Proletariats, ursprünglich die Bezeichnung einer Gesamtentwicklung mit einer Summe einzelner Differenzierungen, eines Prozesses, der von einer historischen Epoche zur andern führt, hat einen Fetischcharakter bekommen, der das selbständige Denken bei notwendig werdenden Einzelhandlungen erschwert. Wer bei solcher Einzelhandlung den genau umschriebenen Einzelzweck ins Auge faßt, der gilt als minder guter Klassenkämpfer. Bei politischen Aktionen ist aber immer zu erwägen, welche Form des Vorgehens im geeigneten Augenblick das Interesse der breiten Volksmassen fördert. Mehr als die schematische Betonung angeblich unversöhnlicher Klassengegensätze gilt dabei in konkreten Fällen der Lassallesche Satz:

»Arbeiter sind wir alle, insofern wir nur eben den Willen haben uns in irgendeiner Weise der menschlichen Gesellschaft nützlich zu machen.«¹⁰⁾

Die bloße agitatorische Ausnutzung der Parlamentswahlen hat uns fraglos zu einer zahlenmäßig mächtigen Partei gemacht. Aber wir können die so gewonnene Position nur behaupten, wenn wir die politische Gegnerschaft zu den anderen Parteien auch da, wo es notwendig ist, beiseite zu setzen

⁸⁾ Siehe Lassalle Arbeiterprogramm, in Lassalles Reden und Schriften, 2. Band /Berlin 1893/, pag. 46.

⁹⁾ Siehe Oncken Die Deutschen auf dem Wege zur einigen und freien Nation, in dem Sammelwerk Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland /Leipzig 1915/, pag. 6.

¹⁰⁾ Siehe Lassalle, loc. cit., pag. 38.

KARL NÖTZEL · DAS SOZIALE ELEMENT IN DER RUSSISCHEN DICHTUNG

SEIT jeher sah der russische Dichter sein Volk in schwerster politischer und sozialer Knechtschaft, und seit jeher fühlte er sich machtlos dagegen, ja meist hegte er nicht einmal mehr die Hoffnung, daß es je anders werden könnte, oder wenn er auch einmal diese Hoffnung gehegt hatte, so war er endlich ihrer müde geworden. Und dabei liegt etwas Verpflichtendes gerade in der Liebe zum russischen Volk; denn man kann es nicht bemitleiden, ohne es zu achten. Tatsächlich hat es sich in aller seiner Knechtschaft die Achtung vor sich selber bewahrt und damit auch die Unabhängigkeit seiner Seele, indem es unentwegt alle die Tugenden übte, die auch der Sklave zu verwirklichen vermag; und das sind nicht nur die passiven Tugenden des Vergebens und Vergessens, nein, der einfache Russe übt auch die tätigen Tugenden: er vergilt Böses mit Gutem und teilt sein letztes Stück Brot mit dem Armen. Das weiß jeder, der nur einigermaßen das russische Volk kennt. Und diese seine seelische Unabhängigkeit in aller Knechtschaft (sie ist untrennbar von einer gewissen geistigen Unabhängigkeit, die auch zum Beispiel Tolstoj sehr wohl an seinen Leibeigenen wahrgenommen hatte) hat von jeher Rußlands leidenschaftlichste Volksfreunde, die Dichter, aufs höchste erstaunt. Was war darum natürlicher, und was entsprach mehr den Bedürfnissen ihrer Seele, als daß sie die sozialen Verhältnisse überhaupt für machtlos erklärten gegenüber dem Lichtstreben der Menschenseele? Wenn diesem Standpunkt nun aber auch augenscheinlich eine gewisse Berechtigung zukommt, so ist er doch nicht nur sehr bedenklich in seinen allgemeinen Wirkungen, er wird tatsächlich unhaltbar, wenn er bewiesen werden soll. Sobald ja nur die sozialen Verhältnisse umschrieben werden, innerhalb deren sich, wie man behauptet, die vielgeprüfte Menschenseele unabhängig erhält, wird sogleich selbst der ganz unbefangene Leser stutzig. Es ist denn auch das merkwürdige Schicksal der russischen Dichtung gewesen, daß, indem sie der Menschenseele gegenüber die sozialen Verhältnisse als unwirksam beweisen wollte, sie sie gerade erst recht in ihrer unbarmherzigen Überlegenheit erkennen ließ.

Dieser Zwiespalt zwischen bewußter und unbewußter Tendenz zieht sich durch das ganze Wirken Dostojewskijs und Tolstoj's hindurch und führt zu den seltsamsten Widersprüchen. Es ist aber nur zu sehr zu begreifen, daß gerade ein russischer Dichter sich nicht dazu entschließen kann die sozialen Verhältnisse tatsächlich als stärker anzuerkennen als den einzelnen Menschen. Damit würde er ja auf den Glauben verzichten müssen, der ihn allein vor dem unsagbaren Elend seines Volkes bei geistiger Gesundheit erhält: auf den Glauben, es gäbe ein einfaches Mittel aller Volksnot in Rußland, nicht bloß in Rußland, nein auf der ganzen weiten Erde, ein für allemal ein Ende zu bereiten, und die Verwirklichung dieses Mittels hinge lediglich von dem Wohlwollen der Mächtigen und der seelischen Umkehr der Elenden ab. Der ganz mit seinem Volk mitlebende Russe kann nun einmal vom Glauben an die Allmacht des guten Willens nicht lassen. Das ist für den russischen Dichter vielleicht ein Segen, für den russischen Denker entschieden ein Unglück. Er erliegt allzu leicht der Versuchung aus reinen Denkentscheidungen, falls sie zu Ergebnissen führen, die seinen sozialen

Wünschen entgegengesetzt sind, auf einen bösen Willen des Denkenden zu schließen: ein ganz unmögliches Beginnen, das uns fast die gesamte russische Publizistik ungenießbar macht. Dem Russen entgeht so immer wieder der eigentliche Ursprung unserer Geistigkeit, und er liegt in der unter größten Opfern gemachten Erfahrung von der Ohnmacht des guten Willens an sich. Das macht sich natürlich auch bei den russischen Dichtern bemerkbar. Indes doch bloß da, wo sie in ihren Dichtungen aufhören Dichter zu sein: wo sie lehren, und das tun sie fast alle. So erklären sich denn auch die schiefen Urteile Dostojewskijs und Tolstoj's über das geistige Westeuropa. Dabei ist aber, wie gesagt, der Glaube an die Allmacht des guten Willens vielleicht sogar die Voraussetzung jedes Dichtertums. Gleichwohl liegt eine große Gefahr in ihr, die größte, die einem Dichter drohen kann: die Verführung zur Ungerechtigkeit. Wenn ja der Mensch stärker ist als die sozialen Verhältnisse, die ihn bestimmen, wie erklärt man dann die gerade in Rußland so entsetzlich zahlreichen sozial Erkrankten, das heißt meist rettungslos dem Alkohol verfallenen Bettler, Vagabunden und Verbrecher aller Art? Ihnen geschieht durch die Annahme eines unter allen Umständen siegreichen guten Willens ein furchtbares Unrecht. Denn sie beweisen eben durch ihr bloßes Vorhandensein, daß der Mensch im allgemeinen doch wohl schwächer ist als die Verhältnisse, in die er versetzt werden kann. Solches auszusprechen verlangt allein schon die Menschenliebe. Und wenn ihr auch sonst als Beweismittel sehr wenig Kraft innewohnt, so hat sie hier doch das eine für sich, daß alle anderen Annahmen in der Luft schweben.

Wie entgehen nun die russischen Dichter dieser Gefahr? Innerhalb ihrer Dichtungen, das heißt rein gestaltend, beweisen sie durchaus das, was sie nicht anerkennen wollen: das Bestimmtwerden des Menschen durch seine Mitmenschen und vor allem durch die traditionellen Anschauungen seiner Klasse; mit einem Wort: das Bestimmtwerden des Menschen durch eine ganze Reihe von ihm unabhängiger Geschehnisse, die ihn unmerklich, aber mit tödlicher Notwendigkeit, und gerade deshalb, weil er so ist wie er ist, zu einer Handlung hinführen können, die seinem eigentlichen, freien Ich durchaus widerstrebt. Dies alles ist in den russischen Meisterwerken, vor allem denen eines Dostojewskij und Tolstoj, mit hinreißender Überzeugungskraft dargestellt, und darin beruht wohl auch hauptsächlich die überragende kulturelle Bedeutung der russischen Dichter. Sie sind in ihren Dichtungen mächtigste Verfechter jener selbigen ursprünglichen sozialen Unschuld des Menschen, die sie als Publizisten aufs leidenschaftlichste in Abrede stellen und selbst innerhalb ihrer Dichtungen da, wo sie, gleichsam hinter der Rampe hervortretend, Urteile fällen (was man, nebenbei gesagt, überhaupt nur so großen Künstlern verzeihen kann). Überall da sind denn auch die russischen Dichter in einer peinlichen Lage den Sozialkranken ihres Volkes gegenüber. Tolstoj hilft sich, solange er nur Dichter ist, in sehr einfacher Weise dadurch, daß er tatsächlich aus dem niedern Volk niemanden schildert, der irgendwie ernstlichen Vorwurf verdient. In seinem ganzen Dichterverk findet sich eigentlich nur ein einziger leichter Tadel des russischen Bauern: In Anna Karenina wird seine Nachlässigkeit erwähnt, aber auch sogleich wieder entschuldigt. Daß aber Tolstoj überhaupt keine durchdachte Stellung zu den Sozialkranken hatte, beweist der eben bekehrte Sozialprophet bereits in seinen ersten Schriften. Er erlaubt sich da allen Ernstes den furchtbar schwer arbeitenden russischen Stadtproletariern Faulheit und

Genußstreben vorzuwerfen. Die unseligen Nachtsylbewohner nennt er gar widerlich und nur verdorben von einer falschen Weltauffassung. Solche Entgleisung wäre nun freilich einem Dostojewskij nie begegnet. Dostojewskij behandelt im Gegenteil gerade mit Vorliebe die Sozialkranken. Er enthüllt uns das Gute und Edle, das sich trotz allem in ihnen verborgen hält. Er schildert dabei ihren *Fall* so, daß wir alle ihn als notwendig empfinden und uns selber eingestehen müssen, daß wir in der gleichen Lage genau ebenso gehandelt hätten: und trotzdem muß sich der Sozialkranke bei Dostojewskij erst schuldig erkennen und sich demütigen, dann erst findet er Genesung. Wenn demnach auch Dostojewskij (als Dichter, wie gesagt, einer der machtvollsten Anwälte des sozialen Vergewaltigtwerdens der Menschen) bewußt urteilend vor unserer sozialen Ohnmacht nichts anderes in Händen hat als das alte Tröstungslied von Schuld und Sühne, so scheint es tatsächlich oft fast so, als ob für ihn hier lediglich die Seelenbedürfnisse des Gefallenen entscheidend sind. Er sagt einmal auch gerade heraus: der Verbrecher brauche das irdische Gericht, um nicht an seiner Gewissenslast zugrunde zu gehen, um an eine mögliche Sühne seiner Tat glauben zu können. Ähnliche Äußerungen finden sich mehrfach bei ihm, und sie lassen durchaus vermuten, daß er selber im Grunde an der Schuld des Menschen zweifelte und des Verbrechers Sühne vor allem nur deshalb aufrechterhielt, um ihn vor der Verzweiflung zu bewahren, die seiner Anschauung nach bei seiner Einsicht in sein Vergewaltigtsein unausbleiblich wäre. Dostojewskijs rein erlebte, intuitive Erkenntnis der sozialen Bedingtheit des Menschen geht ja so tief (wir müssen geradezu an letzte Erkenntnisse psychischer Wechselwirkung denken), daß er an einer viel zu wenig beachteten Stelle seiner Brüder Karamasow seinen Heiligen, den Greis Sossima, mehrmals aussagen läßt, jeder Mensch sei an allem schuld, was alle anderen Menschen tun. Freilich übersieht der Heilige dabei, daß damit der Begriff der Schuld hinfällig wäre, und ein ganz neues ehrfürchtigeres Verhalten zu den Mitmenschen die Folge solcher Erkenntnis sein müßte. Indes begegnet gerade hier das Denken des russischen Dichters und vielleicht jedes Menschen, der die russische soziale Wirklichkeit fühlend in sich aufnahm, schier unüberwindlichen Hemmungen. Mit fiebernder Leidenschaft sucht er denn auch nach einer Zuflucht vor der sozialen Bedingtheit des Menschen. Und er findet sie als echter Russe in Gott. Der in hohem Maß von Westeuropa angekränkelte Tolstojanarchismus kommt hier nur insofern in Betracht, als sich die ganze Wut des sozial enttäuschten Russen naturgemäß gegen den Staat richtet, den Inbegriff und Rahmen aller sozialen Einrichtungen. Sogar ein Dostojewskij, der doch in den Jahren seiner Reife stark konservativ, um nicht zu sagen: äußerst reaktionär, gesinnt war, nennt den Staat ein Überbleibsel aus dem Heidentum; der Urfehler sei hier der, daß sich das Christentum in den heidnischen Staat habe aufnehmen lassen, statt daß der heidnische Staat in ihm aufgegangen wäre. Dostojewskij spricht hier das altrussische Ideal aus, das dann einer der universellsten und edelsten Russen, Wladimir Solowjew, seinem theosophischen System zugrunde legte: die ganze Wirklichkeit, mithin also auch der Staat, müsse eine christliche werden. Daß dies bis jetzt noch nicht der Fall ist, daran allein liegt nach altrussischer Auffassung die Ursache von alledem, was den Gerechten heute noch leiden macht.

Wenn wir alles bisher Gesagte zusammenfassen, so kennzeichnet sich das

geistige Rußland demnach in sozialer Hinsicht einmal durch einen intuitiv scharfsichtigen Blick für die Tatsachen der sozialen Bedingtheit des Menschen, andererseits durch ein ebenso instinktives Sichsträuben dagegen diese soziale Bedingtheit als solche zuzugeben. Dabei spielt aber ganz offenbar, und von der Mitte des vergangenen Jahrhunderts an immer deutlicher hervortretend, außer dem Bedürfnis einer Heilsvorstellung gegenüber der furchtbaren Not des eigenen Volkes, auch noch das Bewußtsein einer persönlichen Schuld an ihm eine Rolle. Das kann natürlich sehr verschiedene Stärke haben, je nach der sozialen Einreihung des einzelnen. Dies soziale Schuldbewußtsein lebt aber nun einmal (und der russischen Wirklichkeit gegenüber wohl begründet) in jedem Russen, der eine höhere Lebensführung einhält als etwa seine dauernde Leistungsfähigkeit erfordern würde. Wir finden dieses soziale Schuldbewußtsein auch bei Leuten, die, wie Dostojewskij, fast ihr ganzes Leben in bitterer Not zubrachten. Ganz von selber versteht es sich, daß dies soziale Schuldbewußtsein ganz besonders groß bei einem Angehörigen der bevorzugten Klasse, wie Tolstoj, sein muß. Wo es einmal bei ihm ausgeschaltet ist, da hemmt denn auch nichts mehr seinen sozialen Scharfblick. So ist denn auch dasjenige Werk Tolstoj's, das ausschließlich in seiner eigenen aristokratischen Mitte spielt, zweifellos die freieste russische Dichtung und überhaupt eine der größten sozialen Offenbarungen. Ich meine Anna Karenina, jenes hohe Lied von der unzerstörbaren Unschuld des Menschen und seinem unentrinnbaren Vergewaltigtwerden durch die Anschauungen und Einrichtungen der Gesellschaftskreise, in die er hineingeboren und hineinerzogen ward. Wir erleben es hier so eindringlich, daß kein Zweifel mehr in uns aufzukommen vermag, wie selbst ein ausnahmsweise trefflich veranlagter Mensch da, wo er einmal entgegen den Gesetzen seiner Klasse den Forderungen seines Herzens gerecht werden will, an den Vorurteilen seiner Klasse scheitert, darum verachtet wird, sich selber zu verachten beginnt, da er auch sich selber diesen Vorurteilen nie völlig zu entreißen vermag, so jeden Halt verliert und schließlich im Selbstmord endet. Wenn nun auch Anna Karenina den oberen Kreisen angehört und darum nicht im Verbrechen endigt, weil ihr eben die unmittelbarste Veranlassung dazu, die Lebensnot, fehlt, so findet gleichwohl in ihrem Schicksal das eigentliche soziale Problem, das unentrinnbare Werden des Sozialkranken, seine restlose Lösung. Zugegeben: sie ist wenig tröstlich. Doch das ist ja auch gar nicht Sache der Wahrheit. Sie muß zunächst einmal da sein, dann wird es sich schon finden, was die Menschen mit ihr anzufangen wissen. Wir erfahren in Anna Karenina nichts weiter, als daß der Mensch durch Verhältnisse, die stärker sind als er, und an deren Zustandekommen er selber keinen Anteil hatte, gezwungen werden kann das zu tun, was seinem eigentlichen Wesen widerspricht. Mehr brauchten wir aber auch gar nicht zu erfahren, um der sozialen Wirklichkeit gerecht zu werden.

Für uns Westeuropäer kommt dieser Dichtung die unendliche Bedeutung zu, daß uns hier das zum Erlebnis wird, was uns bisher lediglich Gegenstand geistiger Erkenntnis war: eben die soziale Bedingtheit des Menschen. Nun können wir freilich nie wissen, ob wir auch der russischen Wirklichkeit gegenüber dieser Wahrheit ins Gesicht zu schauen vermöchten. So aber wie wir nun einmal sind, gebildet vor unserer sozialen Wirklichkeit und mit der Vorstellung, die wir von ihr haben, begrüßen wir diese Erkenntnis von Her-

zen, weil sie uns eine ganz neue Möglichkeit gewährt der Ungerechtigkeit zu entgehen: Wir begreifen jetzt das, was wir bisher nur ahnten, daß auch der Sozialkranke, den wir Verbrecher nennen, um ihm den Rücken kehren zu dürfen, nur ein Unglücklicher ist, der so werden mußte wie er ward, und daß wir selber an seiner Stelle wahrscheinlich ebenso geworden wären. Diese Erkenntnis erscheint nun uns Westeuropäern von so grundlegender Bedeutung für unser eigenes Seeleninventar sowohl als auch für die soziale Fortentwicklung unseres Gemeinwesens, daß wir in unserm moralischen Egoismus vielleicht allzusehr vergessen uns danach zu fragen, was denn der Sozialerkrankte selber damit anfangen kann, wenn wir ihn von seiner Schuld freisprechen. Gerade hier setzt nun ein Dostojewskij ein, und auch hier erleuchtet er wiederum unser Erlebnis. Er macht uns klar, daß unser Freispruch dem Sozialerkrankten Verzweiflung bedeuten kann. Dieser weiß ja dann keinen Ausweg mehr aus dem, was seine Seele vor allem belastet: aus seiner Sünde. Er muß ewig zittern vor ihrer Wiederkunft und seiner Machtlosigkeit vor ihr. Denn nahm man ihm ja den persönlichen Anteil an dem, was ihn leiden macht, so bleibt doch das Schmerzbereitende daran unvermindert (und ohne die Ablenkung, die der Gedanke an die eigene Schuld gewährte). So weit sind wir mit Dostojewskij einverstanden. Hier aber trennen sich unsere Wege. Dostojewskij, der ausschließlich Seelenarzt ist, braucht die Reue des Verbrechers, um ihn erlösen zu können. Wir, die wir nichts suchen als Gerechtigkeit, fühlen, daß seine Reue entgegenzunehmen nicht uns zukommt, daß sie eine Sache ist, die er mit seinem Gott ausmachen muß, vor dem er ja, anders als vor uns, sehr wohl schuldig sein kann. Indes sind wir auch darin nicht durchaus mit Dostojewskij einverstanden, daß der Verbrecher so durch uns der Verzweiflung ausgesetzt werde. Wenn wir ihn auch für krank erklären, so erklären wir ihn doch nicht für unheilbar. Im Gegenteil. Und wir selber bemühen uns ja auch die Bedingungen zu seiner Heilung zu schaffen, indem wir zunächst die Verachtung von ihm nehmen, die als schwere Last auf seiner Seele lag und ihr, weil er sie als ungerecht empfindet, die noch schwerere Last: hassen zu müssen, aufbürdete. Mag der Verbrecher so auch ratloser geworden sein, was seine eigene Schuld betrifft, so steht er doch zweifellos alles in allem genommen viel sicherer als vorher im Weltenall: da ja seine natürlichen kosmischen Gefährten, die Mitmenschen, ihn nicht mehr außerhalb aller ihrer seelischen Teilnahme stellen (was er als Unrecht empfinden muß, da er das Bedürfnis nach ihr empfindet), sie sich vielmehr völlig unerwartet als seine natürlichsten Helfer und Freunde erweisen.

Das sind die selbstverständlichsten Folgerungen aus den Zusammenhängen, die uns die großen russischen Künstler, vor allem ein Dostojewskij und ein Tolstoj, erkennen ließen. Sie schufen aber erst die Erlebnismöglichkeit zu unserer Erkenntnis. Dafür sind wir in ihrer Schuld. Der Schluß, den wir ziehen müssen, ist hier: Aufgabe jedes Hochmuts und jeder Verachtung vor irgendeinem Menschen. Dabei erscheint uns diese Erkenntnis von der sozialen Bedingtheit des Menschen durchaus nicht so hoffnungslos wie sie den russischen Dichtern, der russischen Wirklichkeit gegenüber, wohl erscheinen muß. Wenn so auch die Rolle des einzelnen an der Herbeiführung einer grundsätzlichen Änderung der sozialen Verhältnisse verschwindend wird, so hat sich damit doch die tatsächliche Einwirkung jedes einzelnen von uns als schier unbegrenzt offenbart: Mit jedem Wort, mit jedem Blick, mit

jeder Miene sind wir soziale Bildner oder Mißbildner. Und wenn unser Wohlwollen an sich vielleicht ohnmächtig ist den einmal sozial Erkrankten gegenüber, so hindert uns doch nichts daran anzunehmen (es spricht sogar sehr viel dafür), daß unser durch die Erkenntnis gestärkter Wille noch einmal die Ursachen der sozialen Krankheiten beseitigen wird. Bereits unsere heutige soziale Erkenntnis verbürgt uns intensivste soziale Tätigkeit und macht uns solche zur Pflicht. Wir haben demnach keine Veranlassung dazu selber jene soziale Ungeduld zu empfinden, die Rußlands große Dichter zu Offenbarungen sozialen Tiefblicks begeisterte, der ihren Dichtungen weit über das Dichterische hinaus Bedeutung verleiht.

XX

RUDOLF WISELL · VOM SOZIALEN GEWISSEN DER KRIEGSZEIT

REI Massenerscheinungen regt sich das soziale Gewissen stärker als bei Einzelercheinungen, die es selten zu wecken vermögen. Dies sehen wir jetzt wieder bei der Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen. Der heutige Krieg hat alle Begriffe und Verhältnisse geweitet. Er hat auch das Sozialgefühl, das Bewußtsein gemeinsamer Pflicht, gemeinsamer Verantwortung vergrößert.

Die Heere der Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht haben einen Umfang angenommen, der nur durch die Zahl der für den Heeresdienst tauglichen oder auch nur teilweise tauglichen Männer begrenzt erscheint. Und nicht nur der sogenannten gedienten sondern aller Angehörigen des männlichen Geschlechts bis zum 45. Lebensjahr, ganz gleich, ob sie in ihrer Jugend Militärdienst geleistet haben oder nicht. An früheren Kriegen nahmen nur die gedienten Mannschaften teil, auch solche höherer Jahrgänge. Aber bis zum 45. Lebensjahr ging man nicht hinauf. Das Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienst vom 9. November 1807, das für den Norddeutschen Bund Geltung hatte, kannte nur eine Dienstpflicht bis zum 42. Lebensjahr. Erst das Reichsgesetz vom 11. Februar 1888 erhöhte die Wehrpflicht auf das 45. Lebensjahr. Mit der Einberufung der höheren Altersklassen sind naturgemäß Bevölkerungsschichten in das Heer eingetreten, deren Arbeitseinkommen weit über dem des Durchschnitts der Soldaten steht, die ihren gesetzlichen Heeresdienst erfüllen. Der Zahl nach bilden diese Gruppen jetzt bei weitem die Mehrheit der Kriegsteilnehmer, deren Durchschnittsalter auch viel höher ist als das der Kriegsteilnehmer in früherer Zeit. Ihre und ihrer Hinterbliebenen Versorgung entspricht vielfach nicht ihren früheren sozialen Lebensverhältnissen und steht in keinem Einklang mit ihrem frühern Arbeitseinkommen. Bei einer einfachen Dienstbeschädigung (im Gegensatz zu der durch die Einflüsse des Krieges bewirkten, der sogenannten Kriegsdienstbeschädigung) beträgt die einem einfachen Soldaten bei völliger Erwerbsunfähigkeit zustehende Vollrente 540 Mark. Dies entspricht schon bei einem ganz jungen Soldaten in den einfachsten Lebensverhältnissen nicht den Bedürfnissen der heutigen Zeit, geschweige bei einem Familienvater. In bestimmten Fällen schwerer Verstümmelung wird freilich neben der Rente noch eine Verstümmelungszulage gewährt. Zum Beispiel würde jemand, der durch ein inneres Leiden infolge einer Dienstbeschädigung gänzlich erwerbsunfähig geworden ist, nur die

übliche Vollrente von 540 Mark erhalten, während jemand, der den Verlust eines Fußes erlitten hat, bei Annahme einer um die Hälfte verminderten Erwerbsunfähigkeit, eine Rente von 270 und eine jährliche Verstümmelungszulage von 324 Mark, zusammen also 594 Mark bekommen würde. Eine Erklärung dieser Unstimmigkeit ist nicht möglich. Ist der Tod infolge von Dienstbeschädigung eingetreten, so haben die Hinterbliebenen günstigstenfalls Anspruch auf eine Rente, die die Vollrente (ohne Verstümmelungszulage) nicht übersteigt. Das Witwengeld beträgt in diesem Fall 300 Mark, das Waisengeld, wenn die Witwe lebt, ein Fünftel der Summe; es wird in gleichem Ausmaß gekürzt, in dem der Gesamtbetrag die Vollrente übersteigen würde. Bei einer Kriegsdienstbeschädigung erhält der Betroffene noch eine Kriegszulage von monatlich 15 Mark, die Witwe des daran Gestorbenen ein Witwengeld von 400 Mark, den Waisen steht ein Waisengeld von 168 Mark zu. Eine Kürzung für die Hinterbliebenen findet hier nicht statt. Bestand die Kriegsdienstbeschädigung in einem zunächst völlige Erwerbsunfähigkeit bedingenden innern Leiden, so empfängt der Betroffene die Vollrente von 540 Mark und die Kriegszulage von 180 Mark, zusammen also 720 Mark, die Witwe im Todesfall des Betroffenen mit beispielsweise 6 Kindern 1408 Mark. Daß auch das eine widerspruchsvolle Regelung ist, bedarf keiner weiteren Worte.

Erst die Erfahrungen dieses Krieges haben die Unhaltbarkeit der bisherigen Versorgungsgesetze dargetan. Deshalb hat sich auch der Reichstag in seiner Maitagung mit diesen Fragen beschäftigt. Dabei wurden die verschiedensten Anträge zum Ausgleich der Härten gestellt, die sich bei der Ausführung der jetzigen Versorgungsgesetze ergeben. Von einer gesetzlichen Regelung wurde jedoch Abstand genommen, weil sich der Staatssekretär des Reichsschatzamts bereit erklärte aus einem der Regierung in unbegrenzter Höhe »zum Ausgleich von Härten aus dem Offizierspensionsgesetz, dem Mannschaftsversorgungs- und Militärhinterbliebenengesetz« zur Verfügung gestellten Leertitel beim Allgemeinen Pensionsfonds die vom Reichstag gewünschten Grundsätze, zum Beispiel hinsichtlich des Arbeitseinkommens, und die Gesichtspunkte, die sonst noch in der Beratung hervorgetreten waren, entsprechend zu berücksichtigen. Der Berichterstatter der Kommission, die die Versorgungsgesetze und das Militärhinterbliebenengesetz nach sozialen Gesichtspunkten durcharbeiten hatte, erklärte in der Reichstagssitzung vom 29. Mai, daß durch diese Erklärung des Staatssekretärs die Verzichtleistung sowohl auf die sofortige Neuregelung der erwähnten Gesetze als auch auf den Erlaß eines Notgesetzes der Kommission wesentlich erleichtert worden sei, und er hob noch folgendes hervor: »Die Kommission hat sich deshalb auf den Standpunkt gestellt, daß eine möglichst weitgehende Beseitigung aller Härten erfolgen möchte, und zwar nicht nur für die definitive sondern auch für die Zeit des Interimistikums. In bezug auf die Bewilligung einer Zusatzrente wurde an die Heeresverwaltung die dringende Bitte gerichtet diese stets auch ohne Antrag bewilligen zu wollen, wenn sie zu der Auffassung gekommen sei, daß die bisherige Bestimmung im Einzelfall nicht genüge. Man sagte sich, daß ein immerhin großer Kreis von Witwen durchaus nicht wisse, daß jetzt die Möglichkeit besteht eine etwas höhere Rente zu erlangen; deshalb wünschte man, daß diese Kreise darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Möglichkeit auf Grund des Kapitels 84a des allgemeinen Pensionsfonds besteht schon in der Zeit des allgemeinen Interimistikums eine etwas höhere Zusatzrente zu bekommen. Man war verschiedener Meinung, wie das am besten gemacht werden könne. Der Vertreter des Kriegsministeriums wies darauf hin, daß

bereits die Generalkommandos aufgefordert würden Eingaben, die unter den Begriff Härten fallen, an das Kriegsministerium zu richten. Nach der sonstigen Aussprache dürfte es zu empfehlen sein, daß Militärbehörden und Ortsbehörden nicht nur von den Beteiligten Anträge entgegennehmen sondern diese auch selbst darauf aufmerksam machen und ihnen Gelegenheit geben solche zu stellen, wenn sie die Gewährung einer Zusatzrente für erforderlich oder wünschenswert erachten.«

Der Reichstag nahm dann durch Beschluß Kenntnis

a) von der von dem Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamts im Namen der verbündeten Regierungen abgegebenen Erklärung, daß die verbündeten Regierungen einer Berücksichtigung der Arbeitseinkommen bei der Versorgung von Teilnehmern an dem jetzigen Krieg und ihrer Hinterbliebenen neben den ihnen nach der geltenden Versorgungsgesetzgebung zustehenden Bezügen grundsätzlich zustimmen; b) von der Erklärung des Herrn Staatssekretärs des Reichsschatzamts, daß 1. die sich aus der Beratung der Kommission ergebenden Gesichtspunkte für die Durchführung der Maßnahmen bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs eingehend erwogen und nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen, 2. die grundsätzliche Zustimmung der verbündeten Regierungen zur Gewährung von Zusatzrenten für Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern ihren praktischen Ausdruck darin finden werde, daß dem Reichstag ein diesen Gegenstand ordnender Gesetzentwurf zu dem frühest möglichen Zeitpunkt zugehen werde, und er, der Staatssekretär, sich dafür einsetzen werde, daß die Vorlage des Gesetzentwurfs in der ersten Tagung des Reichstags nach Friedensschluß erfolge, 3. bis zur gesetzlichen Regelung der Angelegenheit die Folgerung aus der Erklärung (oben unter a) unter Inanspruchnahme des Leertitels Kapitel 84a des allgemeinen Pensionsfonds gezogen werden soll.

Die in der Kommission gestellten Anträge wurden dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen, darunter auch ein Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der Zuschläge zu den Renten in solcher Höhe forderte, daß die Gesamtbezüge bei der Witwe 40 %, bei der Vollwaise 30 %, bei der Halbwaise 20 %, bei den Eltern und Großeltern 20 % des frühern Verdienstes betragen sollten, insgesamt sollten jedoch die Bezüge nicht über 75 % des Arbeitseinkommens und nicht über den Gesamtbetrag von 2400 Mark hinausgehen; bei den ganz arbeitsunfähigen Kriegsteilnehmern sollten die Bezüge 75 % des frühern Verdienstes, bei den hilflosen Kriegsteilnehmern 100 % erreichen, doch so, daß der Gesamtbetrag nicht 2400 und das Gesamteinkommen nicht 5000 Mark übersteigen.

Die dem Reichstag gegebene Zusage ist vorläufig noch nicht in vollem Umfang ausgeführt worden. Über die Frage, ob und in welcher Höhe den Kriegsteilnehmern selbst ein einen Ausgleich mit dem frühern Arbeitseinkommen bewirkender Zuschlag zu der gesetzlichen Rente gewährt werden soll, ist noch keinerlei Veröffentlichung erfolgt. Ende Juli sind aber einige bestimmte Fälle bekanntgegeben worden, in denen eine Zuwendung an Personen in Aussicht genommen ist, denen auf Grund der bestehenden Gesetze ein Anspruch nicht zusteht, und nunmehr sind auch die Grundsätze veröffentlicht worden, nach denen die Bezüge der Witwen mit dem frühern Arbeitsverdienst des verstorbenen Ehegatten in Einklang gebracht werden sollen. Eine besondere, jeweils einmalige Zuwendung soll an die folgenden Hinterbliebenen von Militärpersonen gemacht werden:

1. an Witwen und Waisen, deren Gatte oder Vater als Offiziersstellvertreter gefallen ist, denen aber nur die Versorgung der Hinterbliebenen der Unterklassen gewährt werden konnte, obwohl der Gefallene bereits zum Feldwebelleutnant in Vorschlag gebracht war, und dessen Beförderung sich lediglich infolge der Zufälligkeiten des Krieges verzögert hatte;
2. an geschiedene Ehefrauen, die schuldlos an der Ehescheidung von ihrem Gatten unterhalten werden mußten;

3. an Eltern und Geschwister des Gefallenen, die für die Berufsausbildung des Sohnes oder Bruders ihr Vermögen oder erhebliche Teile davon geopfert hatten, in der Hoffnung an dem Sohn oder Bruder später eine Stütze zu haben;
4. an uneheliche Kinder von Gefallenen oder infolge von Kriegsdienstbeschädigungen verstorbenen Kriegsteilnehmern, wenn die Unterhaltspflicht des Vaters festgestellt oder bei nach dem Tode des selben Geborenen glaubhaft gemacht ist;
5. an Stief- und Adoptivkinder, für die der verstorbene Kriegsteilnehmer gesorgt hatte.

Den Witwen ist eine besondere Zuwendung zugedacht, wenn das Arbeitseinkommen des Verstorbenen 1500 Mark überstiegen hatte; sie ist aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich.

| Arbeitseinkommen des Verstorbenen | Zuwendung für die Witwe eines | | |
|--------------------------------------|---|-------------|-------------|
| | Gemeinen Unteroffiziers Feldwebels | | |
| | neben der ihr schon zustehenden Rente von | | |
| Mark | 400 Mark | 500 Mark | 600 Mark |
| 1500 bis 1600 | 50 | — | — |
| 1601 „ 1700 | 80 | — | — |
| 1701 „ 1800 | 110 | 50 | — |
| 1801 „ 1900 | 140 | 50 | — |
| 1901 „ 2000 | 170 | 70 | — |
| 2001 „ 2100 | 200 | 100 | — |
| 2101 „ 2200 | 210 | 130 | 50 |
| 2201 „ 2300 | 220 | 160 | 60 |
| 2301 „ 2400 | 230 | 190 | 90 |
| 2401 „ 2500 | 240 | 220 | 120 |
| 2501 „ 2600 | 250 | 250 | 150 |
| 2601 „ 2700 | 260 | 260 | 180 |
| 2701 „ 2800 | 270 | 270 | 210 |
| 2801 „ 2900 | 280 | 280 | 240 |
| 2901 „ 3000 | 290 | 290 | 270 |
| 3001 „ 3100 | 300 | 300 | 300 |
| 3101 „ 3200 | 310 | 310 | 310 |

Bei je weiteren 100 Mark Arbeitseinkommen steigen die Sätze der Zuwendungen um je 10 Mark und betragen bei

3501 bis 3600 | 350 | 350 | 350

Hatte der Verstorbene ein höheres Arbeitseinkommen als 3600 Mark, so sind etwa gestellte Anträge der Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums vorzulegen. Die Kinder sollen ein Fünftel, Vollwaisen ein Drittel desjenigen Betrags erhalten, den die Witwe erhält oder erhalten hätte. Die Zuschüsse der Witwen und Waisen insgesamt dürfen 75 % des Arbeitseinkommens des Verstorbenen nicht übersteigen, wobei auch noch Bezüge aus Reichs-, Staats- oder Gemeindemitteln oder aus der reichsgesetzlichen Versicherung berücksichtigt werden sollen.

Man wird den sich aus diesen Übersichten ergebenden Grundsätzen die Zustimmung nicht versagen können. Wenn nur einmalige Zuwendungen in Aussicht genommen sind, so mag sich das aus der Hoffnung erklären innerhalb Jahresfrist schon zu einer gesetzlichen Regelung dieser Fragen zu kommen. Im einzelnen ist jedoch zu dem oben unter 4 erwähnten Grundsatz zu sagen, daß er zu eng begrenzt ist. Es liegt kein Grund vor den unehelichen Kindern der nur an einer Dienstbeschädigung Verstorbenen die Versorgung zu versagen. Auch daß die Unterhaltspflicht des an einer

Kriegsdienstbeschädigung gestorbener Kriegsteilnehmer vor seinem Tod festgestellt sein muß, und nur bei nach seinem Tod geborenen Kindern die Glaubhaftmachung der Vaterschaft genügt, ist eine Regelung, bei der manche Kinder um die Versorgung kommen. Bei manchen der vor dem Tod des Vaters geborenen Kinder hat sich gerade der Einberufung des Vaters wegen die Unterhaltspflicht nicht feststellen lassen. Auch in diesen Fällen müßte die Glaubhaftmachung der Vaterschaft genügen. Daß solche Fälle bewußt von der Entschädigung ausgenommen sein sollten, kann nicht angenommen werden. Wahrscheinlich wird nur eine nicht genügend durchdachte Formulierung vorliegen, so daß es nur dieses Hinweises bedarf, um eine Änderung jenes Grundsatzes zu bewirken.

Die Feststellung der Grundsätze für die Erhöhung der Renten der beschädigten Kriegsteilnehmer selbst, die gleichfalls von der Regierung versprochen wurde, steht noch aus.

Wie gesagt, es bedarf erst der Massenerscheinungen, um das soziale Gewissen des Staates zur Erfüllung ihm obliegender Aufgaben zu wecken. In früherer Zeit hat niemand daran gedacht das individuelle Arbeitseinkommen zur Grundlage der Rentengewährung zu machen, während jetzt dieser Grundsatz allgemeine Anerkennung findet. Er allein kann einen gewissen Ausgleich der Härten ermöglichen, die in einer allgemeinen Versorgung liegen. Aber immer doch nur zum Teil. Wenn nicht noch eine Erweiterung dieses Grundsatzes erfolgt, bleiben zum Beispiel die Unstimmigkeiten bestehen, die darin liegen, daß ein völlig erwerbsunfähig gewordener jüngerer Kriegsteilnehmer, dessen Arbeitseinkommen naturgemäß gering war, eine nur geringe Rente erhält, auch wenn in späterer Zeit die Kosten der Lebenshaltung steigen. Wäre er gesund geblieben, würde er ja aller Wahrscheinlichkeit nach an dem Aufstieg teilgenommen haben, den seine gleichaltrigen Arbeitsgenossen zu verzeichnen haben. So bleibt er immer auf die gleichen Bezüge angewiesen, auch wenn der Wert des Geldes noch so sehr sinkt. In gleicher Lage befinden sich ja auch die Unfallverletzten, von denen einzelne noch heute immer nach dem Einkommen entschädigt werden, das sie in den achtziger Jahren hatten. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung war von sozialdemokratischer Seite der Antrag gestellt worden in bestimmten Zeiträumen die Rentenbeträge um den Prozentsatz zu steigern, um den sich die Durchschnittslöhne, wie sie die Statistik der Unfallversicherung ausweist, erhöht hatten. Der Antrag ist leider damals abgelehnt worden. Jetzt, wo das soziale Gewissen unseres Volkes wach geworden ist, dürfte eine solche Regelung bei der Versorgung der Kriegsteilnehmer Aussicht auf Anerkennung haben.

XX

EDMUND FISCHER • DIE SOZIALISIERUNG DES WOHNENS



NICHT zufällig geschah es, daß Friedrich Engels im Jahr 1872 im Volksstaat seine Aufsätze über die Wohnungsfrage veröffentlichte. Um diese Zeit, nach dem Krieg von 1870-1871, hat in Deutschland die kapitalistische Wohnungsproduktion, die Bau-spekulation, ihren verderblichen Siegeslauf begonnen. Der französische Milliardenregen verschaffte der jungen Großindustrie einen mäch-

tigen Aufschwung, die Städte entwickelten sich zu industriellen Mittelpunkten, und haufenweise strömten die ländlichen Arbeiter in die großen Städte, wo gleichzeitig, um dem neuen Verkehrsbedürfnis Rechnung zu tragen, Straßen durchbrochen und alte Arbeiterwohnungen massenweise niedergerissen wurden. Die dadurch in den meisten Städten hervorgerufene Wohnungsnot machte sich das Kapital zunutze. Wohnungen wurden als Massenartikel produziert und auf den Markt geworfen wie andere Waren. Soziale, hygienische und ästhetische Grundsätze leiteten hierbei die Spekulanten nicht, ihr einziges Ziel war: Geld zu verdienen. Die alte Städtebaukunst war auch längst verloren gegangen, und die Bauvorschriften ließen den kapitalistischen Wohnungsproduzenten einen großen Spielraum. So entstanden an Stelle der alten kleinbürgerlichen Wohngebäude die großen Massenmietshäuser, die den Städten und Industriebezirken das Gepräge geben. Im wesentlichen ist in Deutschland die Mietskaserne auch bis zum heutigen Tag der Typ des kapitalistischen Wohnwesens geblieben. Die sozialen, hygienischen und ästhetischen Schäden, die anfänglich und lange Zeit hindurch der Mietskaserne anhafteten, ließen sich zwar durch eine bessere und schönere Bauweise stark mildern, bei den Häusern mit großen und teuren Wohnungen ganz beseitigen. Die kapitalistische Wohnungsproduktion entsprach auch den Bedürfnissen einer gewissen Periode, der raschen Aufwärtsbewegung der kapitalistischen Produktion überhaupt, die von einer starken Fluktuation der Bevölkerung, vor allem der Arbeiter, begleitet war. Aber sie hat auch alle die großen Übelstände zur Folge, die ganz allgemein der kapitalistischen Produktionsweise entspringen.

Wieder hat ein Krieg die Wohnungsfrage in den Vordergrund der Erörterungen gezogen. Eine Wohnungsnot, ein starker Mangel an Kleinwohnungen soll nach dem Krieg zu erwarten sein, weil während des Krieges die Bautätigkeit sehr gering war und der Teil des Volkes, der auf kleine Wohnungen angewiesen ist, sich infolge wirtschaftlicher Verschiebungen vergrößerte. Aber wie sehr hat sich das Bild gegenüber den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts geändert! Nur der eine Gedanke kann sich in die Öffentlichkeit wagen, nur die eine Stimme findet noch Gehör und Beachtung: das Verlangen nach planmäßiger, geregelter Befriedigung des Wohnbedürfnisses unter sozialen, hygienischen und ästhetischen Gesichtspunkten durch Staat, Gemeinden und Genossenschaften, unter völliger Ausschaltung des kapitalistischen Interesses. Nicht erst der Krieg hat diesen Gedanken ausgelöst. Ein Wohnungssozialismus hatte sich auch vor dem Krieg bereits herausgebildet. Aber daß jetzt ernstlich der Plan aufgestellt wird für 2 Millionen Familien (von heimkehrenden Kriegern) Gartenheimstätten auf dem Weg der Gesetzgebung zu schaffen; daß übereinstimmend in den sozialhygienischen und sozialpolitischen Zeitschriften von den Hygienikern, Sozialpolitikern, Wohnungsreformern eine großzügige Siedlungspolitik von Staat, Gemeinden und auf genossenschaftlichem Weg verlangt und für dringend notwendig erachtet wird: durch Errichtung von staatlichen und kommunalen Wohngebäuden, Gartenstädten, Kolonien, unter Aufwendung von mindestens einer Milliarde Mark pro Jahr; daß der Wiederaufbau des zerstörten Ostpreußens von einer aus Sachverständigen gebildeten staatlichen Zentralstelle planmäßig, den Forderungen der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und des Schönheitsgefühls entsprechend, in die Wege geleitet und geregelt werden soll; daß eine individualistische, kapitalistische Initiative

zur Beseitigung der Wohnungsnot gar nicht mehr hervortreten wagt: das alles zeigt, daß der sozialistische Geist nunmehr weite Kreise erfaßt hat und die Zeit für gekommen hält sich im Wohnwesen durchzusetzen.

Der Sozialismus hat naturgemäß von jeher sich auch die Gestaltung des Wohnwesens zum Ziel gesetzt. In Amaurotum, der angesehensten Stadt der Insel Utopia, die Thomas Morus in seinem »wahrhaft goldenen Büchlein vom besten Stand des Gemeinwesens« schildert, sind die Straßen nicht allein zum Fahren sondern auch die Winde abzuhalten geeignet. Die Gebäude sind schmuck und bilden mit der Vorderfront eine zusammenhängende Reihe in einer Straßenbreite von 15 Fuß. An der Hinterseite der Häuser liegen große Gärten, die ganze Länge der Straße entlang, an die wieder die Rückseite anderer Straßen stößt. Kein Haus, das nicht, wie vorneheraus die Straßentür, so nach hinten ein Pförtchen in den Garten hätte. Diese Türen sind zflügelig, mit einem leichten Druck der Hand zu öffnen, gehen dann auch von selber wieder zu und lassen jedermann ein. Privateigentum gibt es ja nicht. Denn selbst die Häuser vertauschen die Bewohner alle 10 Jahre durchs Los. Diese Gärten halten sie hoch. Der Gründer der Stadt scheint denn auch auf nichts mehr Sorgfalt verwendet zu haben als auf diese Gärten.¹⁾

Die modernen Gartenstädte zeigen, wie sich zu verwirklichen beginnt, was einst eine Utopie war. Nur hatten die Utopisten alle an größere Häuser gedacht, in denen mehrere Familien ein Gemeinschaftsleben führen. In Amaurotum ist jedes Haus »elegant mit 3 Stockwerken gebaut«. In Cabets Ikarien hat jedes Haus 4 Stockwerke, nicht mitgerechnet die unterste Reihe Gemächer oder das Erdgeschoß, wo sich der gemeinsame Speisesaal, die Küche, ein Sprechzimmer, die Bibliothek, der Baderaum und die Hausapotheke befinden. »Im 1. Stock ein großer Salon mit musikalischen Instrumenten.«²⁾ Fourier wollte Phalanstères bauen, in denen 1800 bis 2000 Personen leben. Auch Bebel dachte an ein konzentriertes Wohnwesen, an »im großartigsten Maßstab eingerichtete Zentralküchen« und an gemeinsame Speisesäle.³⁾ Bellamy läßt sich in Boston im Jahr 2000 von Frau Leete sagen: »Wir lassen zu sehr billigen Preisen in öffentlichen Anstalten waschen und unsere Mahlzeiten durch öffentliche Küchen besorgen. . . Die Elektrizität liefert die nötige Heizung und Beleuchtung.« Aber jede Familie wählte sich »ein Haus, das nicht größer ist, als man es nötig hat.«⁴⁾ K. Kautsky dagegen meint: »Mögen die Zukunftsmenschen das Wohnen in palastartigen Phalanstères à la Fourier oder in getrennten Cottages à la Bellamy vorziehen, mag hier die eine, dort die andere Form, mögen beide sich neben einander und mit einander entwickeln, sicher ist, daß, wenn sie Wert darauf legen, es solle jede Familie ihr eigenes Haus besitzen, die Grundsätze, auf denen die sozialistische Gesellschaft basiert, dies nicht hindern werden.«⁵⁾

In der Praxis hat sich bisher die Neigung nicht nur in einzelnen Familien sondern auch in einzelnen Häusern zu leben als die stärkere erwiesen. In

¹⁾ Siehe Morus Utopia, 11., 12. und 13. Heft der Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze /München 1896/, pag. 74 f.

²⁾ Siehe Cabot Reise nach Ikarien, neu herausgegeben von Lux /Magdeburg 1893/, pag. 77.

³⁾ Siehe Bebel Die Frau und der Sozialismus /Zürich 1879/, pag. 156.

⁴⁾ Siehe Bellamy Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887 /Leipzig 1890/, pag. 95 f.

⁵⁾ Siehe Kautsky Die Agrarfrage /Stuttgart 1899/, pag. 447.

der Brook Farm (»die glänzendste und fesselndste Seite in der sonst recht eintönigen und prosaischen Geschichte der fourieristischen Experimente in Amerika«) herrschte ständiger Streit über die Frage des gemeinsamen oder Einzelhaushalts. Die Ansiedlung war in dieser Frage fast gleich geteilt, und ihre städtischen Wahlen drehten sich in der Hauptsache um diesen Streitpunkt. Die Anhänger des gemeinsamen Haushalts drangen stets mit einer knappen Majorität durch, und es wurden daher ein gemeinsames Speisezimmer und ein gemeinsames Wohnhaus unterhalten. Die Minorität war aber nicht geneigt nachzugeben, lebte in getrennten Familien weiter und führte ihre Haushaltung in eigenen Familienwohnungen. Dieser Streitpunkt zusammen mit einer Anzahl anderer Ursachen veranlaßte schließlich die Assoziationisten zur Auflösung.⁶⁾ Robert Owen ließ in New Lanark nach seinen Angaben Cottages erbauen, die mit geräumigen, luftigen Wohn- und Schlafzimmern, mit praktisch angelegten Küchen usw. versehen waren, außerdem mit einem Gärtchen, um Gemüse, Obst und Blumen zu ziehen.⁷⁾ Dieses Wohnwesen, in Einfamilienhäusern, ist heute in England ganz allgemein durchgeführt. Von mehr als einer Familie werden in England fast nur städtische Häuser bewohnt. Aber auch hier treffen nur 1,12 Haushaltungen mit 4,9 Köpfen auf ein Wohnhaus. Ein ähnliches Bild zeigen Holland und Dänemark. Und in Deutschland strebt heute die Wohnungsreform fast allgemein dem Einfamilienhaus zu.

Das Charakteristikum des sozialistischen Wohnwesens ist nun freilich nicht in dessen äußerer Gestaltung zu suchen, obwohl diese nicht nur nach hygienischen und ästhetischen sondern auch nach sozialen Grundsätzen erfolgen soll. Auch liegt es nicht unter allen Umständen im Gemeineigentum, im staatlichen, kommunalen oder genossenschaftlichen Besitz der Wohngebäude. Sozialistisch kann man vielmehr jedes Wohnwesen nennen, das keinen kapitalistischen sondern nur den Interessen der Gesamtheit (und somit auch jedes einzelnen) dient: der Befriedigung des Wohnbedürfnisses in der denkbar besten und schönsten Form, unter Selbstverwaltung der Wohnungen durch die Bewohner. Je nach dem Stand der Hygiene, der Technik, der künstlerischen Auffassung, der Verkehrsverhältnisse, aber auch der örtlichen Arbeits- und Lebensbedingungen und des allgemeinen wirtschaftlichen Niveaus wird auch das sozialistische Wohnwesen verschiedene Formen aufweisen.

Bis in die letzten Jahre hinein verlangte zum Beispiel die Gesundheitslehre in den Privatwohnungen für jeden einzelnen Bewohner einen Luftraum von 25 bis 30 Kubikmeter, auf Grund der Theorie, daß der Kohlensäuregehalt der Luft 0,1 % niemals überschreiten dürfe, der Mensch in einer Stunde aber etwa 20 Liter Kohlensäure ausscheide und so die Luft durch die eigene Ausatmung verderbe. Die Bauordnungen wurden nach dieser Theorie gestaltet und große, hohe Wohnräume vorgeschrieben. Nun aber gilt die *Lufttheorie* als überwunden. Die Wissenschaft glaubt den Beweis erbracht zu haben, daß die Gesundheit des Menschen nicht im geringsten davon beeinträchtigt werde, wenn der Kohlensäuregehalt der Luft um ein Vielfaches größer ist als 0,1 %, und daß die Luft durch die Ausatmung gesundheitlich überhaupt nicht verschlechtert werde. Auf Grund dieser neueren For-

⁶⁾ Siehe Hillquit Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten /Stuttgart 1906/, pag. 92 und 101 f.

⁷⁾ Siehe Liebknecht Robert Owen /Nürnberg 1892/, pag. 24.

schungsergebnisse werden die kleinen und niederen Wohnräume zugelassen, wie sie in den Arbeitereinfamilienhäusern zu finden sind, und die vielfach nicht den früher geforderten Luftraum aufzuweisen haben. Ohne Dispens von den bisher für notwendig gehaltenen Bauvorschriften ließen sich die Arbeitergartenstädte gar nicht errichten. Dagegen wird heute hoher Wert darauf gelegt, daß die Sonne von allen Seiten einen direkten Zugang zu den Wohnungen hat, weil die ultravioletten Strahlen gesundheitlich sehr gute Wirkungen ausüben. Die hygienische, wirtschaftliche und soziale Bedeutung des Hausgartens und der Gartenarbeit bedarf keiner nähern Darlegung mehr, sie wird ebenso allgemein anerkannt wie der gesundheitlich hohe Wert der reinen Luft und der Ruhe in der Gartenstadt. Hervorragende Bautechniker sind aber auch aus ihrer Erfahrung heraus zu der Erkenntnis gekommen, daß bei dem mehrgeschossigen Mietshaus für 1 Quadratmeter Nutzfläche mehr kubische Massen bei höheren Einheitssätzen aufgewendet werden müssen als bei der niedrigen Kleinhausbauweise und man allgemein sagen könne, daß die Mietaufwendungen für Kleinwohnungen um so höher ausfallen, je mehr die Gebäude städtischen Charakter annehmen und von städtischen Anschauungen, besonders hinsichtlich der Höhe, beeinflußt werden. Bei der Kostenberechnung einer bestimmten Siedelung von Arbeiterwohnungen in Sachsen ergab es sich, daß die für 1 Quadratmeter nutzbarer Wohnfläche aufzuwendenden Baukosten bei dem Einfamilienhaus 71,27 Mark betragen, bei dem Vierfamilienhaus 88,84 und bei dem Vierzehnfamilienhaus 89,26 Mark. Bei dem Einfamilienhaus waren also die Herstellungskosten für 1 Quadratmeter nutzbarer Wohnfläche 17,57 Mark billiger als bei dem Vierfamilienhaus und 17,90 Mark niedriger als bei dem Haus zu 14 Familien.⁸⁾ Aus hygienischen, sozialen, wirtschaftlichen, technischen und ästhetischen Gründen wird heute das Einfamilienhaus mit Garten als die beste Wohnweise angesehen. Andererseits werden aber auch selbst in Gartenstädten einzelne große Wohngebäude errichtet; aus hygienischen Gründen, um zum Beispiel die Winde abzuhalten; der Schönheit halber, um zum Beispiel auf hügeligem Gelände einen passenden Abschluß zu finden; oder auch aus Gründen wirtschaftlicher Art. In den Städten können, wie sich die Bodenverhältnisse und die Bauweise in Deutschland nun einmal entwickelt haben, Einfamilienhäuser für Arbeiter überhaupt nicht errichtet werden. Die moderne Städtebaukunst hat aber bereits eine solche Höhe erreicht, daß sie auch die großen Kleinwohnungsmietshäuser allen hygienischen und ästhetischen Anforderungen entsprechend gestalten kann: sonnige Lage, Luftdurchzug in allen Wohnungen, Bäder, Hausgärten usw. Die moderne Großstadthygiene, Kanalisationen, Wasserklosetts, gute Wasserleitungen, Straßenreinigung, Parks usw., macht das Wohnen in der Großstadt unter Umständen gesünder als das Wohnen auf dem Lande. Das Wohnbedürfnis ist auch sehr verschieden. Neben dem Einfamilienhaus hat also auch das Phalanxgebäude seine Berechtigung. Ausgeschlossen muß aber unter allen Umständen sein, daß das Wohnwesen kapitalistischen Interessen dient, daß mit der Errichtung und Unterhaltung der Wohnungen der Zweck verfolgt wird Gewinne zu erzielen.

Der direkte Einfluß des Volkes auf die Verwaltung, und auch der indirekte, wie er zum Beispiel durch die sogenannte öffentliche Meinung sich geltend

⁸⁾ Siehe die Mitteilungen des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz Dresden, 4. Band, Dresden 1915, pag. 296 und 298.

macht, sind bereits so groß, daß heute weder der Staat noch die Gemeinde Wohnungsbau zu fiskalischen Zwecken betreiben können. Alle Wohnungen, die in jüngster Zeit vom Staat oder von den Gemeinden für Beamte und Arbeiter errichtet worden sind, müssen zum gemeinnützigen Wohnwesen gezählt werden. Es ist sogar ein förmlicher Wettstreit zwischen den Behörden zu beobachten die vom sozialen, wirtschaftlichen, hygienischen und ästhetischen Standpunkt aus besten und schönsten Arbeiterwohnungen zu bauen. Besser noch wird das erstrebenswerte Ziel in der Gestaltung des Wohnwesens auf genossenschaftlichem Weg erreicht, vor allem, wenn sich Staat und Gemeinde mit ihren großen Mitteln an der Genossenschaft beteiligen. Die Selbstverwaltung der Wohnungen durch die Bewohner läßt sich jedenfalls am besten in der Genossenschaft durchführen. Die modernen staatlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungen stellen ein sozialistisches Wohnwesen dar, soweit es bei dem heutigen Stand des Gesamtreichturns, der Volkswirtschaft, der Technik und der Hygiene möglich ist. Aber auch das moderne Eigenheim steht nicht dem Sozialismus entgegen. Im Jahr 1906 entsetzte sich noch die Bremer Bürgerzeitung darüber, daß »viele Arbeiter, darunter sogar sozialdemokratische, die Gefahr nicht erkannt haben, welche der Besitz eines eigenen Häuschens in sich birgt«. Durch den Besitz eines eigenen Häuschens werde der Arbeiter in seiner Bewegungsfreiheit außerordentlich beschränkt, er werde an die Scholle gefesselt, sei unfreier und viel besser auszubeuten als derjenige Arbeiter, der bei gewollter oder ungewollter Arbeitslosigkeit sein Bündel schnüren und sein Domizil ändern könne.⁹⁾ Heute, nur 9 Jahr später, klingen solche Argumente wie überlebte Anschauungen aus Großvaters Zeiten. Die Arbeiter sind wieder selbsthafter geworden, die Arbeitsverhältnisse werden durch langfristige Tarifverträge geregelt. Gerade die bestgestellten Arbeiter und die hervorragendsten Kämpfer in der Arbeiterbewegung wohnen vielfach im eigenen Häuschen. Daran das Wohnwesen so zu gestalten, daß durchweg jeder Arbeiter in einem eigenen Haus wohnen soll, ist auch nicht zu denken. Die genossenschaftlichen Eigenheimsiedelungen fesseln übrigens die Arbeiter nicht an die Scholle, weil der Austritt aus der Genossenschaft und damit die Rücknahme des Hauses durch die Genossenschaft zu jeder Zeit erfolgen kann. Zu Spekulationszwecken lassen sich die kleinen Einfamilienhäuser auch nicht verwerten, weil sie keine Steigerung des Bodenwerts erwirken und neuerdings mehr und mehr, in Zukunft hoffentlich allgemein, im Erbaurecht errichtet werden.

Der sozialistische Charakter dieses Wohnwesens wird am deutlichsten erkennbar, wenn man ihm das kapitalistische Wohnwesen gegenüberstellt. Die kapitalistische Wohnungsproduktion war keineswegs notwendig mit der kapitalistischen Produktion im allgemeinen, der kapitalistischen Gesellschaft verbunden sondern im wesentlichen eine Folge der raschen Entwicklung der Städte in Deutschland. In Dörfern, kleinen Städten und vereinzelt in größeren Städten mit langsamer, gleichmäßiger Entwicklung ist die Bau-spekulation nur schwach in die Erscheinung getreten, zum Teil überhaupt nicht. Denn die kapitalistische Wohnungsproduktion besteht lediglich darin, daß Mietshäuser als Kapitalanlagen, ohne Auftrag, zu keinem andern als dem Zweck errichtet werden Gewinne zu erzielen. Die Produktion voll-

⁹⁾ Siehe den Artikel Vom eigenen Häuschen in der Bremer Bürgerzeitung vom 11. März 1906.

zieht sich völlig planlos, ungeregelt. In Zeiten hohen wirtschaftlichen Aufschwungs wird in der Regel das verfügbare Kapital von der Industrie in Anspruch genommen, Baugelder sind schwer zu erlangen, die Bautätigkeit ruht daher gerade oftmals in der Zeit, wo die Nachfrage nach Arbeiterwohnungen am größten ist. Es tritt dann ein großer Wohnungsmangel mit all seinen bekannten schlimmen Folgen ein. Setzt während einer industriellen Krisis eine große Bauspekulation ein, dann bleiben viele Häuser längere Zeit leer stehen, es folgt der *Krach* mit seinen großen Verlusten für die Handwerker. In Mannheim zum Beispiel wurden im Krisenjahr 1889 nicht weniger als 310 Wohngebäude mit 1437 Wohnungen errichtet, 1894 aber nur 60 Wohnhäuser mit 351 Wohnungen. Im Jahr 1910 sind in Berlin und 25 Vororten 2805 Bauerlaubnisse erteilt worden, 1913 nur 1653. Der Wohnungsmarkt wird dadurch den größten Schwankungen unterworfen. Während im Jahr 1903 in Mannheim noch ein Vorrat an Leerwohnungen von 6,30 % zu verzeichnen war, betrug er 1907 nur 0,9 %. Die Wohnungen werden durch die Spekulation aber auch fortgesetzt verteuert. Nur die Mietskaserne eignet sich zu Spekulationszwecken, die zur Konzentrierung des städtischen Wohnwesens geführt und bewirkt hat, daß in den deutschen Großstädten die Baulandpreise um das 8- und 10fache höher sind als in den ausländischen Großstädten mit Kleinhausbebauung. Der Wohnungskapitalist wird freilich nicht der nominelle Besitzer des Mietshauses. In den deutschen Städten sind 80 % der Hausbesitzer Leute, die das Vermieten von Wohnungen als ein Gewerbe betreiben. Mit nur wenig oder ohne jedweden Kapitalbesitz übernehmen sie ein oder mehrere Mietshäuser und leben von der Differenz des Mietsertrags zur Zinsverpflichtung. Da sie das Haus nicht zum Herstellungswert sondern zu einem Spekulationspreis erhalten haben, müssen sie hohe Mietseinnahmen erzielen, um auf ihre Rechnung zu kommen. Jede Steigerung des Bodenwerts, durch die Errichtung einer Straßenbahn, eines Theaters, einer Schule, eines Parks in der Nähe des Hauses usw., benutzen sie, um die Mieten zu steigern. Das ununterbrochene Steigen der Wohnungsmieten ist mit dem kapitalistischen Wohnwesen unzertrennbar verknüpft. Da die kapitalistische Mietskaserne nur den einen Zweck hat hohe Erträgnisse abzuwerfen, entspricht sie in der Regel den Anforderungen der Hygiene und der Ästhetik nur insoweit als die Baubehörde es erzwingen konnte. Dies war Jahrzehnte hindurch nicht viel, weil die Hausbesitzer in den meisten Städten das Heft in Händen hatten. Die schweren hygienischen, sozialen und ästhetischen Schäden im Wohnwesen haben sich auf diese Art herausgebildet und werden mit der kapitalistischen Wohnungsproduktion bis zu einem gewissen Grad auch stets verbunden sein.

Ihr gegenüber steht die planmäßige, geregelte Erstellung von Wohnungen durch Staat, Gemeinden und Genossenschaften, lediglich nach sozialen, hygienischen, ästhetischen Gesichtspunkten, mit dem einzigen Ziel das Wohnbedürfnis auf das möglichst beste zu befriedigen. Das ist Sozialismus. Friedrich Engels meinte, die Wohnungsfrage sei erst dann zu lösen, »wenn die Gesellschaft weit genug umgewälzt ist, um die Aufhebung des von der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft auf die Spitze getriebenen Gegensatzes von Stadt und Land in Angriff zu nehmen.«¹⁰⁾ Der Gegensatz von

¹⁰⁾ Siehe Engels Zur Wohnungsfrage /Zürich 1887/, pag. 36.

geschene heute weit mehr als eine abgetane, leere Phantasie. Der selbstbewußte Glaube an die Unverletzlichkeit der flottengeschützten englischen Weltvornachstellung erlitt noch niemals eine solche Erschütterung. Die österreichisch-ungarischen Interessen an der Balkanberuhigung und der von Rußlands Willkür losgelösten Balkan-Gruppierung, die reichsdeutschen Interessen an der Aufrechterhaltung und dem innern Stärkung der Türkei, die allgemein mitteleuropäischen Interessen an der Offenhaltung des nähern und mittlern Orients gegen englische Umschnürung und Zersetzung fließen sichtbar und wirksam zu einer Einheit zusammen, der der Vierverband mit seinen künstlich und vergänglich zusammengeschweißten Nationen keinen ähnlichen Einklang der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsströmungen entgegensetzen hat.

× **Englands** Die schwere Enttäuschung
Balkanpolitik und die wachsende Ge-
reiztheit der jüngsten
Wochen und Monate lassen wenigstens die englischen Blätter und Politiker ihre innersten Pläne offener als sonst enthüllen, und unsere allzu vertrauensseligen deutschen Pazifisten und Anhänger der lockern, spinnwebverbundenen Westkulturgemeinschaft täten gut solche unverhohlenen Ausbrüche des weltpolitischen Zielbewußtseins und des unverbesserlichen Alleinherrschafts-dünkels mehr als bisher zu beachten. Serbien, »dieser kleine Staat, der so tapfer für die Balkanvölker, das Slawentum und für Ganzeuropa ficht« (Leitartikel vom 5. Oktober), ist für die Times »der Außenposten aller Alliierten, vor allem jedoch für die Stellung Englands im nahen und mittlern Osten«, der »Schutzwall und die Wacht für die Freiheiten des nahen Ostens gegen die germanische Drohung« (Leiter vom 22. September). Als Klippe für seine Weltherrschaftsträume betrachte Deutschland lediglich England. »Serbien und Belgien wurden nur getroffen, weil sie die Tore zu den Stellungen hielten, die Deutschland zur Vernichtung des britischen Weltreichs unbedingt besitzen zu müssen glaubte. Serbien im besondern lag quer über dem österreichisch-deutschen Weg nach Saloniki, Konstantinopel, Agypten und dem Persischen Golf. Indem es seine eigene Existenz verteidigte, verteidigte es die Lebensinteressen Großbritanniens . . . Es kann aber seine volle Kraft

nicht erreichen, ohne seine ganze Nation einheitlich zu umfassen: das heißt ohne die serbisch-kroatisch-slowenische Rasse zu einen und in einem künftigen Jugoslawien alle Länder und Provinzen zu umschließen, in denen die Südslawen die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Das ist nicht nur das Recht Serbiens sondern auch das Interesse der Alliierten.« Ähnlich liege es mit Rumänien und den anderen Balkanstaaten (Leiter vom 20. August), wobei natürlich Rumänien abermals wie Serbien auf Österreich-Ungarns Zerstückelung angewiesen wurde. Leider jedoch, fügen die Times hinzu, gebe es selbst innerhalb der Tripelente noch immer Staatsmänner, die »das eine Kardinalprinzip übersehen: daß die Lösung der Balkanfrage unverträglich ist mit dem Weiterbestand der Habsburgischen Monarchie in ihrer jetzigen Gestaltung« (Leiter vom 6. August). Wie man so im Norden durch die Zerstückelung Österreich-Ungarns Deutschland zu treffen hoffte, so suchte man Italien und Griechenland, mit Stücken der Türkei, immer wieder gegen Deutschland zu gewinnen, um nach dem Persischen Golf wie nach dem Suezkanal zu die Gefahr jeder ersten Nebenbuhlerschaft im voraus zu ersticken. Schließlich gehört das geflissentliche Ausspielen und Aufreizen der alten, von England dereinst so hartnäckig bekämpften russischen Balkanhoffnungen gegen Österreich-Ungarn und die Türkei, ferner die noch engere Heranziehung Rußlands durch die in Aussicht gestellte Teilung Persiens genau auf das gleiche Blatt: die immer zielbewußtere und ausschließlichere Einstellung der gesamten englischen Außenpolitik auf die Unterbindung der deutschen Wirtschaftsentfaltung und der ihr entsprechenden deutschen weltpolitischen Betätigung. Diese Erkenntnis niemals durch eine Wolke von ebenso wohlgemeinten wie unbestimmten Sympathien für Westkultur und formalpolitische Errungenschaften verhüllen zu lassen sollte eine der Hauptaufgaben der fortschrittsfreundlichen deutschen Publizistik sein. Wahrscheinlich werden die weiteren Balkanvorgänge diese tiefste Wurzel des heutigen Völkerrings immer unverkennbarer bloßlegen, auch für die bisher Zweifelnden und Unschlüssigen.

× **Rußland** Zu den englischen Balkan-
und Orientsorgen gesellen
sich noch die nieder-
schmetternden Erfahrungen mit dem

russischen Bundesgenossen, der übrigens seinerseits eher recht hätte darüber Klage zu führen, daß seine und Englands Opfer so ziemlich in umgekehrtem Verhältnis zu den beiderseitigen Gewinnmöglichkeiten stehen. Die Schwäche Rußlands ist nicht nur militärischer Art, wie sie in dem Zusammenbruch der Offensive, in der Preisgabe ganz Polens und der nordwestlichen Landesteile zutage trat. Sie ist zugleich eine wirtschaftlich-finanzielle, und die Reise des Finanzministers Bark nach London wird anscheinend nur eine geringe Erleichterung bringen. Eine eigentliche Anleihe ist, wie verlautet, überhaupt nicht zustande gekommen. Vielmehr sollen lediglich, vor allem um die Lage des Petersburger Wechselkurses zu bessern, bewährte russische Banken auf gewisse englische Banken und Bankhäuser Dreimonatswechsel ziehen können; wie man sagt, bis zum Betrag von höchstens 2 Millionen Pfund Sterling monatlich. Die so erschlossenen, zunächst kurzfristigen Kredite können bis 1 Jahr nach Beendigung des Krieges wiederholt erneuert werden. Die russische Finanzleitung hat aus ihrer Enttäuschung über diesen Ausgang der Londoner Verhandlungen kein Hehl gemacht. Für die Londoner Hüter der Westkultur und des demokratischen Verfassungslebens ist es vollends niederdrückend, daß die Duma, als sie durch die Bildung eines fortschrittlichen Blocks dem parlamentarischen Willen einen größern Nachdruck zu geben versuchte, ganz nach zarisch-absolutistischer Gepflogenheit am 16. September durch Vertagung nach Hause geschickt wurde. Die Nachrichten über Streiks und Unruhen mögen jedoch, wie meist in der jüngsten Zeit, übertrieben gewesen sein. Auch die vom 20. bis zum 22. September in Moskau abgehaltenen Kongresse des Semstwoverbands und des Städtebunds sind nicht zu dem großen Ereignis geworden, wie 1905 die ähnlichen großen Versammlungen, in denen die folgenden inneren Kämpfe einen ihrer wichtigsten Ausgangspunkte fanden. Kennzeichnend ist endlich, daß die führenden englischen Blätter auf die baldige Wiedereinberufung der Duma deshalb hoffen, weil ihnen die entschlossene Fortführung des Krieges durch die Duma besser verbürgt erscheint als durch die Regierung.

England, Die Lichtseiten des englischen politischen Lebens traten dagegen bei der Regelung des Budgets hervor. X X
 Kriegsbudget

hat eine Nation eine solche Kraftanstrengung gemacht neben den zwar bequemem, aber mitunter nicht ungefährlichen Kriegsanleihen die wirklichen Steuerquellen viel umfassender und tiefer zu den Kriegskosten heranzuziehen. Schon äußerlich spiegelte das parlamentarische Vorgehen den unerschütterlichen, zielklaren Willen eines in langer parlamentarischer Praxis politisch geschulten Volkes wider. Zum erstenmal seit dem Beginn des englischen Parlamentarismus nahm kein Gegenschatzkanzler von der Oppositionsseite die Kritik der Regierungsvorschläge auf. Austen Chamberlain, der selber die letzten unionistischen Budgets von 1904 und 1905 vorgelegt hatte, und der alsdann 10 Jahre hindurch, solange die Liberalen regierten, der berufene Oppositionswortführer gewesen war, gehörte diesmal genau so gut zur Koalitionsmehrheit wie seine ersten liberalen Nachfolger im Schatzamt Asquith und Lloyd George oder wie heute McKenna selber. Auch sonst waren die Einwände überaus bescheidene, obwohl eine Steigerung der Einkommensteuer um 40 % in Frage stand; neben einer Heranziehung der kleineren Einkommen und einer schärfern Progression von 8000 Pfund Sterling Einkommen an, weiter noch eine Kriegsgewinnsteuer von 50 %, eine Erhöhung der Postgebühren und der Zuckersteuer sowie die Einführung vieler neuer und die Steigerung vieler alter Zölle, insgesamt eine Vermehrung der Steuer- und Zolleinnahmen um 30,92 Millionen Pfund Sterling (über 618 Millionen Mark) und der Posteinnahmen um 1,98 Millionen Pfund Sterling (fast 40 Millionen Mark).

Trotzdem erscheint dies alles wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Staatsausgaben im letzten vollen Friedensjahr 1913-1914 standen auf 197 493 000 Pfund Sterling. Das Finanzjahr 1914-1915 umschloß die 8 ersten Kriegsmomente, und der Finanzbedarf schnellte auf 560 474 000 Pfund Sterling empor. Im Mai des laufenden Jahres gelangte Lloyd George bereits in einer Schätzung des Finanzbedarfs für 1915-1916, also zum erstenmal für ein vorausgesetztes volles Kriegsjahr, bis zu 1 132 654 000 Pfund Sterling. Das Budget McKennas enthält nunmehr als Voranschlag für die Ausgaben 1 590 000 Pfund Sterling. Bei 272,11 Millionen Pfund Sterling jährlicher Einnahme nach den bisherigen Einnahmemaßstäben ergibt sich also, selbst nach der erwähnten Neuerschließung von etwa 33 Millionen

Pfund Sterling (auf ein volles Jahr berechnet, würden die Steuer-, Zoll- und Gebührenmehreinnahmen etwa 120 Millionen Pfund Sterling ausmachen; viele der neuen Bestimmungen treten jedoch erst allmählich in Kraft, und für die seit dem 1. April bereits abgelaufene Zeit kommen sie allesamt nicht in Betracht), noch immer ein Defizit von 1285 Millionen Pfund Sterling, das anders als durch Anleihen und Kreditbehelfe aller Art nicht zu decken ist. Als Lloyd George im Mai seine Schätzung vornahm, ging er noch von einem täglichen Kriegsaufwand von 2 100 000 Pfund Sterling (42 Millionen Mark) aus. Nach der Rede von Asquith bei der Kreditvorlage von Mitte September wird man heute schon diese Summe auf 3½ Millionen Pfund Sterling (70 Millionen Mark) hinaufsetzen müssen, und ihre Tendenz zu weiterem Steigen ist unverkennbar. Selbst für das wirtschaftskräfteigste Land sind dies furchtbare Lasten.

Wie sein politisches Prestige in und außer Europa, so sieht England auch sein internationales Finanzansehen schwer erschüttert. Den besten Anhalt dafür bietet die Anleihe von 500 Millionen Dollar in Amerika, die mit Mühe und Not, hauptsächlich zur Regelung des Wechselkurses und zum Ausgleich der englisch-amerikanischen Zahlungsbilanz, zustande gekommen ist. Der Ausgabekurs hierfür ist 98 %, die nominelle Verzinsung 5 %, die wirkliche danach 5,3 % oder, nach Abzug der Gewinne des Übernahme-Konsortiums und unter Berücksichtigung der vorgesehenen Parirückzahlung nach 5 Jahren, für das tatsächlich verfügbare Kapital sogar 6,04 %.

× **Kriegsschriften** ×
 Vielleicht ist es angebracht auch den geistig-kulturellen, und unter Umständen sogar politischen Beziehungen der Juden zum Weltkrieg eine größere Aufmerksamkeit zu widmen. Eine rasch wachsende Literatur legt dies nahe. So weist Davis Trietsch, länger schon ein Vertreter des Anschlusses der Türkei an den Dreibund, in seiner Schrift *Juden und Deutsche* /Wien, Löwit/ auf die den deutschen Interessen vielfach parallelen jüdischen Interessen in den islamitischen Ländern hin (siehe auch Quessel *Deutsche und jüdische Orientinteressen*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 398 ff.). In diesen, für Deutschlands Handel, Industrie und Kultur ungemein hoffnungsvollen Gebieten kämen die Reichs-

angehörigen verhältnismäßig wenig in Betracht, während die Zahl der deutschsprachigen Juden in der asiatischen Türkei beispielsweise etwa das 50fache ausmache. »Hier ließe sich leicht in Schulen, Hospitälern usw. mittels eines geeigneten Vorgehens den beiderseitigen Interessen Rechnung tragen, und auch bei wirtschaftlichen Unternehmungen mancher Art dürfte in vielen Fällen eine Interessengemeinschaft sich als außerordentlich nützlich erweisen.« Eine interessante Nutzenanwendung aus solchen Anschauungen zieht auch Kurt Blumenfeld in einer Studie der Preußischen Jahrbücher *Der Zionismus*, eine Frage der deutschen Orientpolitik /Berlin, Stilke/: »Dem Strom deutscher Weltpolitik bietet sich die Möglichkeit die zionistische Welle aufzunehmen. Mit Hilfe des alten Orientvolkes der Juden kann der deutsche Sprach- und Bildungseinfluß in der Türkei die erste Stufe erringen, der deutsche Wirtschaftseinfluß auf allen Gebieten verstärkt werden.«

Die Friedensbewegung findet in dem Krieg und seinen Begleiterscheinungen naturgemäß manche literarische Anknüpfung, sei es um sich gegen die plötzliche Geringschätzung und Herabsetzung ihrer alten Aufklärungsbestrebungen zu verwahren, sei es um für ihre Reformgedanken gerade jetzt neue Anhänger zu werben. »Die Einwände gegen die Friedensbewegung beruhen zumeist auf einer ganz falschen Auffassung des Problems; in der Regel handelt es sich gar nicht um jene Ideen, die man breitspurig bekämpft, widerlegt, verlacht.« Dies ist der Leitsatz der kleinen Schrift *Alfred A. Fried's Kurze Aufklärungen über Wesen und Ziel des Pazifismus* /Berlin, Verlag der Friedenswarte/. Mit weiteren Zukunftsausblickten verfiert der selbe Autor seinen Standpunkt in der Studie *Europäische Wiederherstellung* /Zürich, Orell Füßli/. Etwa in die gleiche Gruppe gehören aus dem selben Verlag: *Internationale Anarchie oder Verfassung?* von F. von Wrangel, der die Gründung eines mit legislativer und exekutiver Gewalt ausgerüsteten Bundes aller zivilisierten Staaten, unter enger Anlehnung an den Italiener Umano, empfiehlt, und die *Europäische Union* als Bedingung und Grundlage des dauernden Friedens von Johannes Erni. Auch August Forel beteiligt sich an diesen Erörterungen durch ein Kulturprogramm: *Die Vereinigten Staaten der Erde* /Bern, Volkart/. Und G. Grosch

(Die Friedensorganisation der Staaten /Berlin, Verlag der Friedenswarte/) stellt den Mängeln des heutigen Gleichgewichtssystems den »Zusammenschluß aller Staaten des Erdballs zu einer einzigen Union« entgegen. Mit eigenartiger südamerikanischer Beimischung, mit panamerikanischem Einschlag und in der Hoffnung auf eine zielbewußte Führung der Friedensbewegung durch die neuweltlichen Länder behandelt der ehemalige brasilianische Minister Alberto Torres das Problem mondial /Rio de Janeiro, Imprensa Nacional/ mit großer Belesenheit und viel rhetorischem Schmuck. Sachlich reichhaltig und wertvoll sind die Schriften des letztthin vielgenannten Völkerrechtlers Hans Wehberg Die internationale Friedensbewegung /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/ und vor allem Limitation des armements /Brüssel, Misch & Thron/, ein geschichtlicher Rückblick auf alle bisherigen offiziellen Anläufe und wichtigeren Anregungen zur international gegenseitigen Rüstungsbeschränkung. Für die sofortige Einberufung eines dauernden Kongresses der Neutralen, mit Vermittlungs- und Vorschlagsbefugnissen, plädiert ein als Flugschrift veröffentlichter Vortrag von Julia Grace Wales, der Vertreterin der Universität von Wisconsin auf dem internationalen Frauenkongreß von 1913 (Médiation continue sans armistice).

× ×
Kurze Chronik Am 12. Oktober ist Bulgarien durch den Vormarsch in der Richtung Nisch in den Krieg gegen Serbien eingetreten. England erklärte hierauf, daß vom 15. Oktober ab zwischen England und Bulgarien der Kriegszustand bestehe. × In Griechenland erlitt die Englandkoalition durch den Sturz Veniselos' am 5. Oktober einen Rückschlag. × Offenbar in Zusammenhang mit diesen Schlappen und mit Meinungsverschiedenheiten über die daraus zu ziehenden praktischen Folgerungen steht der Rücktritt Delcassés von der Leitung der französischen auswärtigen Politik am 12. Oktober; nach den Andeutungen in der französischen Kammer mißbilligte Delcassé die Landung in Saloniki.

× ×
Literatur Unter dem Titel Weltkultur und Weltpolitik geben E. Jäckh (Berlin) und das Institut für Kulturforschung in Wien eine deutsche und österreichische Schriftenfolge heraus /Mün-

chen, F. Bruckmann/. Bisher schrieb der bekannte Bismarckbiograph Veit Valentin über Belgien und die große Politik der Neuzeit, Dr. Stephan Tomášewsky über die weltpolitische Bedeutung Galiziens. × Das hier oft erwähnte Handbuch für Heer und Flotte, herausgegeben von Georg von Alten /Berlin, Bong/, ist bis zur 84. Lieferung (Stichwort Notangriff) fortgeschritten. Aktuelles Interesse hat unter anderm die Übersichtskarte der Narew-Njemen-Linie. × Auf zwei anziehende Beiträge zur Neuorientierung der Parteien und der innerdeutschen Verhältnisse im allgemeinen wird wegen ihrer Bedeutung zurückzukommen sein: nämlich auf Erich Rothers Broschüre Die Sozialdemokratie am Scheidewege /Berlin, S. Heimann/, vor allem jedoch auf Hugo Preuß' Buch Das deutsche Volk und die Politik /Jena, Diederichs/.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Kriegshalbjahr 1915 Nach wie vor bilden die Konsumvereine einen wertvollen Bestandteil unseres wirtschaftlichen Rüstzeugs in diesem Krieg, und wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird die Folge ihrer Leistungen auf dem Gebiet der Versorgung der Bevölkerung mit guten und preiswerten Lebensmitteln nicht nur ihre Anerkennung durch die bürgerliche Sozialwissenschaft sondern auch eine grundsätzliche Änderung der Stellung der Regierungen und Behörden usw. zu diesen wertvollen Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter sein.

Aus den neuerdings in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau veröffentlichten Mitteilungen über die Umsätze der Konsumvereine in der 1. Hälfte des laufenden Jahres geht hervor, daß trotz der Einberufung so vieler männlicher Familienmitglieder und trotz der stark eingeschränkten Konsumkraft zahlreicher Familien die Vereine im allgemeinen ihren Geschäftsbetrieb auf der alten Höhe halten oder noch darüber hinaus steigern konnten. Es muß also ein großer Zustrom neuer Mitglieder stattgefunden haben. Der südwestdeutsche Verband weist im 1. Halbjahr 1915 einen Umsatz von 19 598 274 Mark auf, gegenüber 18 316 613 Mark in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Der mitteldeutsche Verband setzte in den Monaten März bis Juni dieses Jahres 10 758 995 Mark um, im Vorjahr dagegen 10 782 418 Mark, was

also einem kleinen Rückgang entspricht. Für den südwestdeutschen Verband liegen die Ziffern für Mai und Juni vor; sie betragen im Vorjahr 6 091 017, in diesem Jahr 6 699 570 Mark, also nicht unerheblich mehr. Der brandenburgische Verband setzte im Mai und Juni 1914 7 224 404, in den gleichen Monaten 1915 aber 7 797 247 Mark um, also um 572 843 Mark mehr. Der nordwestdeutsche Verband endlich verzeichnete für die ersten 5 Monate des laufenden Jahres einen Umsatz von 37 249 231 Mark gegen 33 063 080 Mark im Vorjahr, das ist ein Mehr von 4 186 151 Mark.

Einen guten Maßstab, sowohl für die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung als auch für das Vertrauen, das diese den Konsumvereinen entgegenbringt, bilden die Spareinlagen. Es zeigt sich hier, daß in allen Verbänden zwar die Einzahlungen gegenüber dem Vorjahr wesentlich zurückgegangen sind, daß aber auch die Auszahlungen gesunken sind, so daß überall noch ein Überschuß der ersteren über diese verblieb, wenn er auch meist kleiner war als im Vorjahr. Im brandenburgischen Verband betrug der Überschuß der Einzahlungen für die Monate Mai und Juni im Vorjahr 323 492, im laufenden Jahr aber 446 574 Mark, war also sogar gewachsen. Der südwestdeutsche Verband ermittelte für die gleichen Monate im vorigen Jahr einen Überschuß der Einzahlungen von 199 052, in diesem Jahr allerdings nur von 68 718 Mark. Im mitteldeutschen Verband wurden in den 4 Monaten März bis Juni im Vorjahr 199 052 Mark mehr in die Sparkassen eingezahlt als ausgezahlt, in diesem Jahr waren es immer noch 68 718 Mark. Der nordwestdeutsche Verband endlich zeigte für die ersten 5 Monate des Jahres 1914 einen Überschuß der Einzahlungen von 2 141 385, im Jahr 1915 aber einen solchen von 620 662 Mark. Berücksichtigt man, daß sicher nicht wenig Sparer ihre Gelder abgehoben haben, um sie auf Kriegsanzleihe zu zeichnen, so kommt man zu einem für unsere Konsumvereine ebenso erfreulichen wie ehrenvollen Resultat.

× **Kriegsernährung** ×
Am 8. und 9. Oktober fand in Hamburg eine Konferenz von 100 Vertretern der deutschen Konsumgenossenschaften statt, die sich mit der Volksernährung im Krieg beschäftigte. Es nahmen an ihr außerdem teil die Herren Dr. Kautz und Dr. Jung als Vertreter der

Regierung und Dr. Wach sowie Direktor Köpke von der Reichsgetreidestelle. Es wurde zunächst über die Erfahrungen verhandelt, die mit den verschiedenen Maßnahmen der Regierung zum Zweck der Regelung des Verkehrs mit Getreide und Getreideprodukten, mit Kartoffeln und Kartoffelprodukten sowie mit Zucker, Reis und Hülsenfrüchten, zum Zweck der Sicherstellung von Fleischvorräten, zum Zweck der Verhinderung des Warenwuchers gemacht worden waren. Ferner wurde über den Geschäftsverkehr mit der Reichsgetreidestelle, der Zentraleinkaufsgenossenschaft und ähnlichen Instituten gesprochen, sowie über die Erfahrungen, die sich aus der Zusammenarbeit der Konsumvereine mit Gemeinden und Behörden bei Festsetzung von Höchstpreisen ergeben haben. Die Verhandlungen zeigten, daß die Regierungsmaßregeln, insbesondere die für den Mehl- und Brotverkehr, trotz manchen Mängeln doch viel Gutes bewirkt haben, weshalb ein ebenso energisches Eingreifen auf anderen Gebieten erwünscht sei. Für die künftige Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes im Krieg wurde eine Reihe wertvoller Anregungen gegeben. Die Genossenschafter traten sodann noch zu einer besondern Besprechung zusammen, in der sie die Frage diskutierten, welche Maßnahmen zu ergreifen wären, um die Kriegswirtschaft möglichst ohne Erschütterungen wieder in die Friedenswirtschaft überzuführen. Sowohl von seiten der Genossenschafter wie auch von den Regierungsvertretern wurde die Erwartung ausgesprochen, daß es gelingen würde die künftige Preisgestaltung in einer Weise zu regeln, die auch dem Minderbemittelten die Beschaffung der notwendigen Nahrungsmittel ermöglicht.

× **Kurze Chronik** ×
Den in dieser Rundschau (1915, 2. Band, pag. 771) veröffentlichten Mitteilungen über den englischen Genossenschaftskongreß ist noch anzufügen, daß der Genossenschafter und Parlamentarier Aneurin Williams dort eine mit Beifall aufgenommene Rede gehalten hat, in der er die Hoffnung aussprach, daß die Genossenschaften aller Länder nach dem Krieg wieder in freundschaftliche Verbindung mit einander treten und ihre große Friedensmission aufnehmen würden. Hierüber wie über die sonstigen Versuche zur Wiederanbahnung der genossenschaftlichen Internationalen wird in dieser Rundschau

noch ausführlicher berichtet werden. × Der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine gehörten am Schluß des Jahres 1914 von 1109 dem Zentralverband angeschlossenen Vereinen 608 als Mitglieder an, die mit 1 652 000 Mark Kapital beteiligt waren, während die Großeinkaufsgesellschaft und die Revisionsverbände für 348 000 Mark Aktien hatten. Außerdem stand die Gesellschaft noch mit 465 nicht als Mitglieder angeschlossenen Vereinen in Verbindung. Der Gesamtumsatz der Produktion an Drucksachen, Düten, Packpapier, im Buchhandel und in der Herausgabe der Genossenschaftsorgane betrug 3 494 675 Mark gegen 3 410 476 Mark im Vorjahr. × Der Bericht über die Geschäftsergebnisse der Raiffeisenvereine im Jahr 1913 umfaßt von 4471 angeschlossenen Vereinen 4415. Diese zählten zusammen am Jahresschluß 482 868 Mitglieder oder 15 206 mehr als im Vorjahr. Der Gesamtumsatz betrug 1572 Millionen Mark, das ist 1,8 % weniger als 1912. Davon entfielen 60,7 Millionen Mark auf den gemeinsamen Bezug landwirtschaftlicher Bedarfsartikel und 2,6 Millionen auf den gemeinsamen Absatz von Erzeugnissen. Der Verkehr mit der landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse belief sich auf 352 Millionen, der mit den Zeileneinkaufs- und -verkaufsvereinen auf 141 Millionen Mark. Sämtliche Genossenschaften erzielten einen Reinüberschuß von 2,9 Millionen Mark. × Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hat auf ihrem Grundstück in Lichtenberg ein neues Verwaltungsgebäude errichtet. Der monumentale, mit Skulpturen geschmückte Bau hat eine Länge von 50 und eine Höhe von 38 Meter. Im Erdgeschoß befinden sich die Verkehrsräume für die Mitglieder (Sparkasse usw.), im 1. Stockwerk die Buchhandlung und Registratur, die Lagerhalterabrechnung, der Schreibmaschinensaal und die Versicherungsabteilung, im 2. Stockwerk der große Sitzungssaal, die Zimmer der Vorstandsmitglieder und außerdem, ebenso wie im 3. Stockwerk, eine Anzahl von Wohnungen, die aber später nach Bedarf in Büroräume umgewandelt werden können. × In die Reihe der 50jährigen Jubilare ist nun auch der Konsum- und Sparverein Eßlingen getreten. Im Jahr 1865 mit 120 Mitgliedern als Markenverein gegründet, wurde er bereits 2 Jahre später in einen richtigen Warenkonsumverein umgewandelt, und im gleichen Jahr folgte

auch schon die Eröffnung einer eigenen Bäckerei. Heute zählt der Verein 7555 Mitgliederfamilien (bei einer Gesamtbevölkerung der Stadt von 36 000 Seelen), die in 17 Verkaufsstellen einen Umsatz von 2¼ Millionen Mark erzielten. Er hat neben dem Kolonialwarengeschäft eine Spezialabteilung für Kurz-, Weiß- und Wollwaren und betreibt außer der Bäckerei eine Mosterei und eine Limonadenfabrik. × Der Jütische große Futterstoffverein, die größte derartige Organisation Dänemarks, hatte 1913-1914 einen Umsatz von 45 Millionen Kronen und einen Reingewinn von 4 Millionen Kronen. Seit 1898-1899 hat sich der Umsatz vervierfacht. × Dem Schwedischen Genossenschaftsverband waren Ende 1914 608 Genossenschaften angeschlossenen, von denen 43 im Lauf des Jahres neu beigetreten waren. Diese Vereine zählten 153 559 Mitglieder, das ist 24 024 mehr als im Jahr vorher, und hatten einen Gesamtumsatz von rund 10,9 Millionen Mark, was einer Steigerung von 9,7 % entspricht. Der Überschuß betrug 179 450 Mark.

× **Literatur** Welche Ergebnisse der Krieg auch schließlich haben wird, das eine wissen wir heute schon, daß auf wirtschaftlichem Gebiet der Gedanke der Organisation, der Sozialisierung seine höchsten Triumphe gegenüber dem Gedanken des privaten Eigennutzes gefeiert hat. Da, wo das wirtschaftliche Privatinteresse in diesem Krieg stark in den Vordergrund getreten ist, hat man es fast stets als eine der Allgemeinheit Schaden bringende Erscheinung beobachten können: im Gegensatz zu manchen früheren Perioden der Entwicklung, wo der wirtschaftliche Individualismus gleichzeitig das Interesse der Gesamtheit förderte. Der veränderten Situation hat auch unsere Nationalökonomie Rechnung getragen, in deren Auslassungen man heute die Worte Sozialismus, Genossenschaftlichkeit, Demokratie häufig in zustimmendem Sinn findet. Die Gesellschaft für genossenschaftliche Kultur bemüht sich diese Stimmen zu sammeln. Sie gibt seit Beginn dieses Jahres im Verlag von Wilh. Langguth in Eßlingen Flugblätter heraus, in denen, wie der Bearbeiter Karl Bittel betont, »über dem engern bisherigen Zielstreben: allseitige Genossenschaftlichkeit als Grundlage einer neuen, wahrhaft deutschen Kultur, ... nun die Aufgabe« steht: »alle

möglichen wertvollen und guten Triebkräfte zu einer neudeutschen Zukunft, wie sie sich im Tosen des Krieges jetzt klarer als je erschauen läßt, aufzuzeichnen, auszubreiten und wirken zu lassen«. Die einzelnen bisher veröffentlichten Flugblätter sind kürzlich in Sammelflugschriften zusammengefaßt worden. In dem 4. und 5. Heft zum Beispiel finden sich folgende Artikel: Genossenschaftliche Kultur von Franz Staudinger, Die neue Volkswirtschaft von Edgar Jaffé, Soziale Kultur von Heinz Potthoff, Deutsche Kulturaufgaben von Eugen Diederichs, Der demokratische Staat von Gustaf F. Steffen, Deutsche Organisation von Friedrich Naumann und Eine wirtschaftliche Organisation der Zukunft, ein Leitartikel der Frankfurter Zeitung. Den kleinen Heftchen, die pro Stück nur 20 Pfennig kosten, ist weiteste Verbreitung zu wünschen, da sie die angefaßten Probleme stets in fortschrittlichem Sinn und auch für den in interessanter Weise behandeln, der nicht mit allen Einzelheiten sich einverstanden erklären kann.

WISSENSCHAFT

Rechtswissenschaft / Hugo Heinemann

Tarifvertrag In den von Potthoff, Sinzheimer und Falkenberg herausgegebenen Flugschriften zur Schaffung sozialen Rechtes /Stuttgart, J. Heß/ ist als 4. Heft eine Abhandlung von Dr. Heinrich Oehlckers (Bremen) über die Wirksamkeit tarifwidriger Arbeitsverträge erschienen. Die Schrift gehört zum Besten, was über das wichtige Problem des Tarifvertrags geschrieben worden ist. Unsere Arbeitersekretäre und wer sonst mit dieser Frage zu tun hat sollten sich die Abhandlung, die nur 1,50 Mark kostet, anschaffen. Sie wird ihnen bei Wahrnehmung der Rechte zugunsten der Arbeiter die trefflichsten Dienste leisten. Wer über Rechtsfragen schreibt, die in die Sozialpolitik eingreifen, verfällt leicht in den Fehler das, was er leidenschaftlich erstrebt, als bereits geltendes Recht anzusehen. Noch häufiger kommt es vor, daß man bei der Darstellung von Gegenständen dieser Art nicht scharf auseinanderhält, was geltendes Recht ist, und was nach des Verfassers Ansicht Recht sein sollte. Dieser Fehler wird zum Beispiel sehr oft in der Parteipresse und in Schriften parteigenössischer Schriftsteller gemacht. Davor muß man sich aber durchaus hüten. Wird nämlich beides nicht sehr scharf aus-

einandergehalten, so erwachsen den Arbeitern nicht nur starke seelische Enttäuschungen, wenn sie im Vertrauen auf ihr vermeintliches Recht einen Prozeß anstrengen, der nach dem nun einmal zurzeit noch geltenden Recht aussichtslos ist; es entstehen ihnen auch erhebliche nutzlose Kosten. Ein großer Vorzug der Schrift Oehlckers' ist es nun, daß er als klarer und feiner juristischer Schriftsteller diesen Fehler strikt vermeidet. So sehr er sich auch für ein soziales Recht begeistert, und so warme Sympathien er auch für die im Wesen des Tarifvertrags liegenden sozialen Gedanken hat, an keiner Stelle vermischt er bestehendes und anzustrebendes Recht. Ich habe jüngst in der Arbeiterrechtsbeilage des Korrespondenzblatts der Generalkommission vom 11. September 1915 die Grundsätze zusammengestellt, die zurzeit nach bestehendem Recht und der herrschenden Rechtsprechung auf dem Gebiet des Tarifvertrags gelten, damit die Gewerkschaftsangelegten sich über die juristische Seite der Materie klarwerden. Eine solche Klarheit ist nämlich deshalb nicht überall vorhanden, weil das Tarifvertragswesen vom juristischen Standpunkt aus erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit in Deutschland im Anschluß an die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs wissenschaftlich untersucht wird, und daher lange große Unklarheit und Unsicherheit selbst in der höchstrichterlichen Rechtsprechung herrschte. Nur die ökonomische Seite der Frage war seit Jahrzehnten in Deutschland Gegenstand wissenschaftlicher Erörterung. Hierzu trugen insbesondere Brentanos Studien über die englische Arbeiterbewegung bei. Daß bei unseren rein rechtlichen Betrachtungen Dr. Oehlckers und ich fast durchweg zu dem selben Ergebnis kommen, ist selbstverständlich, da wir beide eben rein objektiv den im Augenblick bestehenden Rechtszustand unter Zugrundelegung der herrschenden zivilrechtlichen Begriffe darstellen. Die eingehende Untersuchung und wissenschaftliche Begründung, die Oehlckers gibt, bildet eine wertvolle Ergänzung zu meiner ganz kurzen Zusammenstellung der einzelnen Rechtssätze. Die Frage, gegen wen im Fall eines tarifwidrigen Arbeitsvertrags rechtlich vorgegangen werden kann, beantwortet Oehlckers wie folgt: Nur gegen den Verein, der den Tarifvertrag abgeschlossen hat. Wie Oehlckers richtig hervorhebt, führt dies Ergebnis dazu, daß die Mit-

glieder des Vereins sich mangels einer unmittelbaren Verpflichtung aus dem Tarifvertrag durch jederzeitigen Austritt aus der Vereinigung freimachen können; dies steht im ausgesprochenen Gegensatz zu dem Zweck des Tarifvertrags, der die Mitglieder des Vereins selbst nach ihrem Austritt noch an seine Bestimmungen gebunden wissen will. Oehlckers bemerkt mit Recht: So sehr diese Theorie demnach auch in Widerspruch sich setzt zu dem ganzen Wesen des Tarifvertrags, so müssen wir uns doch nach geltendem Recht zu ihr bekennen. Denn da die individualistische Vertragsauffassung unseres geltenden Rechts nur Rechtsbeziehungen unter den einzelnen Parteien kennt, sind auch die Tarifbestimmungen nur verpflichtend zwischen den Tarifvertragskontrahenten, zum Beispiel Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation, nicht aber zwischen den einzelnen Unternehmern und den einzelnen Arbeitern. Es muß hier hinzugefügt werden, daß die Sache anders liegt, wenn die Statuten der Arbeitnehmerorganisation diese ausdrücklich oder stillschweigend zur Bindung der Vereinsmitglieder berechtigen. Dann sind diese verpflichtet während der Dauer des Tarifvertrags dessen Bestimmungen strikt einzuhalten, gleichviel ob sie aus ihrem Verein ausscheiden oder nicht. Dies ist auch jüngst vom Kammergericht (in einer Sache des Verbands der Sattler gegen Valentin) angenommen und offenbar auch die Ansicht Oehlckers'. Denn er sagt zutreffend, daß solche Unternehmer dem Tarifvertrag unterworfen sind, die nach Vertragsgrundsätzen durch den Tarifvertrag verpflichtet sind.

Die Schrift wendet sich weiter der Frage zu, wie sich die Rechtsordnung gegenüber einem tarifwidrigen Arbeitsvertrag verhält. Bekanntlich nimmt Lotmar, einer der feinsten und durchgebildetsten Juristen und einer der gründlichsten Forscher auf dem Gebiet des Tarifvertrags, dessen Unabdingbarkeit an, so daß, selbst wenn die Parteien ausdrücklich Gegenteiliges vereinbart haben, für jeden im räumlichen und zeitlichen Gebiet der Normgeltung abgeschlossenen Arbeitsvertrag automatisch der Tarifinhalt gelten würde. Lotmar selbst schränkt jedoch die Unabdingbarkeit dadurch erheblich ein, daß er den Tarifvertrag für Arbeitsverträge mit Außensternern nur gelten lassen will, wenn dies im Willen der Parteien des Arbeitsvertrags liegt, da niemand ohne eigenes Zutun in den Bereich eines Tarif-

vertrags gelangen könne. Mag man der Lotmarschen Theorie auch noch so sympathisch gegenüberstehen und noch so sehr den Widerspruch gegen sie als Verstoß gegen einen gesunden sozialen Zustand ansehen, die Rechtsprechung lehnt sie fast durchweg als im Widerspruch mit den dem geltenden Recht zugrunde liegenden Prinzipien stehend ab. Dies weist Oehlckers im einzelnen nach. Er schließt den Absatz mit den ausgezeichneten Worten: »Die Unklarheit des Tarifvertragswesens in rechtlicher Beziehung hat die Gewerbegerichte in eine Situation gebracht, die wegen ihrer Unhaltbarkeit des Ansehens der deutschen Rechtspflege unwürdig ist: Die Gewerbegerichte halten die Abdingbarkeit für völlig unvereinbar mit dem Wesen des Tarifvertrags. Trotzdem zwingt sie das geltende Recht dazu in ihren Urteilen gleichsam den Bankrott der Rechtsordnung gegenüber ihrer Aufgabe der Unterdrückung von Tarifwidrigkeiten zu bekennen.«

Ist hiernach der Tarifvertrag zwar nicht unabdingbar, so ist er dennoch keineswegs ohne jede rechtliche Wirkung. Jedes tarifwidrige Vorgehen ist eine Vertragsverletzung und erzeugt alle Rechtsfolgen, die sich aus einer solchen ergeben. Diesen Gedanken ausgesprochen und mit steigender Entschiedenheit festgehalten zu haben ist das Verdienst des Reichsgerichts. Verstoßt der tarifgebundene Arbeitgeber gegen den Tarifvertrag, so kann die Gegenpartei, also zumeist die Gewerkschaft, die Unterlassung des vertragswidrigen Zustands erzwingen. Oehlckers schlägt in Übereinstimmung mit der sehr geschickten Formulierung Sinzheimer's vor den Klageantrag dahin zu fassen, daß der Arbeitgeber verurteilt werde das normwidrige Arbeitsverhältnis nicht fortzusetzen, bis ein normgemäßer Inhalt des Arbeitsverhältnisses erreicht ist. Außerdem kann die Gewerkschaft vollen Schadensersatz für den Schaden fordern, der ihr und ihren Mitgliedern erwachsen ist. Oehlckers meint, daß es der Arbeiterorganisation schwer sein wird den Schaden nachzuweisen, während dies dem Unternehmer bei tarifwidrigem Verhalten der Arbeitnehmer aus tatsächlichen Gründen stets leichter sein wird, so daß es möglich sein kann unter Umständen eine leistungsfähige Arbeiterorganisation mit ihren hohen Kulturaufgaben wegen tarifwidrigen Verhaltens mit einem Schlag materiell zu vernichten, während dem Unternehmer wegen des selben Verhaltens nur ver-

hältnismäßig kleine Schadensersatzsummen abgenommen werden können. Deshalb empfiehlt Oehlckers im Anschluß an die Gesetzgebung fremder Staaten die Beschränkung der Schadensersatzsummen für beide Teile auf eine fest bestimmte, mäßige, an den Nachweis des Schadens nicht geknüpfte Buße. Dieser Vorschlag erscheint mir höchst bedenklich. Der der Arbeiterorganisation durch den Tarifbruch des Unternehmers erwachsende Schaden wird regelmäßig in der von der Arbeiterorganisation aufgewendeten, oft sehr erheblichen Streikunterstützung bestehen. Daß der Arbeitgeber sich von dem vollen Ersatz der hierfür von der Gewerkschaft gemachten Aufwendungen mit einer mäßigen Buße loskaufen kann, wäre ein arger Rückschritt, der das Unternehmertum zu Tarifbrüchen reizen könnte. Die Arbeiterorganisationen, die auf Tariftreue den stärksten Nachdruck legen, fürchten nicht ihrerseits wegen Vertragsverletzung haftbar gemacht zu werden. Der Nachteil, in dem die Gewerkschaften sich im Vergleich zu der Rechtsstellung des Unternehmertums befinden, liegt auf einem andern Gebiet. Wenn nämlich die Arbeitgeberorganisation, wie es zumeist der Fall ist, den Tarifvertrag geschlossen hat, kann regelmäßig nur diese wegen von ihr begangener Vertragsverletzungen haftbar gemacht werden, nicht der einzelne Unternehmer. Handelt also die Unternehmerorganisation vertragstreu, schließt sie ihr vertragsbrüchiges Mitglied zum Beispiel aus und versagt ihm jede materielle Unterstützung, so ist niemand da, an den die Gewerkschaft sich halten kann. Diesen Nachteil aber beseitigt man nicht durch Einschränkung der Pflicht zum Ersatz des Schadens der Höhe nach sondern nur durch Erfüllung der Forderung der Unabdingbarkeit des Tarifvertrags. Hierfür tritt denn auch Oehlckers mit treffsicheren Argumenten und größter Wärme ein. Er hält dem flachen Einwand Kohlers, man könne nicht »kraft der Verfügungsfähigkeit sich die Verfügungsfähigkeit nehmen«, den gehaltvollen Ausspruch Potthoffs entgegen: Wenn das Eingreifen des Staates »auch formell die Vertragsfreiheit beschränkt, so erfolgt es doch gerade im Interesse der Freiheit; denn es beschränkt nur die Freiheit des einzelnen seine Freiheit zu verkaufen. Sozialpolitik ist ein Zwang zur Freiheit«. Nun könnte man allerdings einwenden, daß auch die Unabdingbarkeit des Tarifvertrags nicht über den ge-

rügten Mangel hinweghelfen würde. Denn diese Unabdingbarkeit bedeute doch nur, daß der tarifgebundene Unternehmer keine anderen als tarifgemäße Arbeitsverträge schließen dürfe, und daß diese kraft zwingenden Rechts die Tarifnormen enthalten, selbst wenn die Kontrahenten des Arbeitsvertrags abweichende Normen getroffen haben. Die Frage aber sei immer gerade die, ob der einzelne Unternehmer tarifgebunden sei. Dies aber nimmt unsere individualistische Rechtsprechung nicht an und wird sie nie annehmen, wenn nicht eine Vollmacht des einzelnen Unternehmers an seinen Verband das Mitglied rechtlich zu binden in irgendeiner Weise konstruiert werden kann. Über diese Schwierigkeit würde der notwendigerweise aus dem Gedanken der Unabdingbarkeit folgende weitere Vorschlag Oehlckers' hinweghelfen: Haben Außenseiter innerhalb des Geltungsgebiets des Tarifvertrags einen Arbeitsvertrag geschlossen, so entscheidet über die Ortsüblichkeit des Tarifinhalts richterliches Ermessen. In diesem Fall spricht eine gesetzliche Vermutung dafür, daß die Parteien des Arbeitsvertrags seinen Inhalt tariflich geregelt wissen wollen; diese Vermutung kann nur entkräftet werden durch den Nachweis ausdrücklicher, vom Tarifvertrag erheblich abweichender Sondervereinbarungen.« Wird dieser Grundsatz zum Gesetz erhoben, so sind damit auch die einzelnen Mitglieder der tarifgebundenen Unternehmerorganisation mit rechtlich bindender Kraft zur Befolgung der tariflichen Normen verpflichtet.

Auf die weiteren legislativen, durchweg beachtenswerten Vorschläge Oehlckers' kann hier nicht eingegangen werden. Ihre Durchführung ist durch die Erfahrungen, die während des Krieges gemacht worden sind, in eine greifbarere Nähe gerückt, durch die Erkenntnis der Notwendigkeit und des Segens sozialen Zwangs auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens und durch das feine Verständnis, das im Gegensatz zu dem frühern Verhalten der Zivilbehörden die Militärverwaltungen dem Wesen des Tarifvertrags entgegengebracht haben. Treten die gesetzgebenden Faktoren an die Regelung des Tarifvertrags heran, dann wird die Schrift Oehlckers' eine starke Waffe in der Hand der Arbeiter-schaft sein. Die Gesetzgebung hat bisher hauptsächlich deshalb gezögert die Frage des Tarifvertrags, obwohl man darin allgemein ein überaus wichtiges soziales Friedensdokument erkannte, ent-

sprechend ihrer Eigenart zu regeln, weil damit unzweifelhaft als Folge die Abhängigkeit der Arbeiter von ihrer Gewerkschaft verknüpft ist. Denn wird einmal wirklich Ernst mit der Durchführung der Tariftreue gemacht, so müssen jedem der beiden Vertragskontrahenten, sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmerorganisation, die Mittel an die Hand gegeben werden von dem vertragsbrüchigen Mitglied die Einhaltung des gegebenen Versprechens zu erzwingen. Das heutige Recht versagt hier, ja es tut noch mehr zugunsten des Wortbrüchigen, es steckt auf Grund des § 153 der Reichsgewerbeordnung denjenigen ins Gefängnis, der mit wirksamen Mitteln den Vertragsuntreuen zu seiner Pflicht zurückführen will. Die Beseitigung dieser Vorschrift ist daher die unvermeidliche Konsequenz der gesetzlichen Regelung unserer Materie. Diese Folgerung zu ziehen darf die Gesetzgebung nicht unterlassen, nachdem sich heute gezeigt hat, daß die Entwicklung des Prinzips der sozialen Organisation bis in die letzten Spitzen Deutschlands Stärke und seine geschichtliche Sendung im Rat der Kulturvölker der Welt bildet. Der Vorteil dieser Ordnung liegt ebenso wie auf seiten der Arbeiter so auch auf seiten der Arbeitgeber. Denn die Wahrung der Tariftreue durch die Arbeiter liegt im Interesse der Stabilität des Betriebs und des Ausschlusses der Schleuderkonkurrenz. Diesem Interesse aber kann nur Genüge geschehen, wenn das Gesetz der Organisation der Arbeiter die Kraft gibt den widerstrebenden einzelnen mit den vom Gesetz allgemein zugelassenen Mitteln unter den Willen der Gesamtheit zu beugen.

× KurzeChronik Am 5. August ist der jüngste ordentliche Professor der Frankfurter Universität Dr. Hans Peters auf dem östlichen Kriegsschauplatz gefallen. Er war 1886 geboren, hatte in Straßburg, Halle und Berlin studiert und war dann einige Jahre im Justizdienst tätig. Im Jahr 1914 wurde er als Professor für römisches Recht, römisches Zivilprozeß und deutsches bürgerliches Recht nach Frankfurt berufen. Eine Reihe von Abhandlungen aus seiner Feder sind in der Zeitschrift der Savignystiftung für Rechtsgeschichte erschienen. × Zum Nachfolger Biermanns ist Dr. Leo Raape, bisher außerordentlicher Professor in Halle, zum ordentlichen Professor dort berufen

worden. Raape, der aus dem Feld zurückgekehrt ist, fungiert als Hilfsreferent im preußischen Kriegsministerium. × Für die Kriegsdauer ist die Strafaufschubsbefugnis der Ersten Staatsanwälte bis zur Frist von 1 Jahr, die der Oberstaatsanwälte bis zur Frist von 2 Jahren ausgedehnt worden. × Der Bundesrat hat zwei neue Maßregeln getroffen: Bei Verletzung der Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung und des Höchstpreisesgesetzes kann der Richter neben Gefängnis auch auf die schwere Strafe der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkennen. Ferner unzuverlässige Personen, zu denen insbesondere auch solche gehören, die gegen die beiden vorgenannten Verordnungen gehandelt haben, kann der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs und des Kriegsbedarfs untersagt werden. × Vor dem Gewerbegericht Altona klagte ein Sattler seinen Lohn ein. Das Gericht erkannte, da ein fester Lohnsatz nicht vereinbart worden war, daß der Arbeitgeber, obwohl er nicht zu den tarifgebundenen Arbeitgebern gehörte, die Sätze des Reichstarifvertrags zu zahlen habe; der hiernach zu bemessende Lohnsatz müsse als der angemessene angesehen werden, da ihn die großen Verbände nach eingehender Verhandlung festgelegt haben. Da die militärischen Behörden zumeist den gleichen Grundsatz festgehalten haben, ist zu hoffen, daß er allmählich zum Gemeingut der Rechtsprechung wird.

× Literatur Mit großer innerer Wärme hat Professor Carl Koehne seine höchst sympathische Studie Das Recht der Sozialversicherung und der Krieg/Berlin, Ernst Hofmann/ abgefaßt. Er behandelt die Vorschriften zur Aufrechterhaltung der Tätigkeit der Versicherungsträger, die Bestimmungen zugunsten versicherter Kriegsteilnehmer, eine Reihe von durch den Krieg sich ergebenden, praktisch wichtigen Rechtsfragen sowie die Rechtslage des Vermögens der Versicherungsträger in Kriegszeiten. Eingehend wird die Sozialversicherung als Hilfsmittel zur Erringung des Sieges geschildert und dargelegt, wie gerade durch die soziale Gesetzgebung deutsche Arbeiterschaft und Deutsches Reich mit einander unlöslich verbunden worden sind. Die Arbeiterfürsorge erwies sich als eine der Quellen deutscher Kriegsbereitschaft. Die vor dem Krieg von Professor Bernhard aufgestellte und

von ihm noch immer nicht vor aller Öffentlichkeit zurückgenommene Behauptung von den verweichlichenden und entnervenden Wirkungen der Arbeiterfürsorge weist Koehne als Märchen zurück, ebenso das Gerede von der Enttäuschung über ihre Folgen für die Politik. Der Schluß vergleicht den Stand unserer Sozialversicherung mit dem des feindlichen Auslands. × In der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt gibt August Pfannkuche eine geschichtliche Darlegung des gegenseitigen Verhältnisses von Staat und Kirche. Das Bändchen beginnt mit der Umgestaltung dieses Verhältnisses unter dem Einfluß der Reformation. Die Untersuchung wird sodann bis zur Gegenwart weitergeführt. Zum Schluß bespricht der Verfasser die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche in den außerdeutschen Ländern und die neuesten Kämpfe und Bestrebungen. Die interessante und lehrreiche Schrift schließt mit den Worten: »Daß die gegenwärtig wieder mit Macht einsetzenden Bestrebungen auf Durchsetzung der vollen Religionsfreiheit im Staat und durch den Staat zu einem ... befriedigenden Ergebnis führen, daran hängt die Zukunft einer gesunden Entwicklung des staatlichen wie des religiösen Lebens in gleicher Weise.« × Die kleine Schrift Reichsstaatsangehörigkeitsgesetz vom 1. Januar 1914, bearbeitet von Karl Schrörs /Leipzig, Verlag des Bezirksvorstands der sozialdemokratischen Partei Leipzig/, will allen, die sich mit der wichtigen, reichsgesetzlich neugeregelten Materie befassen, Führer und Berater sein. Diesen Zweck wird das Buch jedoch nicht erreichen. Die Erläuterung eines Gesetzes muß vor allem objektiv sein und dem Leser das klarlegen, was nun einmal tatsächlich rechtens ist, gleichviel ob man es billigt oder nicht. Wer eine Agitationsschrift gegen ein Gesetz schreibt, wird dazu nicht imstande sein. Ganz besonders sollte die Rücksicht auf den juristisch nicht geschulten Arbeiter davor bewahren die beiden Ziele, Erklärung eines Gesetzes und Agitationsschrift, zusammenzuwerfen und den Leser zu verwirren. Wohin ein solches Verfahren führt, zeigt sich in der vorliegenden Schrift besonders klar. Es seien 2 Beispiele angeführt, Zum § 9 des Gesetzes wird gesagt, daß von jetzt ab Ausländern die Einbürgerung nur verweigert werden darf, wenn Tatsachen vorliegen, die das Vorhandensein der vom Gesetz für die Verweigerung auf-

gestellten Voraussetzungen ergeben. Sodann fährt der Kommentar fort: »Wenn man also auch durch die Fassung des § 9 in erster Linie den vielen in Deutschland lebenden ausländischen Personen, die sich einer dem Staate nicht genehmen politischen Partei angeschlossen haben, verweigern wollte die Staatsangehörigkeit zu erwerben, so wird es doch in vielen, vielleicht sogar den meisten Fällen, den Behörden nicht gelingen irgendwelche belastende Tatsachen anzuführen.« Eine Organisation erfüllt die Pflicht der Verantwortung gegenüber den Arbeitern nicht, wenn sie unter dem Anschein der Erläuterung des Gesetzes ihnen solche juristisch und sprachlich gleich verunglückten Ausführungen vorsetzt, die nur demagogisch wirken. In der Kommentierung zum § 11 des Gesetzes wird gesagt, wann der Begriff der Unbescholtenheit nicht vorliegt, und daran die Bemerkung geknüpft: »Auch sind die sonstigen eigenartigen Anschauungen der Behörden über den Begriff der Unbescholtenheit schwer zu präzisieren.« Diese Art der Auslegung eines Gesetzes führt den Leser keinen Schritt weiter. × In 6. Auflage liegt die im Volksvereinsverlag in München-Gladbach veröffentlichte Schrift Kriegsgesetze und -verordnungen 1914-1915 vor. Die Schrift teilt den zu behandelnden Rechtsstoff wie folgt ein: Sicherung der Lebensmittelversorgung, Vermehrung der Geldumlaufmittel, sonstige wirtschaftliche Maßnahmen, Unterstützungen und Rechtsschutz der Krieger und ihrer Familien, Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz, Steuer, Arbeitsvertrag und Mietsrecht. Die einschlägigen Gesetze und Verordnungen sind im Wortlaut wiedergegeben. Durch klare, gemeinverständliche und präzise Darlegungen werden dem Leser die getroffenen Maßnahmen zum Verständnis gebracht und die zwischen den einzelnen Gesetzen und Verordnungen bestehenden Zusammenhänge dargelegt. Die Schrift zeugt von großem praktischen Geschick und informiert sofort und ohne Mühe über den umfangreichen Rechtsstoff. Zugleich beweist sie, ohne auch nur an einer Stelle aufdringlich und tendenziös zu werden, für jeden, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, welche hohe Gesetzgebungskunst und sozialpolitische Einsicht von unseren Behörden darauf verwandt sind, um der notwendigerweise mit dem Krieg verbundenen inneren Schwierigkeiten Herr zu werden, andererseits aber auch, wo die noch auszufüllenden Lücken liegen. Die An-

schaffung der kleinen Schrift, deren Preis sich auf 40 Pfennig stellt, ist warm zu empfehlen.

KUNST

Bühnenkunst / August Döppner

Volksbühne Der Herbst hat gut begonnen. Zwar bitten uns die Anschläge in den Vorräumen der Theater gegenüber vorkommenden Störungen in der technischen Abwicklung der Bühnengeschehnisse Nachsicht zu üben, weil es an Personal mangle. Doch kann festgestellt werden, daß wir Zuschauer bisher nur wenig darunter zu leiden hatten. Die Schmerzen der Regisseure, sollte es damit wirklich so schlimm stehen, tun uns vorläufig nicht weh. Auch inhaltlich unterscheidet sich die neue Spielzeit kaum von der eines Friedensjahrs. Man lacht genau so gern und fast so billig wie immer, der Besuch scheint nur ganz wenig hinter dem sonst gewohnten zurückzubleiben, die Preise sind wieder fast auf der alten Höhe. Vielleicht haben sich einige Bühnen sogar entschlossen die Gagenverminderungen aufzuheben.

In dem alten Rahmen ist man sehr rührig. Das Volksbühnenhaus, über dessen verunglückten Anfang in dieser Rundschau (1915, 1. Band, pag. 213 f.) berichtet werden mußte, wird nun für 2 Jahre von Reinhardt verwaltet. Er hat dort mit den Räubern debütiert. Neues an szenischem Ausdruck gab es nicht, von Paul Wegener wird weiter unten die Rede sein. Die Räuber schienen mir nicht besonders gelungen, soweit Prinzipielles in Betracht kommt. Die beiden Waldbilder waren so eindrucksvoll, daß man darüber die Handlung vergaß, die Rollerepisode wurde weit mehr betont als der Zusammenhang verlangt. Roller selbst (Alfred Breiderhoff) spielte eine Soloszene, die mir überdies zu naturalistisch war. Auch Wegener sonderte sich ab, aber bei ihm war es berechtigt als natürlicher Ausdruck seines Franz Moor-Charakters. Emil Jannings stellte einen Hermann dar, dem der Bastard aus den stieren Augen glitzerte.

Als zweite Aufführung im Volksbühnenhaus brachte Reinhardt den Kaufmann von Venedig. Schildkrauts Shylock ist bereits bekannt: eine ragende Gestalt, neben der das übrige Menschengewimmel an Geist und Seele klein, ärmlich erscheint. Die Szene, in der der Unbeirrte, Alleinstehende sein Recht

verlangt (das ihm dann von deutlicher Schlaueit abgelistet wird), war von tragischer Größe, die die Sache um der Sache willen vergessen ließ.

Die dritte Aufführung war der Sturm. Diese schien wieder von Kunst so weit entfernt wie die Haupt- und Staatsaktionen vergangener Zeit. Außer der prachtvollen Calibanleistung Schildkrauts, der die unerlöste Kreatur uns sehen ließ. Den Ariel spielte Maria Fein: ohne Zweifel ein hochinteressantes Temperament; wieweit sie auch Tiefergehendes uns geben kann, wird sie noch in anderen Gestalten zeigen müssen.

×
Berliner Auf- Im Deutschen Theater gab es Neueinstudierungen von Judith und der Hauptmannschen Komödie Kollege Crampton. Der geistesgewaltige Hebbel ver trägt, verlangt vielleicht Stilisierung. Die wirkungsstarken Farbflächen der Holofernesbilder, die zarten Knaben und wunderlichen Geräte überzeugten die Stimmung, daß hier der Ort für diesen Phantasierauch sei, während Wegener dafür sorgte, daß dieser Rausch ins Großgeartete stieg. Anders die Volkspromenade vor dem Tor, besonders im letzten Akt. Sie enthielt für mein Ohr sehr böse Dissonanzen, ganze Passagen schienen mir inhaltlos. Die gewaltige Szene des Propheten (in einem höchsten Sinn vielleicht das Größte und Eigentliche des Dramas) verdankte ihre Wirkung wohl nur der Dichtung.

Ganz einwandfrei erschien mir die von Felix Hollaender inszenierte Cramptonkomödie. Sie baute sich um den Wegenerschen Professor auf und schenkte uns einen prachtvollen Kaufmann Strähler, der Eduard von Winterstein nicht vergessen werden soll.

Dann im Theater in der Königgrätzer Straße über die Kraft. Von dem sehr starken und innigen Spiel Friedrich Kayßlers und der blonden Frau Fehdmer kann erst in der nächsten Rundschau gesprochen werden.

Das Deutsche Künstlertheater brachte die Erstaufführung von Ernst Hardts Drama König Salomo, außerdem Schnitzlers amüsantes, vielleicht sogar tiefes, jedenfalls aber resigriertes Zwischenspiel. Das Dichterische geht mich hier nichts an. Theodor Loos bestärkte mich in der Zuversicht, daß wir noch Gutes von ihm zu erwarten haben. Solche stillen, innerlichen Partien, wie die Titelgestalt des

Hardtschen Stückes, sind die Nahrung, die ihn wachsen lassen wird. Etwas mehr Schauspielertum könnte er dennoch in sich erzeugen, ohne daß seine eigene Art verloren ginge. Kurt Götz, der Kapellmeister im Zwischenspiel (man behauptet von ihm, daß er bassermannt), wird farblos, sobald er aus seiner Salonüberlegenheit herausgeht. Carl Forest, dessen Masken stets sehr fein ausgearbeitet sind, und der durchaus zu individualisieren versteht, scheint mit Gewalt uns glauben machen zu wollen, daß sein Stockschnupfen unheilbar ist. Alles was die Regie angeht, die jetzt Arthur Eloesser führt, hat *gestimmt*. Die Aufführung erinnerte oft an die des dänischen Lustspiels Seine einzige Frau, die das Lessingtheater in diesem Sommer gebracht hatte.

×
Molières
Don Juan

×
Diese der selben Direktion (Barnowsky) unterstehende Bühne über-

raschte uns mit dem 250 Jahre lang vergessenen, dann 1912 in Meiningen zum erstenmal aufgeführten Molièreschen Don Juan. Ich sah das Stück 2mal, mit einem Abstand von wenigen Tagen, und mein Eindruck war beim zweitenmal zumindest nicht geringer. Gewiß hat man von der Wirkung zunächst einige Abzüge zu machen, um sie einzuschätzen, wie sie aus der reinen Sache geboren wird. Da ist der Spaß an dem Andersartigen einmal des Bühnenbilds, dann der Themabehandlung selbst; und da ist noch bei mir die Freude daran, daß trotz dieser Zeit Molière, der viel französischer ist als Shakespeare englisch, aufgeführt wird und aufgeführt werden kann. Aber auch nach diesen Abzügen bleibt ein bedeutendes Ergebnis: ein Stück, das Fragen an den Sinn dieses Lebens stellt (wenigstens, wenn man sie hören will). Bei Molière gehören Stück und Bühne ungewöhnlich innig zusammen. Wir werden selten bei ihm einen Witz oder einen Satz finden, der abstrakt genommen besonders geistvoll ist: Erstehet er aber als Handlung auf den Brettern, so sprüht und zündet er unwiderstehlich. Es gibt keine Szene, die leer läuft. Doch gehört dann wieder dazu die Eigentümlichkeit der Molièreschen Bühne vor allem andern Tummelplatz für Geistesexerzitionen zu sein. Der Gedanke hätte nahegelegen den klassischen Franzosen auf unserer naturalistischen Bühne auferstehen zu lassen. Aber diese Klassiker haben teils die natura-

listische Umgebung nicht nötig, teils können sie sie gar nicht brauchen. So baute Barnowsky Stufen und zweiten Vorhang zur zweiten Bühne, mit von Klossowsky tonig gemalten Kulissen, und wir hätten es ihm gar nicht übelgenommen, wenn er in direkter Nachahmung die Stufen gleich zu uns ins Parterre geführt hätte. Indes, vielleicht wäre diese Art Kameradschaft zwischen Publikum und Schauspieler heute und hierzulande beiden etwas peinlich. Don Juan war Bassermann, Sganarelle-Leporello Hermann Vallentin. Bassermann machte sich zunutze, daß der spanische Liebesritter bei Molière schon in einem Stadium ist, in dem ihn bald der Teufel holt. Das Gesicht ein von Frau Venus tief gezeichnetes Pergament, das aber noch andere Runen enthält, ein Geist, der sich beständig vom Erkenntnisbaum nährt, ein Verneiner ohne Trost, Lüstling und Sarkast mit Lippen und Zunge, letzte Erfahrung in einem Körper, der noch lange nicht ausgebrannt ist, die Linie, die man an ihm kennt: stets müde und stets elastisch. Vallentin als Sganarelle, der zwischen der Furcht vor seinem Gewissen und der Furcht vor seines Herrn Stock schwankt, war vollkommen. Flink in den Künsten der komischen Situation, ohne je die menschliche Linie zu verlieren.

×
Wegener

×
Paul Wegeners Franz Moor. Gewiß, er sonderte

sich ab, er war ein Spiel im Spiel. Er wußte von dem Menschen, der in Haß gegen das Schicksal, das ihm sein verkrüppeltes Antlitz aufsetzte, stündlich erleichtet. In einem Haß, der aus Scham und furchtbarer Einsamkeit zu einem Dämon aufgetrieben war, der längst sein Gehirn verzehrt hatte und von dort aus der Wollust des Peinigers fröhnte. Natürlich ist das Pathologie. Und wenn Schiller damals von diesen Sondertrieben anormaler Verhältnisse keine Ahnung hatte und nur Schwarz gegen Weiß stellen wollte, so wußte doch sein dichterischer Formgeist davon. Denn nur so läßt sich Franz zum Menschen machen. Und Paul Wegener bringt das moderne Wissen hinein, daß wir Menschen immer in der Defensive gegen eine Übermacht sind, sofern wir Bosheit treiben. Es ist die letzte Verzweiflung, die Wegeners Franz Moor das Rechenexempel aufstellen läßt: So bin ich am Ende. Güte und Menschennachbarschaft ist für meinen Bruder Karl, den schönen,

den besonnenen Menschen, reserviert. Laßt sehen, was übrigbleibt ohne diese wärmenden Dinge. Ihr haltet den Vertrag nicht, ich löse ihn. Ihr verachtet mich, ich ziehe die Konsequenzen. Diese Gedankengestalten weiß Wegener vor uns zu kneten und zu formen, mit seiner umfangreichen Stimme und seinen geisterhaften Händen, in einer Art, die teils Schöpferkraft teils Wahnsinn scheint. Sein Franz ist einer von denen, die wir, wir Zusammengeschlossenen, zwingen zur Magie zu flüchten, die aber viel zu schwach sind sich diesen Zauber dienstbar zu machen, die nie über die schwarze Kunst hinausgelangen und heulend zusammenbrechen, wenn sie sich ihrer Einsamkeit bewußt werden.

Paul Wegeners Holofernes. Ein Götz schreitet herein, schreitet zur Mitte und einen Schritt noch nach vorn, hebt mit einem Ruck den Kopf, mit einem zweiten den Blick, und wir begreifen: Das ist Holofernes, der ganze Raum ist Holofernes. Und was ist Holofernes? Ein Schwert, das tötet, eine Umarmung, die verbrennt, der Raubwille der Löwin, die ihn säugte, zäh, unzerstörbar, von fremdem, scharfem Geruch. Wie saugt er den Wein? Wie umarmt er, schreiend, das Weib? Wie schlägt er seine Fänge in den Feind? Wie haßt er Nebukadnezar? Tierisch, aber bewußt potenziertes Tier, bewußt potenziertes Instinkt: Götz.

Paul Wegeners Crampton. Eine Maske, unter der ihn nur seine asiatische Augenstellung verrät. Seine Stimme scheint andere Obertöne zu schwingen: so ist sie verändert. Die Kontur seiner Bewegung ist zur Unerkennbarkeit verzogen. Bassermann wird sich nie verleugnen. Seine Stimme ist sein Hemmnis, das sein Spiel durchwächst, seine Sprache, bei aller Beweglichkeit, nach einem Gesetz skandieren, sein Rückgrat nach einer Skala sich krümmen läßt. Nur sein Geist ist souverän. Aber Wegener ist der Schauspieler. Er spielt, er spielt und geht unter in seinen Geschöpfen. Also Professor Crampton. Die Hauptmannschen Genies erleiden das Schicksal (und das zeigt uns diesen wahrhaften und darum mitleidenden Dichter der menschlichen Seele «ατ' εφοχών»), daß ihnen die Glocke auf dem Weg zur Höhe abstürzt. Heinrich, Vockerath, Crampton, Schilling, irgendwo bleiben sie stecken, meistens schon im Anfang. Dieser in kleinstädtischer Akademie versumpfte alkoholische Professor: man könnte ihn *mildern*, den Sumpf trocken, den Alkohol verwäs-

sern, den Reden mehr Pathos geben. Wegener denkt nicht daran, er läßt ihn noch mehr trinken, noch unrettbarer sumpfen, und macht ihn so zu dem Menschen, der verurteilt war ein Genie in sich zu tragen, das nie es selbst werden kann, weil der Wille fehlt das Leben, das einfache und über die Maßen schwere Leben, zu bezwingen.

× **Kurze Chronik** Am 21. September ist Lilli Petri in Baden bei Wien plötzlich gestorben. Sie wurde 1864 in Köln geboren, kam schon mit 17 Jahren an das Berliner Residenztheater, dann über Weimar nach Leipzig, wo sie 4 Jahre lang der Liebling des Publikums war. Später wirkte sie wieder in Berlin und in Wien. Sie schuf die Isa in Dumas' Fall Clemenceau, die Alma in Sudermanns Ehre, spielte unter l'Arronge auch in Goethes Mitschuldigen (hier gerade mit besonderm Reiz) und fand sogar den Ton für eine Nora. In Berlin trat sie 1908 zuletzt im Kleinen Theater auf. × Ernst Matray vom Deutschen Theater hat eine Pantomime Das Märchen beendet. Sie wird mit einer Musik von Sandor Lazslo in Berlin aufgeführt werden. Die Hauptrolle wird Käte Sterna darstellen, eine junge Tänzerin, die schon in einem Film (Marionetten) eine Probe nicht gewöhnlicher Begabung abgelegt hat. × Max Reinhardt wird Ende Oktober mit dem Ensemble des Deutschen Theaters in der Königlichen Oper zu Stockholm eine Reihe klassischer Vorstellungen veranstalten. × Im Auftrag des Deutschen Bühnenvereins erscheint ein 17 Seiten starkes Heft mit **V** **e** **r** **d** **e** **u** **t** **s** **c** **h** **u** **n** **g** **s** **v** **e** **r** **s** **c** **h** **l** **a** **g** **e** **n** für das Bühnenwesen. Ob Möglichkeit und Bedürfnis vorliegen allgemein angenommene Kunstausdrücke zu verändern, wird sich zeigen.

× **Literatur** Recht instruktiv ist Heinrich Stümckes Buch Theater und Krieg /Oldenburg, Schulze/. Im 1. Teil soll es zeigen, wie »sich die Kriegsbereitschaft des deutschen Volkes auf dem meistbeachteten Gebiet des öffentlichen Kunstlebens in den verflorbenen Monaten gestaltet und betätigt hat, wie sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Bühnenberuf, ihre sozialen und wirtschaftlichen Verbände, desgleichen wie sich Dichter, Schriftsteller und Publikum zu dem ungeheuren Ereignis dieses Weltkriegs einstellten«. Der 2. Teil

bringt eine »literar- und stoffgeschichtliche« Studie, betitelt Deutschlands großer Krieg im Spiegel der dramatischen Dichtung, ein »Gegenstück zu den zahlreichen Broschüren und Büchern, die sich mit der lyrischen Dichtung der großen Kriegsjahre befassen«. Eins der interessantesten Kapitel erzählt von der ganz gewaltigen Gegenreduzierung, die bei Reinhardt beispielsweise zwischen 25 und 80 % schwankt und natürlich nur in den ersten Monaten berechtigt war; die letzten Tage zeigen die Theater stärker besucht als in Friedensjahren. Ganz verfehlt sind die Auslassungen über die »Stellungnahme bekannter und vielgefeierter Dichter und Gelehrten des Auslands«; wir müssen auch in erregter Zeit der Ungerechtigkeit des Messens mit zweierlei Maßstab Herr werden und dürfen die (wenn auch noch so irreführenden) Äußerungen des Nationalgefühls bei den Kriegsgegnern nicht anders werten als bei uns. Man wird da noch viel sichten müssen. Vorsichtiger wird das Thema Zukunftsdrama behandelt. Stümcke schließt es mit der Forderung der »Hingabe an die Gattung«; sie ist, sofern sie richtig verstanden wird, besonders zu betonen.

KULTUR

Kolonisation / Ludwig Quessel

Deutschlands Kolonialarbeit Wenn wir heute, im 15. Kriegesmonat, einen Blick auf unsere Kolonien werfen, so werden wir sagen müssen, daß im Gegensatz zu unserm Deutschland daheim, das jeden Angriff kraftvoll abgewehrt hat, das größere Deutschland übersee zum weitaus größten Teil dem Ansturm der Entente einsteilen ergeben ist. Von den afrikanischen Kolonien wurde zunächst das kleine Togo von den vereinigten Engländern und Franzosen überrannt und größtenteils besetzt. Deutsch Südwestafrika steht als Bothaland unter der Herrschaft der Südafrikanischen Union. In Kamerun hat zwar unsere Schutztruppe, verstärkt durch Beamte und Kaufleute, heldenmütigen Widerstand geleistet, den Feind von einem Teil des Innern ferngehalten; aber die Lage der Unseren wird dort von Woche zu Woche schwieriger, weil ihnen jegliche Zufuhr von Kriegsmaterial und Proviant abgeschnitten ist. Nur Ostafrika, nach dessen Besitz die britische Demokratie wohl am heißesten begehrt, hat sich dem Zugriff des Feindes bisher erfolgreich entziehen können. Was das Südseegebiet betrifft, so ist dieses rest-

los in die Hände von Japan und Englands Tochterstaaten geraten. Kiautschou und unsere weit zerstreuten pazifischen Inselgruppen der Marianen, Karolinen und Marschallinseln hat die japanische Flotte besetzt, unser Land auf Neuguinea und dem Bismarckarchipel haben die Australier in Besitz genommen, und Samoa ist die leichte Beute der Neuseeländer geworden.

Kein Wunder, daß angesichts dieses Standes der Dinge die Presse des feindlichen Auslands jubelt, des neuen Deutschen Reiches Kolonialtraum sei so gut wie ausgeräumt, das deutsche Volk sei für ewige Zeiten aus der Liste der Kolonialvölker ausgestrichen, weil selbst ein erfolgreicher Verlauf des Krieges auf dem Kontinent Deutschland die verlorenen Kolonien nicht wieder verschaffen könne. Diese Behauptung ist wahr und falsch zugleich. Sie ist wahr insoweit, als auch ein siegreiches Deutschland nach den schmerzlichen Erfahrungen dieses Krieges unmöglich Wert darauf legen kann verlorenen Besitz wiederzugewinnen, der es in Feindschaft zu Staaten bringen würde, deren wirtschaftliche und politische Interessen den seinen im übrigen absolut nicht entgegengesetzt sind. Jene Behauptung ist aber falsch, soweit sie namentlich England angeht. Nur ein völlig niedergerungenes Deutschland würde sich mit den britischen Annexionsplänen abfinden. Für ein Deutschland, das sich der Übermacht seiner Feinde zu wehren vermag, ist die Zurückgewinnung seines Kolonialreichs, wenn auch in anderer (und wie wir hoffen: in besserer) Gestalt, eine *conditio sine qua non*. Deutschland kann als Großmacht ohne ein eigenes Kolonialreich, das sich selbst verteidigen kann und im Kampf sich zu behaupten vermag, ebenso wenig auskommen wie England. Das ist die Lehre, die uns dieser Krieg mit feurigem Eisen ins Bewußtsein gebrannt hat, und die auch dem schlichtesten Mann unseres Volkes in 100 Friedensjahren nicht mehr verloren gehen kann.

Ein Bekenntnis zu Deutschlands kolonialer Zukunft haben gerade in den Tagen, da in Deutsch Südwestafrika unsere Schutztruppe die Waffen strecken mußte, die Männer abgelegt, in deren Händen bisher die oberste Leitung unseres Kolonialreichs lag. Diese Stimmen sind in einer Sondernummer der Süddeutschen Monatshefte vereinigt, die den Deutschen in unseren Kolonien gewidmet ist. Der Staatssekretär des Reichs-

kolonialamts Dr. Solf legt hier in seinem Aufsatz Militarismus und Kolonialpolitik dar, wie das, was unsere Gegner Militarismus schelten, keineswegs ein Ausfluß deutschen Geistes ist sondern ein Zwangsprodukt der *dira necessitas*, und daß, wie man sich auch immer zu dieser historischen Erscheinung stelle, sie auf jeden Fall eine interne Angelegenheit Deutschlands ist, die das Ausland nichts angehe. Wie wenig im Grunde der Militarismus etwas dem deutschen Wesen Innewohnendes sei, zeige die Tatsache, daß es in keiner unserer Kolonien eine Militärverwaltung gibt. Was in unseren Kolonien wirklich geleistet worden ist, zeigen uns die Regierungsräte Marquardsen, Almaras, Busse, Krauß, Straehler, Hoepfl und Oberstabsarzt Becker. Marquardsen schildert uns die Kulturarbeit der Geographen, Geologen und anderer Erforscher unserer Kolonien, deren wissenschaftliche Verdienste und edle Menschlichkeit selbst von englischer Seite volle Anerkennung gefunden haben. Almaras zeigt uns, was im Verlauf eines Jahrzehnts deutsche Ingenieure im Eisenbahnbau geschaffen haben. In diesem kurzen Zeitraum erweiterte sich das Eisenbahnnetz in unseren afrikanischen Kolonien von 466 auf 4179 Kilometer. Becker schildert uns die Errungenschaften der deutschen Ärzte in der Bekämpfung der Tropenkrankheiten, deren Bedeutung weit über das Gebiet unserer Kolonien hinausreicht, und die der ganzen farbigen Menschheit zum Heil gereichen. Wie deutsche Agronomen für die tropische Landwirtschaft, und nicht zum wenigsten für die Kulturen der Eingeborenen gewirkt haben, erfahren wir von Busse. Wer nur einigermaßen die Schwierigkeiten zu würdigen weiß, die sich in tropischen Gebieten einem systematischen Ackerbau entgegenstellen, wird den Wert einer Landwirtschaftspflege, die mit einem Etat von 4 Millionen Mark jährlich es fertig gebracht hat die Gesamtausfuhr an pflanzlichen und tierischen Produkten von 13 Millionen Mark im Jahr 1900 auf 60 Millionen Mark im Jahr 1912 zu steigern, richtig einzuschätzen verstehen. Krauß gibt uns ein Bild von dem Missions- und Schulwesen in unseren Kolonien, das uns zeigt, daß Deutschland auch in der moralischen und geistigen Erziehung der Eingeborenen mit anderen Kolonialvölkern durchaus jeden Vergleich aushält. Recht beachtenswert und geeig-

net mannigfache Vorurteile zu zerstreuen scheint mir auch das, was Straehler über das Wesen der Rechtspflege in unseren Kolonien anführt. Die weitestgehende Beachtung gerade der Parteigenossen verdienen aber die Ausführungen Hoepfls über die Verwaltung und Wirtschaftspolitik der deutschen Kolonien. Daß in den deutschen Kolonien der Deutsche gegenüber dem Ausländer zollpolitisch keinerlei Vergünstigungen genoß, ist ausreichend bekannt. Weit weniger bekannt dürfte aber sein, daß in der Gegenwart nur noch die holländischen Kolonien für den freien Wettbewerb offenstehen. Alle anderen Völker streben auf verschiedenen Wegen eine Monopolisierung des kolonialen Handels an. Die französische Republik schließt den freien Wettbewerb in ihren Kolonien nahezu ganz aus, indem sie nicht nur die deutsche Einfuhr mit ebenso hohen Zöllen wie in Frankreich selbst belegt, sondern auch dafür sorgt, daß durch Befreiung von den kolonialen Ausfuhrzöllen oder durch Gewährung von Zollfreiheit für auf französischen Schiffen nach Frankreich geschaffte Artikel, die kolonialen Erzeugnisse von dem französischen Handel vorzugsweise nach Frankreich geleitet werden, was zur Folge hat, daß Deutschland sie nicht mehr als Rohprodukte sondern nur noch in veredelter Gestalt, also nur für den unmittelbaren Konsum und nicht als Rohstoffe für unsere Nahrungsmittelindustrie, erwerben kann. Soweit Frankreich also seine Kolonien nicht geradezu als Zollinland behandelt, finden wir Zollbegünstigungen des Mutterlands, die bis zu 58 % der Normalzölle gehen. Man wird es angesichts dieser Angaben verstehen können, daß der deutsche Handel den Weg in das französische Kolonialreich bisher nicht finden konnte. Nicht viel besser liegen die Dinge für uns in den anderen Kolonien. »Portugal hat Vorzugszölle bis zu 90 % des Normalzolls für seinen eigenen Kolonialhandel und seine Kolonialschiffahrt eingeführt. Ähnlich Spanien. Auch England genießt Zollbevorzugungen bis zu 33 % des Normalzolls in seinen Selbstverwaltungskolonien. Es hat damit erreicht, daß die englische Industrie in diesen Gebieten für ihren Absatz eine Domäne hat, die sie ohne diese Zollbevorzugung in dem Maß nicht behaupten könnte. Auch die Vereinigten Staaten haben ihre Kolonien zum großen Teil zollpolitisch assimiliert. Belgien hat in der Kongo-

kolonie gar keine Vorzugszölle, durch ein ausgedehntes Konzessionssystem aber den Wettbewerb anderer Staaten so gut wie ausgeschlossen und damit seinen kolonialen Handel für das Mutterland fast monopolisiert.« Das beliebte Schlagwort der deutschen Freihändler, daß Deutschland den anderen Staaten den Weg des Protektionismus gewiesen habe und sich nicht beklagen dürfe, wenn uns jetzt Gleiches mit Gleichem vergolten werde, kann also auf den kolonialen Protektionismus jedenfalls keine Anwendung finden.

Deutschland ist nicht nur auf Grund seiner großen kulturellen Leistungen in seinen Kolonien im Interesse des menschlichen Fortschritts berechtigt nach einem ausreichenden Kolonialbesitz zu streben sondern auch im proletarischen Interesse geradezu hierzu genötigt. Die deutsche Bourgeoisie kann sich schließlich mit einem koloniallosen Zustand abfinden, das deutsche Proletariat aber, das in seiner ganzen Existenz von der tropischen Landwirtschaft und der kolonialen Rohstoffherzeugung abhängig geworden ist, muß in dem Maß, wie die fremden Kolonien sich uns verschließen, die Grundlage seiner Existenz in eigenen Kolonien suchen.

× **Militärische Bedeutung der Kolonialbevölkerung** ×
 Wie aus verschiedenen Meldungen unserer Kriegserichterstätter hervorgeht, haben bei der großen Offensive im Westen, die am 25. September begann, die farbigen Hilfsvölker der Franzosen eine erhebliche und militärisch wichtige Rolle gespielt. Zumeist wurde der Sturm von den farbigen Truppen eröffnet, und über deren Leiber hinweg suchten dann die weißen Truppen ans Ziel zu gelangen. Diese Meldungen bestätigen auch die früheren Nachrichten, wonach die französische Heeresleitung im Lauf des Sommers bemüht gewesen ist die französischen Verluste durch Herbeischaffung farbiger Truppen aus dem französischen Westafrika möglichst auszugleichen. Es muß nun betont werden, daß diese Inanspruchnahme der Kolonialbevölkerung nichts Überraschendes hat. Wie Professor Dr. Anton in einem interessanten Aufsatz der Internationalen Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik darlegt, haben die kolonialfreundlichen Franzosen die Erwerbung neuer Kolonien gerade von dem Gesichtspunkt aus gerechtfertigt, daß durch

den Zuwachs von Kolonialbevölkerung für Frankreich ein Gegengewicht gegen die deutsche Volksvermehrung geschaffen werde. So hat der hervorragende französische Sozialökonom Charles Gide seine Landsleute mit dem Gedanken getröstet, daß Frankreichs militärischer Rückgang gegenüber den Nachbarstaaten aufgehalten werden könne, wenn es der Republik gelänge die fehlenden eigenen Söhne durch Adoptiv söhne aus den französischen Kolonien zu ersetzen. Professor Anton meint nun, daß hier in der Tat die politische Bedeutung der Kolonien für die Weltstellung Frankreichs liege. Wie sie bereits heute diese beeinflussen, erhellt daraus, daß ihr Besitz die Bevölkerung unter Frankreichs Fahnen von 39 auf 91 Millionen answellen läßt. »So betrachtet, rückt Frankreich zum 4. Platz unter den Staaten der Erde und zum 2. unter den europäischen Völkern auf, die überseeische Beziehungen haben.« Anton hält die Ansicht, daß es sich hier nur um 52 Millionen Unterworfenen handele, die den Eroberer hassen, für irreführend. British Indien mit seiner Handvoll Europäer auf einem Ozean fremder Völkerschaften lehre, daß die Grundlage der eigenen Kinder nicht unumgänglich ist, solange das herrschende Volk eine verständige Politik gegenüber den Unterworfenen befolgt. Aus solchen Erwägungen heraus sahen die französischen Kolonialpolitiker vor dem Krieg die Zukunft Frankreichs als europäische Großmacht in seiner Eingeborenenpolitik beschlossen. Nach den bisherigen Kriegserfahrungen wird niemand bestreiten wollen, daß Frankreich in seiner afrikanischen Kolonialbevölkerung eine wertvolle militärische Stütze gefunden hat. Daß Frankreich und England nach dem Krieg noch viel mehr als bisher bemüht sein werden ihre farbige Kolonialbevölkerung für den modernen Krieg zu erziehen, kann heute schon als sicher angesehen werden.

× **Kurze Chronik** ×
 Genosse van Kol hat im Auftrag des holländischen Kolonialministers Untersuchungen zur Hebung der holländischen Kolonie Java angestellt. Van Kol sieht in Java ein überbevölkertes agrarisches Land, das ohne heimische Großindustrie einer schrecklichen Zukunft entgegengeht. Mit besonderer Energie wendet er sich gegen die japanische Presse, die die unzulänglich vor-

handenen sozialen Mißstände in Java auf die holländische Mißregierung zurückführt; er meint, Japan würde sich in einem ähnlichen Zustand wie Java befinden, wenn es nicht schon vor 25 Jahren die Bedeutung der Großindustrie für den Kampf gegen die Übervölkerung erkannt hätte. × Wie die Blockade der Zentralmächte auf die Preisgestaltung der kolonialen Agrarprodukte wirkt, dafür bieten die Preise der Palmkerne ein interessantes Bild. Vier Fünftel der gesamten Palmkernernte stammen, wie die African Mail vom 18. Juni mitteilt, aus den britischen Besitzungen in Westafrika. Vor dem Krieg ging fast die ganze Ernte zum Zweck der Öl- und Pflanzenfettbereitung nach Deutschland. Jetzt kommen die Frachten in solchen Mengen in England an, daß sie nicht mehr gehandelt werden können. Die Folge ist, daß der Preis pro Tonne von 360 auf 280 Mark gefallen ist. Obwohl die englischen Fabriken Anstrengungen machen die Produktion von Öl und Futterkuchen aus Palmkernen zu erweitern, da für beide Produkte hohe Preise zu erzielen sind, fürchtet man in England doch, daß nach dem Krieg die Palmkerne wieder ihren Weg nach Deutschland finden werden.

× Literatur Eine überaus wertvolle statistische Darstellung der Kolonien der europäischen Mächte und der Vereinigten Staaten von Amerika hat die Deutsche Kolonialgesellschaft in Berlin herausgegeben. Das statistische Material ist sorgfältig und übersichtlich bearbeitet. Dem Werk sind 4 Karten beigegeben, die dessen Wert wesentlich erhöhen. Die im Preis sehr niedrig angesetzte Schrift kann allen, die ein Bedürfnis nach schneller Information haben, warm zur Anschaffung empfohlen werden. × In der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt hat Jacob Wolf ein Bändchen, betitelt Der Tabak, erscheinen lassen, das mit genauer Sachkenntnis alle den Aufbau, den Handel und die Verarbeitung des Tabaks angehenden Fragen behandelt. Das mit zahlreichen Abbildungen versehene Büchlein wird jedem von Nutzen sein, der von einem hervorragenden Sachverständigen einen Einblick

in die mannigfachen technischen, volkswirtschaftlichen und steuerpolitischen Verhältnisse erlangen will, die mit der Tabakproduktion zusammenhängen.

DIVERSA

Notizen

Mutterschutzkosten - In meinem Artikel Mutter-

schaftsfürsorge, eine nationale Forderung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 2. Band, pag. 544, hatte ich gesagt, der nationalliberale Abgeordnete Hausmann hätte im Jahr 1911 die Kosten des von der Sozialdemokratie geforderten Mutterschutzes auf eine Milliarde Mark berechnet. Hierzu bemerkt Herr Hausmann in einer Zuschrift an die Redaktion dieser Zeitschrift: »Laut Seite 6499 des Berichts über die Sitzung [des Reichstags] vom 9. Mai 1911 habe ich folgendes gesagt: »Nun wird dem Herrn Abgeordneten Dr. David bekannt sein, daß in der Kommission die Beträge zusammengestellt wurden, welche erforderlich sein würden, um all das zu leisten, was in den Anträgen, die in der Kommission gestellt wurden, verlangt wurde. Da kann ich an dieser Stelle mitteilen, daß die Kosten, welche durch die Verwirklichung der sozialdemokratischen Anträge entstanden sein würden, mehr als eine Milliarde betragen haben würden.« Hiernach dürfte wohl nicht zweifelhaft sein, daß nicht ich die Kosten berechnete sondern eine Mitteilung über die Verhandlungen der Kommission machte, daß es sich dabei nicht nur um die Anträge bezüglich des Mutterschutzes, vielmehr um eine Reihe von in der Kommission zur Reichsversicherungsordnung gestellten Anträgen handelte.«

Ich muß Herrn Hausmann zugeben, daß ich mich in der Tat bei meiner Auffassung seiner Äußerungen in zwei wesentlichen Punkten geirrt habe. Bestehen bleibt freilich die Tatsache (auf die es mir am meisten ankommt), daß die Mutterschutzanträge von der Mehrheit, und auch von Herrn Hausmann, abgelehnt worden sind, weil ihre Verwirklichung zu hohe Ausgaben verursachen würde. Die Angabe über eine durch Herrn Hausmann angestellte Berechnung sei aber nach dem Vorstehenden gern berichtet.

FRIEDRICH KLEIS